

A black and white photograph of a nuclear explosion's mushroom cloud. The cloud has a thick, dark column of smoke and debris rising from the ground, topped by a large, billowing, white cloud that spreads out in all directions. The background shows a dark, overcast sky and a hazy horizon.

*Theorien des*  
**Imperialismus**

**Chris Harman**

Über den Autor:

Chris Harman hat zahlreiche Bücher geschrieben. Auf deutsch erschienen sind unter anderen *Die verlorene Revolution – Deutschland 1918-1923*, *Der Prophet und das Proletariat*, *Was ist Marxismus?* Er war langjähriger Herausgeber der britischen Wochenzeitung *Socialist Worker* sowie der Theoriezeitschrift *International Socialism*. Er starb am Vorabend seines 67. Geburtstags, als er an einer internationale Antikriegskonferenz in Kairo teilnahm.

Englische Originalausgabe:

Chris Harman, *Analyzing Imperialism*, in: *International Socialism*, 99, Sommer 2003

Aus dem Englischen von Rosemarie Nünning, Recherchen Eide O'Callaghan

Korrektur und Layout (2023) von David Paenson

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
<b>1</b>	
<b>Klassische Imperialismustheorien.....</b>	<b>5</b>
Angriffe auf die Theorie.....	9
Monopole, der Staat und das Finanzkapital.....	16
Bucharin und die Triebkraft des Krieges.....	22
Lenin, Imperialismus und die Kolonien.....	25
Der Zweite Weltkrieg: die Bestätigung der Theorie.....	32
<b>2</b>	
<b>Imperialismus in den Jahren des Kalten Krieges.....</b>	<b>37</b>
Das Ende der europäischen Imperien.....	41
Die Dritte Welt nach dem Kolonialismus: Zu Rande kommen mit den harten Realitäten.....	45
<b>3</b>	
<b>Imperialismus und »Globalisierung«.....</b>	<b>53</b>
Der Staat, das Kapital und die »Globalisierung«.....	59
Die Vereinigten Staaten: Hegemonie, Gewalt und der zweite Kalte Krieg.....	65
Das Scheitern zweier Strategien.....	69
Das Projekt.....	75
Der neue Imperialismus und die US-Wirtschaft heute.....	76
Die konkurrierenden Imperialismen.....	81
Krieg, Ausbeutung und die Dritte Welt.....	91
Antiimperialistische Politik heute.....	97
Das Dilemma des US-Imperialismus.....	100



# Vorwort

Der Angriff der USA auf den Irak rief in fast jeder Großstadt der Welt Proteste nicht nur für den Frieden, sondern auch gegen den »Imperialismus« hervor. Das Wort Imperialismus wird von den unterschiedlichsten Menschen verwendet, um ihre Abscheu gegen das Vorgehen der US-Regierung auszudrücken.

Es herrscht jedoch nicht immer Klarheit darüber, was Imperialismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts bedeutet. Einigen gilt er als Höhepunkt der Entwicklung des Kapitalismus über die letzten zweieinhalb Jahrhunderte – das »höchste Stadium« des Systems. Für andere bedeutet er einfach nur den Schacher um profitable Rohstoffe oder Investitionen, auf die das System als Ganzes durchaus verzichten könnte, oder aber die Profitjagd nur eines Teils der herrschenden Klasse der USA, nämlich dem militärisch-industriellen Komplex. Einige behaupten sogar, dass die Eroberung von Staaten durch andere Staaten eine archaische, der Dynamik des Systems als Ganzem widersprechende Praxis bestimmter politischer Führer darstelle. So schreibt beispielsweise Michael Hardt, Mitautor des höchst einflussreichen Buches *Empire*, »die USA entwickeln sich rasch zu einer imperialistischen Macht entlang dem alten europäischen Modell, allerdings auf Weltebene«, ergänzt jedoch eilig: »Konzernchefs rund um den Globus erkennen, dass Imperialismus schlecht für das Geschäft ist, weil er Schranken aufbaut, die die globalen Kapitalströme behindern«. <sup>1</sup> Und Bernard Cassen, führend bei ATTAC Frankreich und eine Schlüsselperson des Weltsozialforums, behauptete kurz vor dem Angriff auf den Irak: »Ob Krieg ausbricht oder nicht, B-52 und Spezialeinheiten werden an der Armut in Brasilien oder dem Hunger in Argentinien nichts ändern.« <sup>2</sup>

Diese Meinungsverschiedenheiten bestanden zwischen Menschen, die sich sonst darin einig waren, Widerstand gegen das jüngste aggressive Vorgehen des weltweit mächtigsten – und gefährlichsten – Staates zu leisten. Sie bleiben jedoch wichtig, denn sie bestimmen, wie wir langfristig den Imperialismus bekämpfen. Wenn Imperialismus nur eine Abfolge, von der Gesamtdynamik des Systems abgekoppelter staatlicher Handlungen ist, kann der Staat mit genügend Druck reformiert und Frieden geschaffen werden. Man kann sogar den Motor des Kriegs als etwas der

---

<sup>1</sup> Michael Hardt, *The Guardian*, 18. Dezember 2002

<sup>2</sup> Bernard Cassen, »On the Attack«, *New Left Review*, Januar/Februar 2003, S. 52-53

allgemeinen Bewegung des Systems Zuwiderlaufendes betrachten – egal ob man es »Freihandel« nennt, wie das die Verteidiger des Systems tun, oder »Empire«, wie einige seiner Gegner. Wenn der Imperialismus jedoch mit dem Gesamtsystem organisch verbunden ist, muss das System gestürzt werden, um die Bedrohung zu beseitigen.

# 1

## Klassische Imperialismustheorien

Lenins Broschüre *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* ist die bekannteste Erklärung der zentralen Rolle des Imperialismus für das System. Geschrieben wurde sie mitten im Ersten Weltkrieg. Die Schrift sollte in »gemeinverständlicher Form« aufzeigen, wie der Rückgriff auf Krieg ein Ergebnis des »jüngsten Stadiums des Kapitalismus« – so der ursprüngliche Untertitel – war:

Der Kapitalismus ist zu einem Weltsystem kolonialer Unterdrückung und finanzieller Erdrosselung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Hand voll »fortgeschrittener« Länder geworden. Und diese »Beute« teilen sich zwei, drei weltbeherrschende, bis an die Zähne bewaffnete Räuber (Amerika, England, Japan), die die ganze Welt in *ihren* Krieg um die Teilung *ihrer* Beute mit hineinreißen.<sup>3</sup>

Bei der Aufteilung der Welt haben die kapitalistischen Mächte die »Stärke der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke« zur Grundlage gemacht. »Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine *gleichmäßige* Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben«. Eine Aufteilung der Welt, die der relativen Stärke der großen Mächte zu einem bestimmten Zeitpunkt entspricht, wird dieser in ein paar Jahrzehnten nicht mehr ent-

---

<sup>3</sup> W. I. Lenin, »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus«, in: *Lenin Werke*, Bd. 22, Berlin (Dietz) 1981, S. 195; [www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/vorwort2.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/vorwort2.htm)

sprechen. Die Aufteilung der Welt weicht weiteren Kämpfen um die Neuaufteilung der Welt:

Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik.<sup>4</sup>

Lenins Theorie bezog sich nicht nur auf militärische Konflikte zwischen Großmächten. Er hob hervor, dass diese Konflikte ein Ergebnis von Veränderungen im Kapitalismus selbst seien:

Vor einem halben Jahrhundert, als Marx sein »Kapital« schrieb, erschien der überwiegenden Mehrheit der Ökonomen die freie Konkurrenz als ein »Naturgesetz« [...] [Marx] bewies, dass die freie Konkurrenz die Konzentration der Produktion erzeugt, diese Konzentration aber auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung zum Monopol führt. Das Monopol ist jetzt zur Tatsache geworden [...] die Entstehung der Monopole [ist] infolge der Konzentration der Produktion überhaupt ein allgemeines Grundgesetz des Kapitalismus in seinem heutigen Entwicklungsstadium [...]

Für Europa lässt sich die Zeit der *endgültigen* Ablösung des alten Kapitalismus durch den neuen ziemlich genau feststellen: Es ist der Anfang des 20. Jahrhunderts.<sup>5</sup>

Das ist schon etwas ganz anderes als die alte freie Konkurrenz zersplitterter Unternehmer, die nichts voneinander wissen und für den Absatz auf unbekanntem Markte produzieren. Die Konzentration ist so weit fortgeschritten, dass man einen ungefähren Überschlag aller Rohstoffquellen (beispielsweise der Eisenerzvorkommen) eines Lands und sogar, wie wir sehen werden, mehrerer Länder, ja der ganzen Welt machen kann. Ein solcher Überschlag wird nicht nur gemacht, sondern die riesigen Monopolverbände bemächtigen sich dieser Quellen und fassen sie in einer Hand zusammen. Es wird eine annähernde Berechnung der Größe des Marktes vorgenommen, der durch vertragliche Abmachungen unter diesen Verbänden »aufgeteilt« wird. Die qualifizierten Arbeitskräfte werden monopolisiert, die besten Ingenieure angestellt, man bemächtigt sich der Verkehrswege und -mittel – der Eisenbahnen in Amerika, der Schiffahrtsgesellschaften in Europa und in Amerika.<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> Ebd., S. 300-301

<sup>5</sup> Ebd., S. 204-205

<sup>6</sup> Ebd., S. 209

Wenn dieses Stadium einmal erreicht ist, beruht die Konkurrenz zwischen den großen Konzernen nicht mehr nur – oder hauptsächlich – auf den alten reinen Marktmethoden. Die Kontrolle über Rohstoffe, um ihre Rivalen davon auszusperrten, ihnen der Zugang zu Transportmöglichkeiten abschneiden, Waren unter Preis verkaufen, um die Konkurrenten aus dem Geschäft zu drängen, ihnen den Zugang zu Krediten verwehren – all diese Mittel werden eingesetzt: »Wir haben es nicht mehr mit dem Konkurrenzkampf kleiner und großer, technisch rückständiger und technisch fortgeschrittener Betriebe zu tun. Durch die Monopolinhaber werden alle diejenigen abgewürgt, die sich dem Monopol, seinem Druck, seiner Willkür nicht unterwerfen.«<sup>7</sup> »Die Monopole sind überall Träger monopolistischer Prinzipien: An Stelle der Konkurrenz auf offenem Markt tritt die Ausnutzung der »Verbindungen« zum Zweck eines profitablen Geschäftes.«<sup>8</sup>

Und besonders wichtig sind jene Verbindungen, die die Monopole eines bestimmten Landes mit ihrem Staat knüpfen. Lenin belegt seine Darstellung mit den Erfahrungen in vier Großindustrien Europas und Nordamerikas: Stahl und Zink, Erdölindustrie, Elektro und Handelsschifffahrt. Er zieht daraus den Schluss, dass die Entwicklung des Monopols im Inland seine logische Entsprechung im Einsatz der Staatsmacht findet, um im Ausland Einfluss zu gewinnen. Der Konkurrenzkampf zwischen den Monopolen wurde zu einem zwischen ihren Staaten um die Kontrolle der verschiedenen Weltteile:

Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung »nach dem Kapital«, »nach der Macht« vorgenommen – eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben.<sup>9</sup>

Die Epoche des jüngsten Kapitalismus zeigt uns, dass sich unter den Kapitalistenverbänden bestimmte Beziehungen herausbilden auf dem Boden der ökonomischen Aufteilung der Welt, dass sich aber daneben und im Zusammenhang damit zwischen den politischen Verbänden, den Staaten, bestimmte Beziehungen herausbilden auf dem Boden der territo-

---

<sup>7</sup> Ebd., S. 210

<sup>8</sup> Ebd., S. 248 ([www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/kapitel4.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/kapitel4.htm))

<sup>9</sup> Ebd., S. 257 ([www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/kapitel5.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/kapitel5.htm))

rialen Aufteilung der Welt, des Kampfs um die Kolonien, »des Kampfes um das Wirtschaftsgebiet«.<sup>10</sup>

Das äußerte sich in der Aufteilung der Welt in große Reiche – die Briten, Franzosen, Russen, Belgier und die Niederländer teilten zu Lenins Zeiten fast ganz Asien und Afrika unter sich auf. Lenin betonte jedoch, dass Imperialismus mehr als nur die Teilung der »Dritten Welt«, wie wir heute sagen, zwischen Großmächten beinhaltete. Er kritisierte Karl Kautsky, weil dieser schrieb: »Der Imperialismus [...] besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird.«<sup>11</sup> Lenin unterstrich, dass die imperialistische Teilung der Welt sich zunehmend auf industrialisierte Gebiete konzentrierte: »Für den Imperialismus ist gerade das Bestreben charakteristisch, nicht *nur agrarische* Gebiete, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annectieren (Deutschlands Gelüste auf Belgien, Frankreichs auf Lothringen)«.<sup>12</sup>

Lenins Genosse bei den Bolschewiki, Bucharin – dessen *Imperialismus und Weltwirtschaft* kurz vor Lenins Broschüre geschrieben wurde, aber erst danach mit einem Vorwort von Lenin erschien – trug dieses Argument ebenso nachdrücklich vor:

Aus der Konkurrenz zahlreicher individueller Unternehmen verwandelte er [der Konkurrenzkampf] sich in eine erbitterte Konkurrenz einiger gewaltiger kapitalistischer Vereinigungen, die eine komplizierte und in bedeutendem Maße im Voraus berechnete Politik betreiben. Endlich hört die Konkurrenz in dem ganzen Produktionszweig auf [...] Der Zentralisationsprozess entwickelt sich Schritt für Schritt weiter. Gemischte Unternehmungen und Bankkonzerne fassen die gesamte nationale Produktion zusammen, die die Form eines Verbandes der Verbände annimmt und sich somit in einen staatskapitalistischen Trust verwandelt. Die Konkurrenz erreicht die höchste und letzte denkbare Entwicklungsstufe: *die Konkurrenz der staatskapitalistischen Trusts auf dem Weltmarkt*. In den Grenzen der »nationalen« Wirtschaften wird sie auf ein Minimum reduziert, aber nur, um in gewaltigem, in keiner der vorhergehenden Epochen möglichen Umfange aufs Neue zu entbrennen [...] der Schwerpunkt liegt jetzt in der Konkurrenz von gewaltigen, geschlossenen und organisierten wirtschaftlichen Organismen, die aber über eine

---

<sup>10</sup> Ebd., S. 258

<sup>11</sup> Ebd., S. 272 ([www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/kapitel7.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/kapitel7.htm))

<sup>12</sup> Ebd., S. 273

kolossale Kampfkraft im internationalen Wettbewerb der »Nationen« verfügen [...] Die imperialistische Annexion ist somit ein Sonderfall der allgemeinen kapitalistischen Tendenz zur Zentralisation des Kapitals [...]

Zwei Arten der Zentralisation können unterschieden werden: die erste Art, wenn eine wirtschaftliche Einheit eine andere verschluckt, die ihr ähnlich ist; der zweite Fall ist die vertikale Zentralisation, wenn die betreffende wirtschaftliche Einheit eine andere verschluckt, die nicht von der gleichen Art ist.

[...] Als Beispiel einer horizontalen imperialistischen Annexion kann die Eroberung von Belgien durch Deutschland, als Beispiel einer vertikalen Annexion die Besetzung von Ägypten durch England dienen. Trotzdem wird der Imperialismus gewöhnlich als bloße koloniale Eroberungspolitik behandelt [...] Jetzt aber bricht die Zeit einer wahren Weltumverteilung an [...] auch das Gebiet der Metropole [wird] in den Prozess der Umverteilung einbezogen.<sup>13</sup>

Lenin und Bucharin schrieben ihre Arbeiten während des Ersten Weltkriegs, und ihre Absicht war, die hinter diesem Krieg wirkenden Kräfte zu erklären. Ihre fortdauernde Stärke liegt darin, dass sie wie keine anderen eine Erklärung dessen bieten, was der »Dreißigjährige Krieg« des 20. Jahrhunderts genannt wurde – die großen militärischen Zusammenstöße, die Europa zerrissen und für 50 Millionen Tote und Verwüstung vom Ärmelkanal bis zur Wolga verantwortlich waren und in diesen Mahlstrom bis in die entferntesten Winkel der Welt hunderte Millionen Menschen rissen. Diese Erklärung war ein Anstoß für Kriegsgegner in Europa und Nordamerika, nicht nur die Militaristen anzugreifen, sondern das ganze ökonomische System. Und sie spornte eine ganze Generation Menschen an, die darum kämpften, die Fesseln des Kolonialismus in der Dritten Welt abzuschütteln, eine gewisse Interessengleichheit mit den Arbeiterbewegungen der entwickelten Länder zu sehen.

## Angriffe auf die Theorie

Die enorme Überzeugungskraft dieser Theorie über den Imperialismus führte jedoch wiederholt zu Versuchen, sie zu widerlegen. Seit Bucharin während des Höhepunkts des Stalinismus<sup>14</sup> zur Unperson wurde, galten die meisten Angriffe – und Verteidigungen – Lenins Broschüre.

---

<sup>13</sup> Nikolai Bucharin, *Imperialismus und Weltwirtschaft*, Frankfurt am Main 1969 (Faksimile der Ausgabe von 1929, Wien-Berlin), S. 132-135; ([www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/10-kap10.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/10-kap10.htm))

Die Angriffe konzentrieren sich im Allgemeinen auf zwei miteinander verbundene Fronten: Jede empirische Verbindung zwischen der großen Ausdehnung der westlichen Kolonialreiche und der Dynamik des Kapitalismus wird verneint. Und es wird argumentiert, dass statt eines militärischen Kampfs um die Kontrolle von Territorien für die Mehrheit der Kapitalisten der friedliche Freihandel am einträglichsten sei.

Das erste Argument lässt sich leicht entkräften. Die große Wachstumsphase der westlichen Imperien lag im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Einige europäische Mächte (Großbritannien, Holland, Frankreich) hatten bereits Kolonialreiche aus der vorhergehenden Phase der kapitalistischen Entwicklung; vor 1880 hatten sie jedoch nicht versucht, die gesamte Welt unter sich aufzuteilen. Gerade 10 Prozent von Afrika waren 1876 unter europäischer Herrschaft. Um 1900 waren mehr als 90 Prozent kolonisiert. Im selben Zeitraum errichteten Großbritannien, Frankreich, Russland und Deutschland ausgehend von den kolonialen Enklaven in China große Einflussphären; Japan besetzte Korea und Taiwan; Frankreich eroberte ganz Indochina; die USA entrissen Spanien Puerto Rico und die Philippinen; und Großbritannien und Russland vereinbarten eine informelle Teilung des Irans.

Dies war die Zeit, in der Kapitalexpert zu einem Hauptmerkmal der Wirtschaft Großbritanniens wurde, dem damals noch weltbeherrschenden kapitalistischen Land. Die Gesamtinvestitionen in Auslandsanlagen stiegen von 95 Millionen Pfund im Jahr 1883 auf 393 Millionen Pfund im Jahr 1889. Sie entsprachen bald 8 Prozent des britischen Bruttosozialprodukts und verschlangen 50 Prozent der Rücklagen.<sup>15</sup> Seine größte Kolonie, Indien, zeichnete für 12 Prozent der britischen Warenexporte und 11 Prozent der britischen Kapitalexperte und verschaffte der britischen Zahlungsbilanz einen Überschuss, mit dem Investitionen in anderen Gegenden der Welt finanziert werden konnten.<sup>16</sup> Gleichzeitig kamen viele Rohstoffe für die damals technologisch fortgeschrittensten Industrien aus Kolonialgebieten (Pflanzenöle für Margarine und Seifenherstellung, Kup-

---

<sup>14</sup> Sein Hauptwerk *Imperialismus und Weltwirtschaft* erschien zwischen 1920 und 1970 in keiner einzigen englischen Ausgabe, während die erste englische Ausgabe seines folgenden Buches *Die Ökonomik der Transformationsperiode* (mit kleineren Anmerkungen von Lenin) erst 50 Jahre, nachdem es geschrieben wurde, erschien.

<sup>15</sup> Die Daten wurden entnommen: H. Feis, *Europe: The World's Banker, 1879–1914*, zit. n. Michael Kidron, »Imperialism: The Highest Stage but One«, in: *International Socialism* 9 (erste Reihe), 1962, S. 18

<sup>16</sup> Das Argument und die Zahlen dafür finden sich bei Michael Barratt Brown, *The Economics of Imperialism*, Harmondsworth 1974, S. 195

fer für die Elektroindustrie, Gummi und Öl für die junge Automobilindustrie).

Die 1870er und frühen 1880er Jahre in Großbritannien waren eine Zeit gedrückter Märkte, fallender Preise und niedriger Profite und Dividenden gewesen. Mit dem Wachstum der Auslandsinvestitionen ging diese »Große Depression« zu Ende.<sup>17</sup>

Es stimmt nicht, dass die Kapitalexperte, ganz zu schweigen von Waren, nur in die Kolonien flossen. Vieles ging in die USA und nicht wenig in die lateinamerikanischen Länder wie Argentinien. Sowohl für Politiker als auch für die Interessen der Industrie war jedoch entscheidend, dass »Großbritannien die Meere« beherrschte. Es existierte ein Weltreich, in dem die direkte Herrschaft in einigen Gegenden der Welt zur Vorherrschaft – und Verteidigung von Wirtschaftsinteressen – in anderen Gegenden beitrug.

Wie ich bereits an anderer Stelle geschrieben habe:

Kolonien boten den Kapitalisten der Kolonialmacht geschützte Absatzmärkte für Investitionen. Sie stellten zudem Militärstützpunkte zur Verfügung, um die Routen für Investitionen an anderen Orten zu schützen. Für Großbritannien waren Besitztümer wie Malta, Zypern, Ägypten, Südjemen und das Kap nicht nur als Quelle von Profit an sich wichtig, sondern als Zwischenstationen nach Indien – und Indien, »das Kronjuwel«, war wiederum eine Zwischenstation nach Singapur, zu Malays Zinn und Gummi, zu den gerade geöffneten Märkten Chinas und den reichen Dominions [den selbstständigen Mitgliedern des Commonwealth] Australien und Neuseeland. Das Kolonialreich war wie ein gewebtes Kleidungsstück, das den britischen Kapitalismus vor einem Schnupfen bewahrte: Ein einzelner Faden schien wenig Bedeutung zu haben, riss er jedoch, würde sich der ganze Rest aufribbeln. So jedenfalls sahen die politischen Machthaber des Reichs, ihre Kollegen in der Londoner City, dem Bankenviertel, und ihre Freunde in der britischen Industrie die Dinge.<sup>18</sup>

Andere traten in die Fußstapfen des britischen Kapitalismus und begannen an sich zu reißen, was sie konnten. Wer zuerst kam, mahlte zuerst, war die Regel. Frankreich nahm sich große Landstriche in Nord- und Westafrika, Belgiens König eroberte für sich ein riesiges Gebiet in der

---

<sup>17</sup> Eine längere Diskussion der wirtschaftlichen Verbindung zwischen den beiden Veränderungen bietet Chris Harman, *Explaining the Crisis*, London 1984, S. 52-53

<sup>18</sup> Chris Harman, *A People's History of the World*, London 1999, S. 397

Kongoregion, und die Niederlande schweißten ihre zersplitterten Besitzungen in Ostindien zu einem modernen Reich zusammen. Aber das eine Land in Europa, das begann, den britischen Kapitalismus industriell zu überholen, Deutschland, schloss sich erst als letztes diesem Rennen an und erhielt nur Tanganjika (das Hauptgebiet des modernen Tansanias), Südwestafrika (Namibia), Kamerun, Togo und Ruanda-Burundi als Trostpreise. Zur Jahrhundertwende wurden in der deutschen Industrie mit der National-Liberalen Partei (nach 1918 die Nationale Volkspartei) verbundene Stimmen laut, die argumentierten, das deutsche Unternehmertum wäre nur dann weltweit konkurrenzfähig, wenn Deutschland mehr Kolonien hätte – oder zumindest eine Einflusssphäre, die sich über Ost- und Südosteuropa erstreckte.

Aus welcher Perspektive wir uns die 1890er und das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts – oder die 1920er und die 1930er – auch ansehen, werden wir feststellen, dass Kolonialreiche von der kapitalistischen Klasse als Wirtschaftsvorteil gesehen wurden. Bei bestimmten imperialistischen Abenteuern mochte es Meinungsverschiedenheiten über die zu gewinnenden Vorteile geben, aber es gab keine großen Abweichungen hinsichtlich des Nutzens eines Kolonialreiches an sich.

Aber damit ist der zweite Einwand noch nicht beantwortet: War es wirklich im Interesse der Unternehmer, ihre Steuern in Kriegen, die die Märkte sprengten, in Rauch aufgehen zu sehen? Wäre es nicht besser für sie gewesen, eine auf Freihandel und friedliche Konkurrenz um Märkte gestützte Politik zu erzwingen und so die engstirnigen Interessen derer an den Rand zu drängen, die unmittelbar von Rüstungsausgaben und Kolonien profitierten?

So lautete im Wesentlichen das Argument eines der ersten Theoretiker zur Imperialismusfrage, des liberalen Wirtschaftswissenschaftlers Hobson, dessen Werk 1902 veröffentlicht wurde. Er betrachtete den Imperialismus als das Ergebnis einer mit bestimmten Finanzinstitutionen verbundenen Interessensgruppe. Diese setzte auf garantierte Zinsgewinne aus Überseekrediten, statt das Risiko von Industrieinvestitionen im eigenen Land einzugehen, und begrüßte die koloniale Ausdehnung, da ihr Staat als Garant für ihre Investitionen auftrat:

Wenn wir sehen, dass der Imperialismus der letzten drei Jahrzehnte als Wirtschaftspolitik dadurch eindeutig verurteilt ist, dass er unter enormen Kosten einen geringfügigen, ungunstigen, unsicheren Zuwachs an Märkten verschafft und zugleich den gesamten Reichtum der Nation in Gefahr gebracht hat, indem er bei den anderen Nationen

ein starkes Ressentiment hervorrief, so mögen wir uns wohl fragen: »Wie kommt es denn, dass die britische Nation sich in ein derartig ungesundes Geschäft einlässt?« Die einzig mögliche Antwort lautet, dass die geschäftlichen Interessen der Nation als Ganzes denen gewisser Sondergruppen untergeordnet sind, die sich die Kontrolle über die Hilfsquellen des Landes verschaffen und sie für ihren privaten Nutzen ausbeuten.<sup>19</sup>

Als Sondergruppen macht er die Waffenfabrikanten, »die Großproduzenten für den Exporthandel«, »das Frachttransportwesen« aus, betont jedoch: »Bei weitem der wichtigste wirtschaftliche Faktor im Imperialismus ist der mit den Investitionen zusammenhängende Einfluss [...] die Periode des energischen Imperialismus [fällt] mit der eines bemerkenswerten Wachstums der Einkommen aus Auslandsinvestitionen zusammen [...] In einem alljährlich steigenden Ausmaß wird Großbritannien ein Land, das von Tribut aus dem Ausland lebt, und die Klassen, die diesen Tribut genießen, haben einen ständig zunehmenden Anreiz, die öffentliche Politik, die öffentliche Geldbörse und die öffentliche Gewalt zu benutzen, um das Feld ihrer privaten Kapitalanlagen auszudehnen und ihre bestehenden Anlagen abzuschirmen und zu verbessern.«

Ein kleiner Teil der kapitalistischen Klasse hat somit den Staat in ein Instrument zum eigenen Vorteil verwandelt, trotz des so für die Übrigen angerichteten Schadens:

Aggressiver Imperialismus, der den Steuerzahler so teuer zu stehen kommt, der für den Fabrikanten und den Händler von so geringem Wert ist, der den Staatsbürger einer so schweren, unberechenbaren Gefahr aussetzt, ist eine Quelle fetten Gewinns für den Investierenden, welcher daheim für seine Gelder die von ihm erstrebte Verwendung nicht finden kann und darauf besteht, dass seine Regierung ihm zu einträglichen und gesicherten Kapitalanlagen ver helfe.

Das schließt eine Schicht von Rentenfondsbesitzern ein, die ihre Dividende regelmäßig einstreichen, ohne sich jemals über produktive oder kommerzielle Aktivitäten jeglicher Art Gedanken machen zu müssen. Aber im Kern gibt es etwas, das »noch gefährlicher« ist – »das Sonderinteresse des Finanzmannes, des allgemeinen Investmenthändlers [...] der großen Finanzhäuser, die Effekten und Aktien nicht so sehr als Investitionen, aus denen man Zins zieht, wie als Spekulationsmaterial für den Geldmarkt benützen.«

---

<sup>19</sup> John A. Hobson, *Der Imperialismus*, Köln 1970, S. 66

In einer Passage, die die Feindschaft gegenüber dem »Finanzwesen« statt gegenüber dem Gesamtkapitalismus aufzeigt, und die auch in eine gefährliche Richtung führen kann, fügt er hinzu:

Vereint durch die stärksten Bande der Organisation, stets miteinander in engstem und schnellstem Kontakt, im innersten Herzen der Geschäftshauptstadt eines jeden Staates ansässig und, soweit Europa in Frage steht, vornehmlich in den Händen von Angehörigen einer einzigen und besonderen Rasse, welche viele Jahrhunderte von Finanzerfahrung hinter sich hat, sind sie in einer einzigartigen Lage, um die Politik der Völker zu manipulieren.<sup>20</sup>

Die Alternative zum Imperialismus, die aus Hobsons Gedankengängen folgt, war nicht der revolutionäre Sturz des Kapitalismus, sondern Regierungshandeln, um die einheimische Wirtschaft auszudehnen und die Interessen der Industrie gegen die Finanzwelt zu verteidigen. Solches Handeln könnte die Grundlage für ein Bündnis von Gewerkschaften und der großen Mehrzahl der Geschäftsinteressen im Gegensatz zu den Rentiers und den Finanzkapitalisten bilden.

Zehn Jahre später entwickelte Karl Kautsky, der Theorieveteran der deutschen Sozialdemokratie, der SPD, eine sehr ähnliche Darstellung des Imperialismus. Die politische Biografie von Massimo Salvadori fasst seine Ansicht zusammen:

In den letzten Jahren sei der Finanzkapitalismus in einer Reihe von Staaten und auf internationaler Ebene mit Brutalität in Erscheinung getreten. Weil die Finanzkapitalisten ihre Profite aus dem Kapitalexport zögen, repräsentierten sie in der Innenpolitik die reaktionärste Kraft. Sie schürten den Militarismus, weil sie zur Unterstützung ihrer Expansion unmittelbar an einer starken nationalen Machtentfaltung interessiert seien. Deswegen sei der Imperialismus auch untrennbar mit dem Finanzkapitalismus verwoben. Aber die Interessen des Finanzkapitals seien mit denen des Industriekapitals nicht identisch, denn dieses, das Industriekapital, könne nur wachsen, wenn die Märkte weiter expandierten – was jedoch die Freiheit des Warenverkehrs voraussetze. Aus diesem Sektor des bürgerlichen Lagers kämen deswegen auch Anstöße zu internationalen Vereinbarungen – und genau mit diesem Sektor müsse die Sozialdemokratie in Verbindung treten, wenn der Frieden bewahrt werden solle. Zwar sei der Imperialismus zweifellos Ausdruck einer Entwicklungsphase des Kapitalismus, und zweifellos trete er in dieser Form auch als antreibende Kraft für bewaffnete Konflikte in Erscheinung, doch für den

---

<sup>20</sup> Ebd., S. 71–75

Kapitalismus als Produktionsweise stelle der Imperialismus keineswegs die einzig denkbare Entwicklungsperspektive dar.<sup>21</sup>

Neben den Finanzkapitalisten hatten nach Kautsky auch die Waffenproduzenten Interesse an Imperialismus und Krieg. Aber er behauptete, dass »die Wirtschaftsentwicklung in einigen Sektoren der Industrie durch die ökonomischen Effekte der Aufrüstung zwar begünstigt werde, dass andere Sektoren aber negativ beeinflusst würden.«<sup>22</sup> »Die Quelle der politischen Macht des Finanzkapitals, das darauf abziele, sich die ganze Gesellschaft zu unterwerfen, läge in seiner Verschränkung mit dem Militarismus und der Bürokratie.«<sup>23</sup>

Ausgehend von seiner Vorstellung, der Kapitalismus an sich habe kein Interesse an der Aufteilung der Welt in konkurrierende Kolonien, folgerte Kautsky, dass dieser sich einem neuen Stadium nähere. Er entwickelte dieses Argument in einem Artikel von 1914, in dem er die Kolonisation der vergangenen drei Jahrzehnte als Ergebnis der Versuche von Industriekapitalisten sah, sich Rohstoffe und Märkte zu sichern.

»Die kapitalistische Akkumulation kann in der Industrie nur dann ungehindert vor sich gehen und sich frei entfalten, wenn sie das landwirtschaftliche Gebiet, das ihr als Lieferant und Abnehmer dient, beständig erweitert.« Dafür gab es verschiedene Wege. Einer hieß »Imperialismus«, der besonders durch das System der Kapitalinvestitionen in agrarischen Gebieten unterstützt wurde, was Bestrebungen förderte, »diese Gebiete ihrer Staatsgewalt zu unterwerfen«. »Das Streben nach Besetzung und Unterjochung der agrarischen Gebiete hat starke Gegensätze zwischen den kapitalistischen Industriestaaten hervorgerufen«, was zu »Wettrüsten« und dem »schon lange prophezeiten Weltkrieg« führte.

Aber, so argumentierte er weiter, »diese Phase des Imperialismus« sei für den Fortbestand des Kapitalismus nicht unabdingbar:

Eine ökonomische Notwendigkeit für eine Fortsetzung des Wettrüstens liegt nicht vor, auch nicht vom Standpunkt der Kapitalistenklasse selbst, sondern höchstens vom Standpunkt einiger Rüstungsinteressenten. Umgekehrt wird gerade die kapitalistische Wirtschaft durch die Gegensätze ihrer Staaten aufs Äußerste bedroht. Jeder weitersehende Kapitalist muss heute seinen Genossen zurufen: Kapitalisten aller Länder, vereinigt euch! [...] Vom rein ökonomischen

---

<sup>21</sup> Massimo L. Salvadori, *Sozialismus und Demokratie : Karl Kautsky 1880–1938*, Stuttgart 1982, S. 245-246

<sup>22</sup> Ebd., S. 246

<sup>23</sup> Ebd., S. 247

Standpunkt ist es also nicht ausgeschlossen, dass der Kapitalismus noch eine neue Phase erlebt, die Übertragung der Kartellpolitik auf die äußere Politik, eine Phase des Ultraimperialismus.<sup>24</sup>

## Monopole, der Staat und das Finanzkapital

Lenins *Imperialismus* ist vor allem eine Kritik an Kautsky. Sie stützt sich auf drei Säulen.

Zunächst argumentiert er, dass das ganze System sich in einem monopolistischen Stadium befinde. Monopole seien nicht nur, wie Hobsons Finanzmänner oder Kautskys Finanzkapitalisten, Einzelelemente innerhalb der jeweiligen Nationalwirtschaft. Sie sind zentrale, dominierende Formen von Kapital, die andere Teile hinter sich herziehen.

Zweitens ist in solch einer Situation der politische »Einfluss«, den sie ausüben, kein Zufall. Er ist wesentlicher Bestandteil der Form, die die kapitalistische Konkurrenz jetzt annimmt. Kein großes Kapital kann überleben, wenn es nicht Verbindungen zum Staat hat und diese einsetzt, um auf Kosten anderer Kapitalien zu expandieren. Oder, anders ausgedrückt: Kapitalismus ist niemals einfach ein abstraktes System von frei fließendem Kapital. Das System hat sich immer aus verschiedenen Einzelkapitalien zusammengesetzt, wobei jedes von Personen kontrolliert wird, die ihre Verbindungen zueinander und zum Staat einzusetzen versuchen, um den Markt zu prellen. Aber unter dem Kapitalismus des »Freihandels« zu Marx' Zeiten wäre keines groß genug, um die Dynamik des Gesamtsystems zu beeinflussen. Dagegen dominieren in Lenins Bild Einzelkapitalien jeden wesentlichen Produktionsbereich innerhalb der einzelnen Länder und können durch ihre Verbindungen untereinander und zum Staat der Gesamtgesellschaft eine ganz neue Dynamik politischen und militärischen Expansionsstrebens aufzwingen.

Schließlich stützt Lenin seine Argumente durch seine empirischen Berichte über die Entwicklung großer Industriekonzerne. Aufgrund solcher Argumente und Fakten konnte Lenin so überzeugend behaupten, dass jedes Übereinkommen zwischen den kapitalistischen Großmächten zum Ende des Ersten Weltkriegs den Weg zu neuen Konflikten und erneuten Kriegen ebnen würde.

Manche Nebenaspekte von Lenins Argumentation öffnen allerdings eine Hintertür für Auslegungen Kautsky'scher Art.

---

<sup>24</sup> Alle Zitate stammen von Karl Kautsky, »Der Imperialismus«, in: *Die Neue Zeit*, 32. Jg., 2. Band, Nr. 21, September 1914, S. 916-921

In seiner Broschüre gibt Lenin bereitwillig die Verwertung von Hobsons Arbeit und die des österreichischen marxistischen Ökonomen Hilferding zu, der ebenfalls Kautskys Vorstellung von Imperialismus stark beeinflusste.<sup>25</sup> Beiden gegenüber äußert Lenin sich kritisch. Aber in den Mittelpunkt seiner Analyse stellt er Hilferdings Begriff des »Finanzkapitals«, um das beherrschende Merkmal des Systems in seiner imperialistischen Phase zu beschreiben, und akzeptiert dabei viele Darstellungen Hobsons von der »dominanten« und »parasitären« Rolle der Finanzwelt innerhalb dieses Systems.

Hilferding hatte die Veränderungen des Kapitalismus in dem Vierteljahrhundert nach Marx' Tod 1883 eingehend untersucht: das Entstehen der Aktiengesellschaft anstelle des Einzelunternehmers, die zunehmende Bedeutung der Banken als Investitionsquelle und die Rolle des Staats, die Märkte des bereits herangereiften nationalen Kapitalismus zu schützen. Es sei zu einem Zusammenschluss von Finanzkapital und Industriekapital gekommen, um so eine Synthese aus beiden zu erzeugen, so seine Argumentation.

Hilferdings Verwendung des Begriffs Finanzkapital war allerdings in einer wichtigen Hinsicht doppeldeutig. Manchmal meinte er damit die Vereinigung von Finanzwelt und Industrie – oder zumindest, dass die Finanzinteressen als Schmierstoff für das Verschmelzen von Industriekonzerne dienten: »die Bank [muss] einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.«<sup>26</sup> »Haben wir gesehen, wie die Industrie immer mehr in Abhängigkeit vom Bankkapital gerät, so bedeutet das durchaus nicht, dass auch die Industriemagnaten abhängig werden von Bankmagnaten.«<sup>27</sup>

Auf dieser Grundlage entstanden Trusts und Kartelle, die ganze Industriesektoren beherrschen konnten. Sie stützten sich auf den Staat, um ihre Inlandsinteressen zu schützen, was es ihnen ermöglichte, die Preise im eigenen Land anzuheben und Auslandsmärkte mit Niedrigpreisen zu erobern. Dieser Druck der kombinierten finanzindustriellen Kapitalien ver-

---

<sup>25</sup> Siehe Kautskys Besprechung von Hilferdings *Finanzkapital*; Kautsky, »Finance-Capital and Crises«, in: *Social Democrat*, London, Bd. 15, 1911, [www.marxists.org/archive/kautsky/works/1910s/finance.htm](http://www.marxists.org/archive/kautsky/works/1910s/finance.htm)

<sup>26</sup> Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*, Berlin (Dietz) 1947 (Nachdruck der ersten Auflage von 1910), S. 305

<sup>27</sup> Ebd., S. 306

änderte die ganze Haltung des Kapitals gegenüber dem Staat. »Nicht das Freihandelsland England, sondern die Schutzzollländer Deutschland und die Vereinigten Staaten wurden zu Musterländern kapitalistischer Entwicklung.«<sup>28</sup> Die traditionelle liberale Idee vom sehr eingeschränkten »Nachtwächterstaat« wich dem Bedürfnis der großen Trusts nach einem mächtigen Staat, der seine Grenzen ausdehnte und so den Markt für die Erzielung von Monopolprofiten vergrößerte. »War der Freihandel gegen die Kolonien gleichgültig, so führt der Schutzzoll unmittelbar zu größerer Aktivität auf kolonialpolitischem Gebiet. Hier stoßen die Interessen der Staaten unmittelbar feindlich aufeinander.«<sup>29</sup> Das Streben nach dem Imperium war unlösbar mit der modernsten Form von Kapitalismus verbunden. Und da der britische, französische, und in geringerem Maße der niederländische und belgische Kapitalismus die Welt bereits unter sich aufgeteilt hatten, bedeutete die Expansion des deutschen Kapitalismus unvermeidlich militärische Zusammenstöße mit diesen.

Hilferding verwendet den Begriff »Finanzkapital« aber auch auf eine Weise, die an Hobsons Beschreibung der Finanzwelt als konträr zu den Interessen der Masse des Industriekapitals stehend erinnert:

Die Mobilisierung des Kapitals und die stets stärkere Ausdehnung des Kredits ändert allmählich die Stellung der Geldkapitalisten vollständig. Die Macht der Banken wächst, sie werden die Gründer und schließlich die Beherrscher der Industrie, deren Profite sie als Finanzkapital an sich reißen, ganz wie einst der alte Wucherer mit seinem »Zins« den Arbeitsertrag des Bauern und die Rente des Grundherren.<sup>30</sup>

Die Finanzkapitalisten wurden also als treibende Kraft hinter der Eroberung von Kolonien und Krieg angesehen, während die Industriekapitalisten diesen Prozess aufhalten wollten. In einer Buchbesprechung gab Kautsky Hilferding sinngemäß wieder, indem er das Finanzkapital als »brutalste und gewalttätigste Form des Kapitals« bezeichnete.<sup>31</sup>

Aber die Zweideutigkeit in Hilferdings Formulierung ermöglichte es ihm, eine unmittelbar entgegengesetzte Schlussfolgerung zu ziehen und zu behaupten, dass das Aufkommen des Finanzkapitals sich günstig auf das übrige System auswirke, indem es zur zunehmenden Organisation der Nationalökonomie führe und sie so für Krisen, Wirtschaftsauf-

---

<sup>28</sup> Ebd., S. 413

<sup>29</sup> Ebd., S. 446

<sup>30</sup> Ebd., S. 307

<sup>31</sup> Kautsky, »Finance-Capital and Crises«, a. a. O.

schwünge und Markthysterien weniger anfällig mache: »Jene Massenpsychosen, wie sie die Spekulation zu Beginn der kapitalistischen Ära erzeugt [...] scheinen unwiederbringlich dahin.«<sup>32</sup> Innerhalb weniger Jahre entwickelte Hilferding daraus eine umfassende Theorie vom »organisierten Kapitalismus«, der angeblich dabei war, große Wirtschaftskrisen und den unvermeidlichen Kriegsdrang für immer zu bannen.<sup>33</sup>

Die Verwendung des Begriffs »Finanzkapital« kann heute immer noch für Verwirrung sorgen. Jene, die sehr begrenzte Reformen für das gegenwärtige System predigen, wie Will Hutton, machen die politische Vormachtstellung der Banker der Londoner City für die Probleme des britischen Kapitalismus verantwortlich, während Teile der globalisierungskritischen Bewegung in der »Tobinsteuer« auf grenzüberschreitende Finanzströme den Hebel sehen, Wirtschaftskrisen und die weltweite Armut zu überwinden.

Lenins Kritik an dieser Tendenz in Hilferdings Politik fiel vernichtend aus, er beschrieb ihn als »ehemaligen Marxisten«.<sup>34</sup> Dennoch übernahm er den Begriff Finanzkapital und stellte ihn in das Zentrum seiner eigenen Theorie. Auf diese Weise ermöglichte er mehrdeutige Interpretationen seiner eigenen Arbeit. Er wollte betonen, dass mit der Tendenz zum Monopol die Kernkapitalien in jedem Land zur imperialistischen Politik des Teilens und Neuaufteilens der Welt getrieben waren. Deshalb kritisierte er eine von Hilferdings Definitionen von »Finanzkapital« als »Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen« insofern als unvollständig,

[...] als ihr der Hinweis auf eines der wichtigsten Momente fehlt, nämlich auf die Zunahme der Konzentration der Produktion und des Kapitals in einem so hohen Grade, dass die Konzentration zum Monopol führt und geführt hat [...] Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.<sup>35</sup>

---

<sup>32</sup> Hilferding, *Das Finanzkapital*, a.a.O., S. 399

<sup>33</sup> W. Smaldone, *Rudolf Hilferding: The Tragedy of a German Social Democrat*, Illinois 1996

<sup>34</sup> Lenin, Werke Bd. 22, S. 199; [www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/vorwort2.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/vorwort2.htm)

<sup>35</sup> Ebd., S. 230; [www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/kapitel3.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/kapitel3.htm)

Aber die Begrifflichkeit in bestimmten anderen Teilen seiner Broschüre gestattete eine Interpretation, nach der er, ähnlich wie Hobson und Kautsky, die Meinung vertrete, vor allem Finanzinteressen und die Banken seien verantwortlich für den Imperialismus. Dies besonders auf Grund der Passage, in der er in Anlehnung an Hobson den »parasitären« Charakter des Finanzkapitals betont und über das »außergewöhnliche Anwachsen der Klasse oder, richtiger, der Schicht der Rentner« schreibt, »d.h. Personen, die vom »Kuponschneiden« leben, Personen, die von der Beteiligung an irgendeinem Unternehmen völlig losgelöst sind, Personen, deren Beruf der Müßiggang ist. Die Kapitalausfuhr, eine der wesentlichsten ökonomischen Grundlagen des Imperialismus, verstärkt diese völlige Isolierung der Rentnerschicht von der Produktion noch mehr und drückt dem ganzen Land, das von der Ausbeutung der Arbeit einiger überseeischer Länder und Kolonien lebt, den Stempel des Parasitismus auf.«<sup>36</sup> Diese Betonung des »Parasitismus« des Finanzkapitals ermöglichte es einigen Leuten, die sich vorgeblich auf Lenins Arbeit stützten, in den Jahrzehnten nach seinem Tod zu behaupten, ein antiimperialistisches Bündnis zwischen Sektionen des Industriekapitals gegen das Finanzkapital sei möglich – also gerade in die Politik Kautskys zu verfallen, die Lenin so vehement angegriffen hatte.

Damit schien die gesamte Theorie über den Imperialismus auf der Schlüsselstellung der Banken beim Export von Finanzkapital zu beruhen. Das stimmte jedoch nicht einmal für die Zeit, als Lenin seine Theorie niederschrieb, und schon gar nicht für die Jahrzehnte danach. Der Export von Finanzkapital und der Rentiers war ein zentrales Muster des britischen Kapitalismus in den beiden Jahrzehnten ehe Hobson schrieb. Aber Großbritannien wies nicht mehr »die Zukunft« für andere kapitalistische Länder, so wie zu Marx' Zeiten. Seine neuen Konkurrenten wie Deutschland und die USA hatten Großbritannien in der Frage der Konzentration und Monopolisierung der Industrie überholt. Im Fall Deutschlands waren es die Industrievereinigungen, besonders die der Schwerindustrie, die über nationale Grenzen hinweg durch die Einrichtung von Kolonien und Einflussphären expandieren wollten. Zudem war für die US-amerikanische und russische Ökonomie jener Zeit nicht der Kapitalexport kennzeichnend, sondern das Einströmen von Investitionen aus anderen kapitalistischen Ländern (obwohl es hier auch einigen Wiederausfuhr von Kapital gab). Bei strikter Lesart von Lenins *Imperialismus* würden diese Staaten in

---

<sup>36</sup> Ebd., S. 281; [www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/kapitel8.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/kapitel8.htm)

der Zeit des Ersten Weltkriegs nicht als imperialistisch gelten, obwohl beide sich an der Aufteilung der übrigen Welt im vorangehenden Vierteljahrhundert beteiligt hatten.

Die Finanziere in den Mittelpunkt zu stellen, wird noch problematischer, wenn wir das Vierteljahrhundert nach Lenins Schrift betrachten. Großbritannien begann mit der Herausbildung seiner eigenen großen nahezu monopolistischen Industrien (ICI, Unilever usw.) den deutschen Weg einzuschlagen, während die Schwerindustrie die Hauptrolle beim Vorantreiben der Neuaufteilung Europas im Interesse Deutschlands in den 1930er Jahren spielte. Und, wie Tony Cliff hervorhob, verfolgte der japanische Imperialismus eine Politik der Industrialisierung von Teilen seiner taiwanischen, koreanischen und mandschurischen Kolonien als Erweiterung seiner eigenen Wirtschaft.<sup>37</sup> Allgemein stellte Cliff fest: »Während die Menge des von den entwickelten kapitalistischen Ländern im Ausland investierten Kapitals von 1860 bis 1914 fast ununterbrochen wuchs, überstieg sie nach 1914, als der Imperialismus zur Reife gelangte, niemals das Niveau von 1914 und sank sogar darunter.«<sup>38</sup>

Zudem verwandelten sich die imperialistischen Mächte nicht in ent-industrialisierte Parasiten, die in zunehmendem Maße vom Einkommen aus der Produktion in anderen Weltteilen leben, sie erlebten vielmehr die Ausdehnung neuer Industrien in den Jahren zwischen den Kriegen, die den Abstand zwischen ihnen und fast der gesamten übrigen Welt vergrößerten. Gleichzeitig strebten sie weiterhin nach imperialistischer Expansion, bei der Großbritannien und Frankreich den Großteil des Nahen Ostens und die ehemaligen deutschen Kolonien zusammenrafften, Japan nach China expandierte, und Deutschland damit begann, ein neues Reich in Europa zu erobern.

Lenin schadete seinem eigenen Argument, als er sich zu sehr auf Hobsons Interpretation Großbritanniens vor 1900 stützte.

---

<sup>37</sup> Tony Cliff, »The Nature of Stalinist Russia«, in: Tony Cliff, *Marxist Theory after Trotsky*, London 2003, S. 116–120

<sup>38</sup> Ebd., S. 117

## Bucharin und die Triebkraft des Krieges

Bucharins Darstellung des Imperialismus hält einer Überprüfung sehr viel besser stand, obwohl sie viel weniger bekannt ist. Er verwendet die Kategorie des »Finanzkapitals« wiederholt in *Imperialismus und Weltwirtschaft*. Aber er warnt ausdrücklich davor, dieses als etwas anderes als Industriekapital aufzufassen.

Den »Finanzkapitalismus darf man nicht mit dem einfachen Geldkapital verwechseln, denn für das Finanzkapital ist kennzeichnend, dass es gleichzeitig sowohl Bank- als auch Industriekapital ist.«<sup>39</sup> Für Bucharin ist es nicht zu trennen von der Tendenz zur Beherrschung der gesamten Nationalökonomie durch »staatskapitalistische Trusts«:

Auf verschiedenen Wegen werden die einzelnen Produktionszweige zu einer einheitlichen, in bedeutendem Maße organisierten Körperschaft zusammengefasst. Das Finanzkapital schlägt das gesamte Land in eiserne Fesseln. Die »Volkswirtschaft« verwandelt sich in einen einzigen gewaltigen kombinierten Trust, dessen Teilhaber die Finanzgruppen und der Staat sind. Solche Bildungen nennen wir staatskapitalistische Trusts.<sup>40</sup>

Der Kapitalexport zur Befriedigung der Bedürfnisse der Rentiers ist nur ein untergeordnetes Merkmal eines Systems, in dem zunehmend mit dem Staat verknüpfte riesige Industriefirmen in der internationalen Konkurrenz gegeneinander kämpfen. Diese Konkurrenz findet an drei verschiedenen Fronten statt: um den Warenexport, um Rohstoffe und um Kapitalexporte. »Aber diese drei Wurzeln der Politik des Finanzkapitals sind im Grunde genommen nur drei Seiten ein und derselben Erscheinung: des Konfliktes zwischen dem Wachstum der Produktivkräfte und der »nationalen« Beschränktheit der Organisation der Produktion.«<sup>41</sup>

In seinem späteren Buch *Ökonomik der Transformationsperiode* zeigt Bucharin auf, dass der »Finanzkapitalismus« sich auf ein neues imperialistisches Stadium des Kapitalismus zubewegt, den Staatskapitalismus:

---

<sup>39</sup> Bucharin, *Imperialismus und Weltwirtschaft*; [www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/09-kap9.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/09-kap9.htm)

<sup>40</sup> Ebd., [www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/10-kap10.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/10-kap10.htm)

<sup>41</sup> Ebd., [www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/08-kap8.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/08-kap8.htm)

Die Staatsorganisation der Bourgeoisie konzentriert in sich die ganze Macht dieser Klasse. Folglich müssen alle übrigen Organisationen [...] ihr untergeordnet sein. Sie alle werden »militarisiert« [...] So entsteht ein neuer Typus der Staatsgewalt, der klassische Typus des imperialistischen Staates, der auf den staatskapitalistischen Produktionsverhältnissen fußt. Hier verschmilzt die »Ökonomik« organisatorisch mit der »Politik«, die ökonomische Macht der Bourgeoisie verbindet sich unmittelbar mit ihrer politischen Macht, der Staat hört auf, ein einfacher Beschützer des Ausbeutungsprozesses zu sein, und wird zum direkten kapitalistischen Kollektivausbeuter [...]

Die staatskapitalistischen Produktionsverhältnisse sind, logisch und historisch, eine Fortsetzung der finanzkapitalistischen Verhältnisse, deren Vollendung sie bilden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass den Ausgangspunkt ihrer Entwicklung jene organisatorischen Formen bildeten, die durch das Finanzkapital, das heißt die Syndikate, Trusts und Banken, gegeben waren.<sup>42</sup>

Wenn dieses Stadium einmal erreicht ist, führt das »zu einem Kampfe untereinander, zu ihrer kapitalistischen Konkurrenz. Die Formen dieser Konkurrenz können sehr verschieden sein. Insbesondere ist auch die imperialistische Politik eine der Formen des Konkurrenzkampfes«.

Krieg wird nun zu einem zentralen Bestandteil des Systems, er entsteht aus der Konkurrenz zwischen den »staatskapitalistischen Trusts«, fließt aber auch in ihre innere Organisation zurück und bestimmt sie:

Mit der Bildung von staatskapitalistischen Trusts wird die Konkurrenz fast ausschließlich zur auswärtigen Konkurrenz; es ist klar, dass gerade deshalb die Organe dieses »auswärtigen« Kampfes bis zum Äußersten verstärkt werden müssen, und vor allem die Staatsmacht [...] Ist von einer Änderung der Handelsverträge die Rede, so tritt die Staatsmacht der vertragschließenden Seiten auf den Plan, und vom Kräfteverhältnis dieser Mächte, die letzten Endes durch das Verhältnis ihrer militärischen Kräfte bestimmt wird, hängen die Ergebnisse dieses Vertrages ab; taucht die Frage des Abschlusses einer Anleihe oder der Gewährung eines Kredits an irgendein Land auf, so sichert sich die Regierung, hinter der militärische Macht steht, die höchsten Zinsen und Bestellungen, bedingt sich Konzessionen aus und kämpft gegen die ausländischen Konkurrenten. Beginnt der Kampf um die finanzkapitalistische Ausbeutung eines formell noch von niemandem besetzten Gebietes, so hängt es von der militärischen Macht der Staaten ab, wem dieses Land zufällt. In »Friedens-

---

<sup>42</sup> Nikolai Bucharin, *Ökonomik der Transformationsperiode – Mit Randbemerkungen von Lenin*, Berlin 1990, S. 54–55

zeiten« bleibt der staatlich-militärische Apparat hinter den Kulissen, wo er sich aber keineswegs ruhig verhält; in Kriegszeiten tritt er in der unmittelbarsten Art und Weise auf den Schauplatz.

[...] Wächst die Bedeutung der Staatsmacht im Allgemeinen, so tritt doch der Ausbau ihrer militärischen Organisation, des Heeres mit der Flotte, ganz besonders krass in Erscheinung. Der Kampf unter den staatskapitalistischen Trusts wird in erster Linie durch das Verhältnis ihrer militärischen Machtmittel entschieden, denn die militärische Macht eines Landes ist die letzte Instanz, an die die kämpfenden »nationalen« Kapitalistengruppen appellieren. Der Staatshaushalt steigt ganz gewaltig, und ein immer größerer Teil davon wird für Ausgaben zum Zwecke der »Landesverteidigung« aufgewandt, wie die Ausgaben für die Militarisierung euphemistisch genannt werden.

[...] Jede Vervollkommnung der Kriegstechnik führt zu einer Reorganisation und zu einem Umbau des militärischen Mechanismus; jede neue Maßregel und jede Vergrößerung der militärischen Macht eines Staates ruft alle anderen auf den Plan. Wir sehen hier dieselbe Erscheinung wie auf dem Gebiete der Zollpolitik, wo jede Erhöhung der Zollsätze in einem Staate sofort auf die anderen zurückwirkt und zu einer allgemeinen Erhöhung führt.

[...] Eine kapitalistische Gesellschaft ist ohne Rüstungen ebenso undenkbar wie ohne Kriege. Und ebenso wie nicht die niedrigen Preise die Konkurrenz hervorrufen, sondern umgekehrt die Konkurrenz niedrige Preise erzeugt, so ist auch das Bestehen der Armeen nicht die Hauptursache und die Triebkraft der Kriege (wenn auch natürlich Kriege ohne Armeen undenkbar sind), sondern umgekehrt: das Bestehen der Armee ist dadurch bedingt, dass wirtschaftliche Konflikte unausbleiblich sind. Aus diesem Grunde erleben wir heute in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Konflikte einen Zustand der höchsten Spannung erreicht haben, auch einen Hexensabbat der Rüstungen.<sup>43</sup>

In einer Rede von 1922 argumentierte er:

Die Hauptgruppierungen der Bourgeoisie sind jetzt trustartige Gruppierungen, die im Staatsrahmen eingeschlossen sind [...] Es ist natürlich sehr begreiflich, dass eine solche Form des Unternehmens [...] das Schwergewicht ihrer Kampfmethoden in den Gewaltmitteln

---

<sup>43</sup> Bucharin, *Imperialismus und Weltwirtschaft*; [www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/09-kap9.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/09-kap9.htm); [www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/11-kap11.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/bucharin/1917/imperial/11-kap11.htm)

hat [...] Es entstehen also neue Formen des Konkurrenzkampfes, was zu militärischen Eingriffen seitens dieser Staaten führt.<sup>44</sup>

Bucharin ahnt hier die Form von Imperialismus voraus, die die späten 1930er und 1940er Jahre kennzeichnen. Aber in einer Hinsicht war seine Argumentation schwächer als die Lenins – in Bezug auf die politischen Konsequenzen, die er aus seiner Theorie zog, wenn es um die vom Imperialismus unterdrückten Länder ging.

## Lenin, Imperialismus und die Kolonien

*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* hatte großen Einfluss auf die kolonialen Befreiungsbewegungen – und auf jene, die sich in den imperialistischen Ländern mit ihnen solidarisierten. Zum Teil, weil es ein eindeutiger Aufruf an die Arbeiter war, sich in den imperialistischen Ländern gegen die Politik der eigenen Herrscher zu stellen. Aber auch, weil es in Verbindung mit anderen Schriften Lenins über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung gelesen wurde.

In diesen hatte sich Lenin mit den politischen Auswirkungen des Imperialismus beschäftigt. Er erkannte, dass die Revolten der unterdrückten Nationalitäten die Imperien, die die Welt beherrschten, zerreißen konnten. Diese Revolten konnten viel größere Schichten der Bevölkerung aufrütteln und so die westlichen kapitalistischen Staaten mit ihren Großreichen schwächen – das galt sogar, wenn die Revolten von Überbleibseln der alten vorkapitalistischen Ausbeuterklassen oder von den neu entstandenen bürgerlichen Gruppen geführt wurden. Was zählte, war, dass diese lokalen Ausbeuterklassen politisch von den Staaten der Imperialmächten beherrscht waren, und indem sie dagegen kämpften, schwächten sie diese Staaten. Aufgabe revolutionärer Sozialisten war es, solche Kämpfe durch bedingungslose Unterstützung des Rechts auf politische Selbstbestimmung angesichts der imperialistischen Unterdrückung zu fördern und zu unterstützen.

Lenin wurde in den Jahren vor 1917 von anderen Revolutionären wie Rosa Luxemburg, Piatakow und Bucharin kritisiert. Sie sagten, politische Unabhängigkeit unter der Führung dieser ausbeutenden Gruppen sei sinnlos, da sie nach wie vor von den stärkeren imperialistischen herr-

---

<sup>44</sup> Nikolai Bucharin, *Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale*, Frankfurt am Main 1983 (Faksimile der ersten Ausgabe von 1923), S. 413

schenden Klassen innerhalb eines weltkapitalistischen Systems wirtschaftlich abhängig blieben.

Für Lenin war das weder Fisch noch Fleisch. Der Kampf für nationale Selbstbestimmung war ein politischer, der sich gegen konkrete politische Unterdrückungsinstitutionen richtete – die mächtigsten Staaten der Welt.

Dies sprach er nach dem Dubliner Aufstand gegen die britische Herrschaft 1916 deutlich aus:

Denn zu glauben, dass die soziale Revolution *denkbar* ist ohne Aufstände kleiner Nationen in den Kolonien und in Europa, ohne revolutionäre Ausbrüche eines Teils des Kleinbürgertums *mit allen seinen Vorurteilen*, ohne die Bewegung unaufgeklärter proletarischer und halbproletarischer Massen gegen das Joch der Gutsbesitzer und der Kirche, gegen die monarchistische, nationale usw. Unterdrückung – das zu glauben heißt *der sozialen Revolution entsagen*. Es soll sich wohl an einer Stelle das eine Heer aufstellen und erklären: »Wir sind für den Sozialismus«, an einer anderen Stelle das andere Heer aufstellen und erklären: »Wir sind für den Imperialismus«, und das wird dann die soziale Revolution sein! Nur unter einem solchen lächerlich-pedantischen Gesichtspunkt war es denkbar, den irischen Aufstand einen »Putsch« zu schimpfen.

Wer eine »reine« soziale Revolution erwartet, der wird sie *niemals* erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution.<sup>45</sup>

Er bestand auf dem Unterschied zwischen politischer Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Die eine konnte durch politischen Kampf erreicht werden, die andere war eine utopische Forderung, sobald der Kapitalismus einen Weltmarkt geschaffen hatte, wodurch die Produktion in jedem einzelnen Staat, sogar in den mächtigsten, von der Produktion in anderen Ländern abhängig geworden war.

Aber das Potenzial für den politischen Kampf war enorm. Lenin prophezeite Aufstände für die Rechte der unterdrückten Nationalitäten in all diesen Imperien – eine Prophezeiung, die sich in den Jahren nach 1916 als richtig herausstellte, als es zu solchen Aufständen in Irland, Indien, Ägypten und Indonesien und gegen die europäischen und japanischen »Konzessionen« in China kam. Und sein Beharren darauf, dass die linken Arbeiterparteien solche Aufstände bedingungslos unterstützen müssen, machte die neu gebildete Kommunistische Internationale für eine Reihe

---

<sup>45</sup> W. I. Lenin, »Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung«, *Lenin Werke* Bd. 22, S. 363–364

wichtiger Aktivisten der kolonialen Bewegungen attraktiv.<sup>46</sup> Spätestens Mitte der 1920er Jahre spielten kommunistische Berater eine Schlüsselrolle in nationalistischen Armeen, die um die Kontrolle Südchinas kämpften, und in den folgenden drei Jahrzehnten waren Kommunisten, ausgerüstet mit einer durch Stalin entstellten Version von Lenins Theorie, in der Lage, einige wichtige nationale Befreiungsbewegungen in der Kolonialwelt zu beeinflussen (obwohl sie diesen Einfluss auch verloren, wenn sie sich, wie bei der »Raus aus Indien«-Bewegung von 1942, unter Stalins Anweisungen gegen nationale Befreiungsbewegungen stellten).

Problematisch ist Lenins Theorie jedoch, wenn es um die koloniale Welt geht. In *Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* behauptete er, dass der Kapitalexport in die Kolonien zu ihrer industriellen Entwicklung führen werde:

Der Kapitalexport beeinflusst in den Ländern, in die er sich ergießt, die kapitalistische Entwicklung, die er außerordentlich beschleunigt. Wenn daher dieser Export bis zu einem gewissen Grade die Entwicklung in den exportierenden Ländern zu hemmen geeignet ist, so kann dies nur um den Preis einer Ausdehnung und Vertiefung der weiteren Entwicklung des Kapitalismus in der ganzen Welt geschehen.<sup>47</sup>

Eine von Lenins frühesten Arbeiten, *Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland*, hatte sich gegen jene gerichtet, die die Möglichkeit einer kapitalistischen Entwicklung bestritten. Er blieb bei seiner Position, als er *Imperialismus* schrieb. Dieser Glaube, dass sich die industrielle Entwicklung zunehmend in den Kolonien fortsetze, brachte ihn dazu, die kolonisierenden Länder als »parasitär« zu bezeichnen.<sup>48</sup>

Die Anziehungskraft des Kommunismus auf viele, die sich an den nationalen Befreiungsbewegungen beteiligten, lag dagegen in der Auffassung, dass der Kapitalismus *keinen* nennenswerten industriellen Fortschritt

---

<sup>46</sup> Zu den Auswirkungen auf China siehe zum Beispiel François Chesnais' hervorragendes Buch *The Chinese Labor Movement*

<sup>47</sup> Lenin, *Werke, Imperialismus* Bd. 22, S. 247

<sup>48</sup> Leo Trotzki formulierte 1928 zur industriellen Entwicklung: »Der Kapitalismus [...] [gleich] die wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsstufen der fortgeschrittensten und der rückständigsten Länder einander [an]. Ohne diesen grundlegenden Prozess wäre [...] die Industrialisierung der Kolonien, welche die Kluft zwischen Indien und Großbritannien verringert [...] nicht vorstellbar.« Trotzki, »Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale«, in: *Die III. Internationale nach Lenin : das Programm der internationalen Revolution und die Ideologie des Sozialismus in einem Land* (1928), Essen 1993, S. 38-39

bringe. In vielen Ländern der Dritten Welt gab es eine sehr große städtische Mittelschicht, die unter Verelendung, unsicheren Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitslosigkeit litt und zudem durch das Kolonialregime politisch an den Rand gedrängt war. Der mangelnde Wille der Bewegungen, die von der örtlichen Bourgeoisie abhängig waren, einen konsequenten und entschiedenen Kampf gegen den Kolonialismus zu führen, machte den Kommunismus für einige aus der städtischen Mittelschicht anziehend, vorausgesetzt, der Kommunismus nahm sich ihrer Sorgen über die wirtschaftliche Entwicklung und über die politische Unabhängigkeit an. Über dieses Thema kam es in der Kommunistischen Internationale 1927-1928 zu einer Diskussion, kurz bevor die vollständige Stalinisierung jede Möglichkeit rationaler Debatte zerstörte.

Jane Degras hatte geschrieben:

Die Hauptkontroverse betraf die Frage, ob die Kolonien »dekolonisiert« würden, das heißt, ob die Metropolenländer die Industrialisierung ihrer Kolonien förderten oder behinderten; Indien stand im Mittelpunkt der Debatte [...] Mitglieder der britischen Delegation glaubten, Großbritannien würde Indien industrialisieren, um die billigen Arbeitskräfte dort zu nutzen. Bucharin stellte sich in seiner Einführungsrede gegen die Dekolonisationstheorie; die Inder selbst waren gespalten; Roy [...] hatte geschrieben, dass die Dekolonisation fortschreite und den Keim der Auflösung des Britischen Empires in sich trage. Diese Dekolonisationstheorie soll er Ende 1927 unterbreitet haben. Die Bourgeoisie zöge sich nicht nur von der nationalen Revolution zurück, sondern suche ein Übereinkommen mit den Imperialisten, um sie einzudämmen. S. Tagore (der unter dem Namen Narayan auftrat) behauptet, dass [...] er und Bucharin im April 1927 übereinstimmten, dass eine Art Dekolonisation in Indien stattfinde.<sup>49</sup>

Kuusinen, damals Stalins Mann in der Komintern, griff ein und betonte: »Wäre es wahr, dass der britische Imperialismus wirklich die Industrialisierung Indiens betreibt, müssten wir unser Gesamtkonzept über die Natur der imperialistischen Kolonialpolitik revidieren«<sup>50</sup> – ohne natürlich anzuerkennen, dass jede »Revision« bedeutet hätte, mit Lenins Schriften übereinzustimmen! Dann behauptete er: »Investitionen sind nicht gleich Industrialisierung [...] Großbritannien war entschlossen, die Indus-

---

<sup>49</sup> Jane Degras, *The Comintern, 1939–1943, Documents*, Bd. 2, London 1971, S. 527

<sup>50</sup> Ebd., S. 528

trie Indiens zu zerstören und das Proletariat in die Dörfer zurückzudrängen; es hat seinen Handlanger in Gandhi gefunden.«

Zwei britische Delegierte, Arnot und Rothstein, entgegneten: »Der Imperialismus hat durch seine eigenen Widersprüche die industrielle Entwicklung in den Kolonien begünstigt, die mit ihm zu konkurrieren begann, und auf diese Weise die inländischen Widersprüche auf die Weltbühne übertragen.«<sup>51</sup> Aber in den Thesen des Kongresses wurde unnachgiebig festgehalten: »Es existiert eine objektive Unmöglichkeit eines nichtkapitalistischen Entwicklungspfad für die rückständigen Länder [...] Die besonderen kolonialen Formen der kapitalistischen Ausbeutung [...] behindern die Entwicklung der Produktivkräfte in den Kolonien.«<sup>52</sup> Dieses Argument wurde in den folgenden Jahrzehnten des Stalinismus in Stein gemeißelt und als Begründung dafür verwendet, dass die kolonialen und ehemaligen kolonialen Ländern sich nur wirtschaftlich entwickeln konnten, wenn sie dem Muster der UdSSR folgten.

Zwischen dieser in der stalinistischen Tradition wurzelnden Ideenströmung und einer weiteren, die mehr oder weniger unabhängig in Lateinamerika entstanden war, gab es eine Angleichung. Die direkte Kolonialherrschaft war in dieser Region in den 1820er Jahren weitgehend beendet. Aber im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts unterschieden sich die Lebensbedingungen der Menschen in großen Gebieten kaum von denen der Kolonialvölker Afrikas und Asiens. Es gab eine verarmte Bauernschaft, eine städtische Bourgeoisie, die nicht in der Lage war, der Landoligarchie vollständig die Macht zu entreißen, und ein großes, gebildetes Kleinbürgertum, das sich beklagte, keinen Lebensstil wie in Nordamerika und Westeuropa erlangen zu können.

Bewegungen entstanden in den Zwischenkriegsjahren, die das Haupthindernis zur wirtschaftlichen Entwicklung im lähmenden Einfluss des britischen und amerikanischen Imperialismus sahen. Haya de la Torre, Sohn eines erfolglosen Geschäftsmannes, gründete 1924 die Alianza Popular Revolucionaria Americana (APRA) rund um ein Programm von Nationalismus und Antiimperialismus, das breite Unterstützung aus der peruanischen Mittelschicht und von Arbeitern erhielt. Er ermutigte kleinbürgerliche Aktivisten in anderen Ländern, das Gleiche zu tun: »Mindestens 20 Jahre lang, von 1930 bis 1950, war Haya de la Torre das antiimperialis-

---

<sup>51</sup> Ebd., S. 529

<sup>52</sup> Ebd., S. 534

tische Vorbild für eine ganze Generation aufgeklärter Bürger und sogar des Proletariats.«<sup>53</sup>

Die Krise zu Beginn der 1930er Jahre traf die lateinamerikanischen Ökonomien – und ihre herrschenden Klassen – sehr hart. Von 1900 bis 1930 hatten sie, wenn überhaupt, leicht von den Tendenzen im Welthandel profitiert.<sup>54</sup> Jetzt sahen sie die Preise für ihre Exporte zusammenbrechen. Und als die Wirtschaftskrise in eine politische Krise mündete, bildeten sich innerhalb der herrschenden Klasse Flügel heraus, die Bündnisse mit Teilen des Kleinbürgertums schlossen, und in einigen Fällen mit bestimmten Führern der Arbeiterbewegung, um auf eine Wirtschaftspolitik zu drängen, mit der Ressourcen von der Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion in die Industrialisierung umgeleitet werden sollten.

Wie Roxborough schreibt:

Die Theoretiker [...] argumentierten, es gebe eine unmittelbare Verbindung zwischen Veränderungen in den Industrieländern des Zentrums und den unterentwickelten Ländern der Peripherie. Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis Mitte des 20. Jahrhunderts [...] habe Lateinamerika die Rolle des Rohstoff- und Nahrungsmittellieferanten für die Industrienationen übernommen und im Gegenzug Fertigwaren importiert [...] Sie diskutierten – und hierüber gab es eine gewisse Kontroverse –, dass [...] die Handelsbedingungen sich seit etwa 1870 gegen die lateinamerikanischen Nationen gewandt hätten. Das hieß, für jedes Quantum lateinamerikanischer Exporte sei ein zunehmend kleineres Quantum Importe von Fertigwaren zurückgeflossen [...] Die einzige realistische Politik für lateinamerikanische Länder bestünde in einer bewussten Politik der Förderung [...] einer Industrialisierung durch Importersatz [...] Das beinhalte einen Angriff auf die alten Exportoligarchien durch eine Landreform und Exportspreizung, und eine Umverteilung des Einkommens, um die Konsumentennachfrage für relativ billige Fertigprodukte zu heben [...]

Politisch wurde die Strategie als ein Bündnis fast aller sozialen Schichten gegen die Landoligarchie gesehen [...] In vielerlei Hinsicht ähnelte diese Analyse dem Argument der Kommunistischen Partei, die [...] sagte, dass Revolutionäre die »progressive nationale Bourgeoisie« in ihrem Kampf zur Beseitigung der letzten Überreste von

---

<sup>53</sup> Régis Debray, »Problems of Revolutionary Strategy in Latin America«, *New Left Review* 45, September-Oktober 1967

<sup>54</sup> Michael Barratt Brown schlussfolgert nach einer detaillierten Untersuchung der Beweise: »Das Wesentliche ist, dass die unterentwickelten Länder sowohl in Bezug auf die Gesamtmenge als auch den Stückwert von 1900 bis 1930 gewannen.« Brown, *The Economics of Imperialism*, Harmondsworth, 1974, S. 248

Feudalismus und imperialistischer Beherrschung und für die Modernisierung der Wirtschaft unterstützen müssten.<sup>55</sup>

Regierungen wie die von Vargas in Brasilien und dann die von Peron in Argentinien, aber auch andere, gingen stark in die von Roxborough angedeutete Richtung, so dass eine Zeitlang diese Politik regelrecht zur Orthodoxie wurde. Solche Regierungen waren dem US- oder dem westeuropäischen Kapitalismus keineswegs ernsthaft feindlich gesinnt. Aber ihre Politik stieß sehr wohl auf unterschiedliche Grade von Opposition durch mächtige Landbesitzerklassen, die Handels- und Finanzbeziehungen zu Großbritannien oder den USA pflegten, so dass die »populistischen« Politiker ihrer Politik eine nationalistische und angeblich antiimperialistische Färbung verleihen konnten. Indem sie den Nationalismus des Kleinbürgertums nach dem Muster von APRA übernahmen, interpretierten sie die Geschichte vor und nach der Unabhängigkeit von Spanien als eine der imperialistischen Beherrschung. So konnten sie aufsässige Teile des Kapitals auf Linie bringen, indem sie sie als »antinational« denunzierten, während sie die Unterstützung anderer Teile genossen, die durch die Industrialisierungspolitik deutlich gewinnen konnten. Es gab ihnen auch die Möglichkeit, die Arbeiterbewegung zu spalten in die, die ihre Klasseninteressen an erste Stelle setzten und die Inlandspolitik ihrer »faschistischen« oder zumindest »halbfaschistischen« Regierungen geißelten, und jene, die ihre Einbindung in solche Regierungen damit rechtfertigten, dass diese den »Imperialismus bekämpften«.<sup>56</sup>

---

<sup>55</sup> I. Roxborough, *Theories of Underdevelopment*, London 1979, S. 27–32

<sup>56</sup> In einem Artikel, den Trotzki über Lateinamerika während seines Exils in Mexiko schrieb, war er in diesen Fragen etwas konfus. Er bezeichnete Brasilien unter der Vargas-Regierung als »halbfaschistisch« und als »Halbkolonie«. Siehe L. Trotsky, *Escritos Latinoamericanos*, Buenos Aires 1999

## Der Zweite Weltkrieg: die Bestätigung der Theorie

Der Zweite Weltkrieg war die große und barbarische Bestätigung der klassischen Theorie über den Imperialismus. Lenin und Bucharin hatten im Gegensatz zu Leuten wie Kautsky betont, dass die großen kapitalistischen Mächte bei ihrem Streben nach Teilung und Neuaufteilung der Welt gezwungen sein würden, vom Frieden zum Krieg überzugehen. Und genau das geschah Mitte bis Ende der 1930er Jahre als Antwort auf die beispiellose Wirtschaftskrise. Jeder nationale Kapitalismus begann in größerem oder geringerem Ausmaß mit einer Zusammenführung von nationalem Kapital und dem Nationalstaat – und die andere Seite dieses »staatsmonopolistischen Kapitalismus« war die Anwendung »protektionistischer« Mittel, um die direkte Marktkonkurrenz ausländischer Kapitalisten zu beschränken. Der Welthandel, der zwischen 1891 und 1925 um das Vierfache gewachsen war, war wieder auf das Niveau von 1905 zurückgefallen. Der Imperialismus von Ländern, die mit Hilfe von Kapitalexport in entfernte Gegenden der Welt einzudringen versuchten, verwandelte sich in den Imperialismus von Ländern, die enge Handelsblöcke in Gegnerschaft zueinander zu bilden suchten. Aber kapitalistische Staaten konnten nicht einfach ihre Abhängigkeit von Komponenten und Materialien aus anderen Ländern rückgängig machen. Damit erhielt der Nationalstaat eine größere Rolle in der Ausübung direkten politischen Einflusses zur Kontrolle von Ressourcen außerhalb seiner eigenen Grenzen.

Die Folge war die Wiederkehr der Spannungen, die in den Ersten Weltkrieg mündeten – auf erweiterter Stufe. Die bestehenden Kolonialmächte, besonders Großbritannien und Frankreich, konnten sich auf ihre Reiche stützen – nach dem Ersten Weltkrieg durch die Eroberung deutscher Kolonien und eines Großteils des Nahen Ostens vergrößert – und durch eigene Währungen beherrschte politisch-ökonomische Blöcke bilden (was entsprechend als Sterling-Gebiet und Gold-Block bekannt wurde). Die USA konnten besonders in Lateinamerika nach dem Aufkauf vieler britischer Investitionen während des Ersten Weltkriegs ihren Einfluss ausdehnen. Die zweitgrößte Industriemacht der Welt, Deutschland, war auf ein noch kleineres nationales Gebiet als 1914 beschränkt. Es hatte seine Kolonien verloren, und Frankreich hatte eine Reihe von Bündnissen in Osteuropa geschmiedet (die »Kleine Entente«), die den Einfluss Deutschlands dort und sogar im deutschsprachigen Österreich begrenzen sollten. Im Fernen Osten fühlte sich der expandierende japanische Kapi-

talismus auf ähnliche Weise durch die Kolonialherrschaft der Franzosen über Vietnam, der Briten über Malaya, der Niederländer über Ostindien (das heutige Indonesien) und der USA über die Philippinen eingezwängt – ebenso wie durch die weiterhin von Großbritannien und Frankreich vergebenen »Konzessionen« in China.

Nebst der Unterdrückung der Arbeiterbewegung im eigenen Land setzten die Machthaber Deutschlands und Japans politisch auf die Unterordnung individueller Kapitalisten unter die vom Staat auferlegten Programme nationaler kapitalistischer Akkumulation. Die Naziregierung benutzte ihre diktatorisch-politische Macht, um die Wirtschaft zu reglementieren. Die wichtigsten kapitalistischen Gruppen blieben intakt. Aber jetzt waren sie den Erfordernissen der Aufrüstung unterworfen, die sie selbst unterstützten. Rüstung und die Ausdehnung der Schwerindustrie trieben die gesamte Ökonomie an, indem sie Märkte und Investitionsmöglichkeiten schufen. Es gab jedoch ein großes Problem mit solch einer Politik. Deutschland war keine selbstversorgende Wirtschaftseinheit. Die einzige Möglichkeit, die Instabilität der Rohstoffquellen zu überwinden, bestand in der Ausdehnung der Grenzen des Deutschen Reiches, um sich so die Nachbarökonomien einzuverleiben und ihre Industrien der deutschen militärischen Aufrüstung zu unterwerfen. Die Logik des staatsdirigistischen Monopolkapitalismus führte zu einer Form von Imperialismus, auf den Lenin sich 1916 bezogen hatte und der für Bucharins Theorie wesentlich war – die Eroberung »höchst entwickelter Industriegebiete«.<sup>57</sup> Von einem bestimmten Moment an führte solch eine Expansion unvermeidlich zu Zusammenstößen mit anderen Großmächten, die ihre eigenen Einflusssphären und Reiche bedroht sahen. Indem das deutsche Regime zu bewaffneter Gewalt überging, musste es die Wirtschaft verstärkt auf Waffenproduktion ausrichten und versuchen, neues Territorium zu erobern, um die Länder, die es bereits an sich gerissen hatte, zu »verteidigen«.

Wie ich bereits an anderer Stelle geschrieben habe:

Als der Pfad der militärischen Expansion einmal eingeschlagen war, wurde er zum Selbstläufer. Das Herausfordern der bestehenden Imperien erforderte ein Höchstmaß an militärisch-industriellem Potenzial. Jedes erfolgreiche imperialistische Abenteuer verstärkte dieses Potenzial – so die Übernahme der Mandschurei durch Japan, so die Annexion Österreichs und dann der Tschechoslowakei durch Deutschland. Es stachelte aber zugleich die Feindschaft der beste-

---

<sup>57</sup> siehe Fußnote 12

henden Imperien an – was zu einem größeren Bedarf an Rüstungspotenzial und weiteren militärischen Abenteuern führte. Zur Bruchstelle wurde die deutsche Eroberung des westlichen Polen und der japanische Angriff auf Pearl Harbor.<sup>58</sup>

Die Herrscher der bestehenden französischen und britischen Reiche mussten Widerstand leisten. Viele zögerten angesichts der Erfahrung mit dem vorherigen Weltkrieg. Sie fürchteten, dass die Kosten eines weiteren Kriegs ihre ohnehin schon geschrumpften Auslandsinvestitionen verbrauchen würden, sie waren in Angst und Schrecken versetzt bei dem Gedanken an eine Wiederholung der revolutionären Umwälzungen zwanzig Jahre zuvor, und sie betrachteten die sich sehr schnell industrialisierende UdSSR als fast genauso gefährlich wie ihren alten deutschen Rivalen. Sie hofften, dass ein deutscher Imperialismus, der den Kern des nordwestlichen und mittleren Europas kontrollierte, irgendwie neben den von ihnen selbst beherrschten großen Gebieten in Afrika und Asien bestehen könnte. Schließlich waren sie jedoch gezwungen, in den Krieg einzutreten. Für Großbritannien und Frankreich ging es nicht mehr darum, neue Mehrwertquellen zu erobern, sondern zu halten, was sie bereits hatten. Sie mussten gemeinsam gegen den deutschen Imperialismus kämpfen, wenn ihre eigenen Imperialismen nicht Schaden nehmen sollten. Ihrem Bündnis trat im Sommer 1941 Russland bei, als die Logik seiner Expansion Deutschland von dem Sieg über Polen, Belgien und Frankreich zum Vorstoß in die Ukraine und südöstlich zum Öl von Baku antrieb. Ein paar Monate später wurden auch die USA in den Krieg gezwungen, als die Logik des japanischen Imperialismus ihn dazu trieb, die schlecht verteidigten Besitztümer aller westlichen Kapitalismen im Fernen Osten an sich zu reißen.

Das Bündnis gegen Deutschland und Japan überlagerte die Zusammenstöße zwischen den anderen Imperialismen. In den 1920er Jahren war ein großer Zusammenstoß zwischen den USA und Großbritannien vorhergesagt worden, sowohl von Leuten innerhalb des britischen Außenministeriums als auch von Leo Trotzki. Die Vorhersage erfüllte sich nicht. Es gab scharfe Interessenkonflikte zwischen der britischen und der amerikanischen Regierung im Verlauf des Zweiten Weltkriegs. Sie rangen um Einfluss in Saudi-Arabien mit seinen Ölfeldern, und britische Minister wie Eden waren äußerst verärgert darüber, wie die USA den britischen Kapitalismus dazu brachte, seine Überseeinvestitionen zu liquidieren, um seine

---

<sup>58</sup> Harman, *Explaining the Crisis*, London 1984, S. 71

Rechnungen für die Waffen und Lebensmittel aus den USA zu bezahlen.<sup>59</sup> Aber angesichts der größeren Feindschaft gegenüber dem deutschen und japanischen Imperialismus akzeptierte der britische Imperialismus widerwillig eine Unterordnung unter die US-Interessen.

---

<sup>59</sup> Eine Darstellung dieser Spannungen bietet Gabriel Kolko, *The Politics of War*, New York 1968



# 2

## Imperialismus in den Jahren des Kalten Krieges

Das Aufeinanderprallen der Imperialismen in den 1930ern hatte die Form des Konflikts zwischen Großbritannien und Frankreich mit ihren ausufernden Weltreichen einerseits und Deutschland andererseits, das sich ein kontinentales Reich in Europa schuf, angenommen. Mit der Niederlage Deutschlands entstand ein neuer, in gewisser Hinsicht ähnlicher Konflikt zwischen den beiden großen Siegern des Kriegs.

Die USA erhofften sich für ihre Industrien, die entwickeltsten und produktivsten der ganzen Welt, durch »Freihandel« in die gesamte Weltwirtschaft vorzudringen. Die westeuropäischen Mächte, erschöpft vom Krieg, waren nicht im Entferntesten in der Lage, die USA direkt herauszufordern (obwohl britische Politiker häufig privat ein Bedürfnis danach äußerten). Der andere Sieger jedoch, die UdSSR, war in solch einer Position. Ihre herrschende Bürokratie hatte Ende der 1920er Jahre mit gewissem Erfolg die Zwangsindustrialisierung ihres Landes umgesetzt, indem sie alles der Akkumulation von Produktionsmitteln unterwarf und einen eigenen Staatskapitalismus aufbaute – auf Kosten der Errungenschaften der Arbeiter und Bauern aus der Revolution von 1917. Das verschaffte ihr die Mittel, durch große und mächtige Landstreitkräfte fast ganz Nordeurasien zu beherrschen – von den Grenzen Westeuropas direkt bis zum Pazifik. Aber mit einem industriellen Produktivitätsniveau, das nicht mal halb so hoch wie das der USA war, konnten sie sich unmöglich mittels des Freihandels in der Konkurrenz behaupten.

In den Jahren 1947 und 1948 entschied die Sowjetunion, mit den USA um die globale Vorherrschaft zu wetteifern, indem sie den Zugang

zu den von ihr kontrollierten Ökonomien blockierte – nicht nur zu den Territorien des alten russischen Reiches, sondern auch zu den Ländern Osteuropas, die sie ihren militärisch-industriellen Zielen unterordnete. Die USA wiederum beeilten sich, ihre Hegemonie über Westeuropa zu zementieren – durch Finanzierung proamerikanischer christdemokratischer und sozialdemokratischer Parteien, durch einen Marshallplan zum Wiederaufbau der europäischen Industrie unter Berücksichtigung von US-Interessen und durch die Schaffung des Militärbündnisses Nato und den Aufbau von Militärstützpunkten in Europa.

Der entstehenden Konflikt kann nicht, wie häufig angenommen, durch einfache Verrechnung von Profiten mit Verlusten erklärt werden. Die Rüstungskosten beider Großmächte überstiegen bald bei weitem, was ihre Herrscher durch die zunehmende Ausbeutung kleinerer Mächte unter ihrer Kontrolle zu gewinnen hofften. Zu keinem Zeitpunkt in den 1940er oder 1950er Jahren überstiegen die gesamten überseeischen Investitionen (ganz zu schweigen von dem viel kleineren Rückfluss aus diesen Investitionen) die Rüstungsausgaben. Sogar zur Zeit der »Abrüstung« vor dem Ausbruch des Koreakriegs beliefen sich die »militärischen Ausgaben [...] auf etwa 15 Milliarden Dollar jährlich. Sie betrug somit nicht nur das 25-fache der privaten Kapitalexporte, sondern überstiegen um ein Vielfaches die gesamte Entwicklungshilfe. Für den Marshall-Plan zum Beispiel wurden nie mehr als 5 Milliarden Dollar jährlich ausgegeben«.<sup>60</sup>

Dreißig Jahre später hatten sich die US-Investitionen im Ausland vervielfacht. Die Gesamtsumme betrug jetzt 500 Milliarden Dollar (200 Milliarden an direkten Investitionen plus Bankkredite im Wert von vielleicht 300 Milliarden Dollar). Zusätzlich kontrollierten US-Multis etwa 300 Milliarden Dollar in Auslandsanlagen.<sup>61</sup> Die Gesamtausgaben für »Verteidigung« waren ebenfalls auf 200 Milliarden Dollar gestiegen – weniger jetzt als die Gesamtauslandsinvestitionen, aber immer noch erheblich mehr als die Profite, die durch diese Investitionen eventuell erzielt werden konnten.

Die UdSSR gab ein ähnliches Bild ab. In den Jahren 1945 bis 1950 plünderte sie Osteuropa, holte sich ganze Werke und Anlagen aus Ostdeutschland und Rumänien und zwang die gesamte Region, für Waren, die in die UdSSR gingen, Preise unterhalb des Weltmarktniveaus hinzunehmen.<sup>62</sup> Aber selbst zu dieser Zeit müssen die daraus erzielten wirtschaftlichen Gewinne deutlich geringer gewesen sein als die Erhöhung

---

<sup>60</sup> F. Sternberg, *Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht*, Reinbek 1951, S. 404

<sup>61</sup> Zahlen nach O. G. Wichel, *Survey of Current Business*, August 1980, S. 18

des UdSSR-Rüstungshaushalts, als der Kalte Krieg seinen Lauf nahm. Und von 1955 an verringerte die Sowjetregierung aus Furcht vor Aufständen in Osteuropa den direkten wirtschaftlichen Druck auf seine Staaten. Das Muster der Wirtschaftsentwicklung war immer noch zu einem gewissen Grad von den strategischen Anforderungen der UdSSR bestimmt, die direkte Ausbeutung aber scheint fast völlig verschwunden zu sein.

Der Imperialismus, der Rüstungsausgaben erforderte, war kein Imperialismus eines einzigen Reiches, in dem ein paar »Finanzkapitalisten« im Zentrum große Extraprofite machten, indem sie Milliarden Menschen knechteten. Dies war schließlich eine Zeit, da internationaler Handel viel geringere Bedeutung hatte als vor 1914 – ein Handelsindex für Fertigwaren als Anteil am Weltprodukt fiel von 1,2 im Jahr 1914 auf 1,0 im Jahr 1930, und stürzte dann 1940 auf 0,7 und 1950 auf 0,6.<sup>63</sup> Es handelte sich vielmehr um den Imperialismus konkurrierender Reiche, in denen – wie Bucharin es 1916 beschrieben hatte – die vereinigten Kapitalisten jeder herrschenden Klasse Gelder von produktiven Investitionen in Militärausgaben umleiten mussten, um zu sichern, was sie bereits besaßen.

In Washington wie in Moskau wurde eine einfache Rechnung aufgemacht: Die Höhe der Rüstungsausgaben zu senken, hieße, die strategische Übermacht im Vergleich zum imperialistischen Wettbewerber, der Gebiete erobern konnte, zu verlieren. Die Russen fürchteten also, dass die USA Osteuropa aufrollen könnten, wodurch diese Ökonomien der UdSSR entrissen worden wären, und in der Folge sich die Bande zwischen den anderen Bestandteilen der UdSSR zu ihrem russischen Zentrum hätten lösen können (was schließlich in der großen wirtschaftlichen und politischen Krise, die den ganzen Ostblock 1989 bis 1991 erfasste, geschah). Ähnlich fürchtete die herrschende Klasse der USA, dass die UdSSR andere Weststaaten – besonders Westdeutschland oder Japan – ihrer Einflussphäre einverleiben und so ihr militärisch-ökonomisches Potenzial zur Herausforderung der US-Interessen erheblich vergrößern könnte.

Ein US-Sprecher formulierte das während des Koreakriegs so:

Würde eins der beiden kritischen Gebiete an den Grenzen der kommunistischen Welt überrannt – Westeuropa oder Asien – dann wäre die wirtschaftliche und militärische Stärke der übrigen freien Welt,

---

<sup>62</sup> Details siehe in C. Harman, *Class Struggles in Eastern Europe 1945–83*, London 1988, S. 42–49

<sup>63</sup> Berechnung von Alan Winters, in: *Financial Times*, 16. November 1987

weiterer Aggression zu widerstehen, erheblich geschwächt [...] Fiele Westeuropa, erhielte die Sowjetunion die Kontrolle über 300 Millionen Menschen, einschließlich des größten Reservoirs qualifizierter Arbeitskräfte in der Welt. Ihre Stahlproduktion würde sich um 55 Millionen Tonnen pro Jahr auf 94 Millionen erhöhen, fast so viel wie die unsrige [...] Ihre Kohleförderung würde auf 950 Millionen ansteigen verglichen mit unseren 550 Millionen. Die Erzeugung von Elektrizität im von der Sowjetunion beherrschten Gebiet würde von 130 auf 350 Milliarden Kilowatt ansteigen, also fast unsere 400 Milliarden erreichen.<sup>64</sup>

So bildete sich das Muster für die nächsten 30 Jahre heraus. Beide Großmächte wollten so viel Territorium wie möglich in ihre Einflusssphäre ziehen, um einen strategischen Vorteil über die andere zu erlangen. Sie fochten einen blutigen Krieg um die Kontrolle über die koreanische Halbinsel, nicht wegen des geringen Reichtums dort, sondern wegen der strategischen Bedeutung für die ganze ostasiatische und pazifische Region. Mit Geld und Waffen unterstützten sie Regime, die sich mit ihren Rivalen verkrachten – die USA das »kommunistische« Jugoslawien, um einen Fuß in der Tür zum Balkan nahe den russischen Grenzen zu haben; die UdSSR Kuba, um einen Brückenkopf in der Karibik nahe den amerikanischen Grenzen zu bekommen; die UdSSR bewaffnete Somalia, um gegen das von den USA bewaffnete Äthiopien zu kämpfen, und dann, in einer schnellen Kehrtwende, bewaffneten die UdSSR Äthiopien und die USA Somalia; Ägypten wurde kurz in das sowjetische Einflussgebiet gezogen, und China verließ es, um ein Zweckbündnis mit den USA zu schließen.

Auch dies hätte vielleicht nicht gereicht, um die unglaubliche Größe der Rüstungsausgaben auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges zu erklären – in den USA entsprachen sie etwa 20 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP), in der UdSSR mit ihrem deutlich kleineren BSP war ihr Anteil schätzungsweise doppelt so hoch.<sup>65</sup> Rüstungsausgaben hatten aber noch einen anderen großen Vorteil für den US-Kapitalismus. Durch den enormen Anstieg der staatlichen Ausgaben für Rüstung während des Zweiten Weltkriegs auf über 40 Prozent des BSPs wurde unbeabsichtigt ein Markt für Privatkapital geschaffen, der ihn aus der sich entwickelnden Rezession von 1937 bis 1939 befreite und zu einer Verdopplung des BSPs führte,

---

<sup>64</sup> *New York Times*, 5. Juli 1950, zit. in T. N. Vance, »The Permanent War Economy«, *New International*, Januar-Februar 1951

<sup>65</sup> Grafiken zur Höhe der US-Rüstungsausgaben siehe unter [www.albany.edu/~fordham/dec12.pdf](http://www.albany.edu/~fordham/dec12.pdf)

ohne die Profitrate zu senken.<sup>66</sup> Der Kalte Krieg mit einem niedrigeren Niveau der Rüstungsausgaben brachte ähnliche Vorteile mit sich: Die Profitraten blieben in den 1950ern mehr oder weniger konstant, stabilisierten die Investitionen und schützten die Wirtschaft vor einer erschütternden Krise wie 20 Jahre zuvor. Eine der großen Absurditäten des Kapitalismus – dass die Zerstörung von Werten diese Tendenz zu periodischen Krisen dämpfen kann<sup>67</sup> – förderte den großen Rüstungswettlauf zwischen den zwei rivalisierenden Imperialismen während des Kalten Krieges.

Der Zusammenstoß der Imperialismen im Kalten Krieg endete mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks Ende der 1980er. Aber in seinem Verlauf war es zu enormen Veränderungen in der Struktur des Weltkapitalismus als Ganzen gekommen.

## Das Ende der europäischen Imperien

Der Zweite Weltkrieg bestätigte die Theorie des Imperialismus, wie sie 1916 besonders von Bucharin dargelegt wurde, nicht aber Lenins Hervorhebung der Bedeutung des Finanzkapitals und der Überseeinvestitionen, die er von Hobson übernommen hatte. Ebenso der rund 40 Jahre währende Kalte Krieg – allerdings auf eine Weise, die von vielen Linken zu jener Zeit (und teilweise noch heute) nicht verstanden wurde.

Großbritannien, Frankreich, Holland und Belgien reagierten auf die Niederlage Deutschlands und Japans mit der Wiedererrichtung ihrer Kontrolle über ihre alten kolonialen Besitztümer im Fernen Osten, Nordafrika und dem Nahen Osten – auch wenn Frankreich sich häufig auf britische oder amerikanische Truppen stützen musste, um Kolonien zurückzugewinnen. Es gab auch Versuche seitens Großbritanniens, eine unabhängige imperialistische Politik zu verfolgen, indem es sein eigenes Atomwaffenprogramm entwickelte, da wichtige Teile des politischen Establishments den USA nicht vertrauten, seine Interessen dauerhaft zu vertreten. Großbritannien hielt eine eigene Militärpräsenz »östlich von Suez« unter erheblichen Kosten bis in die späten 1960er Jahre aufrecht. Großbritannien und Frankreich setzten sich über die USA hinweg und ließen sich mit dem Suezkrieg von 1956 auf ein letztes militärisches Abenteuer ein.

Aber die Tendenz in den Nachkriegsjahrzehnten führte weg von der Kolonialpolitik und den Konflikten zwischen den westlichen kapitalisti-

---

<sup>66</sup> Siehe verschiedene Berechnungen in C. Harman, *Explaining the Crisis*, S. 80

<sup>67</sup> Eine Erklärung dafür in Begriffen marxistischer Theorie findet sich ebd., S. 81-82

schen Mächten, wie sie von Lenin und Bucharin beschrieben wurden und die vorausgegangenen 70 Jahre gekennzeichnet hatten. Großbritannien gab schließlich 1947 nach einer entscheidenden Meuterei seiner indischen Matrosen den Versuch auf, an dem Juwel der kolonialen Krone, dem indischen Subkontinent, festzuhalten. Im selben Jahr trat es den langen Rückzug aus dem östlichen Mittelmeerbereich an, Malaysia und die afrikanischen Kolonien sollten in den nächsten zwei Jahrzehnten folgen. Der niederländische Imperialismus versuchte Ostindien zu behalten, musste sich aber 1950 geschlagen geben. Der französische Widerstand gegen die Aufgabe seines Kolonialreiches war stärker – einem erfolglosen, neun Jahre währenden Krieg um Indochina folgte neun Jahre lang ein ebenso erfolgloser Versuch, Algerien zu behalten. In den 1960ern gab Frankreich ebenfalls sein formelles Kolonialreich auf, abgesehen von ein paar Inseln in der Karibik und im Pazifik.

In einigen Regionen ersetzten die USA den westeuropäischen Einfluss. Sie übernahmen die Kontrolle Südvietnams, als sich die Franzosen 1954 zurückzogen – bis sie Mitte der 1970er Jahre nach einem äußerst erbitterten Krieg ebenfalls zum Rückzug gezwungen wurden. Ihr Einfluss wurde fast im ganzen Nahen Osten und Teilen Afrikas vorherrschend. Aber im Gegensatz zu den europäischen Mächten verzichteten sie auf eine formelle Kolonisierung und garantierten den Philippinen Unabhängigkeit, während sie nur über Puerto Rico die direkte Kontrolle behielten.

Dieser Rückzug aus der direkten Kolonisierung hatte unmittelbar das Ende der alten Zusammenstöße zwischen den Westmächten über die Aufteilung der übrigen Welt zur Folge. Der Drang zum Krieg zwischen ihnen schien für immer vorüber. Begleitet wurde diese Entwicklung auch durch etwas, das weder Lenin noch Bucharin in ihren Theorien über den Imperialismus erwartet hatten: Nachdem sie einmal ihre Kolonien losgeworden waren, erlebten alle westlichen Ökonomien einen Wirtschaftsaufschwung, der schließlich mehr als ein Vierteljahrhundert währte, mit sehr geringer Arbeitslosigkeit, und sie konnten das Profitniveau trotz regelmäßiger Erhöhung des Lebensstandards ihrer Arbeiter scheinbar ohne Schwierigkeiten halten. Und die Wirtschaften der entwickeltsten Länder ohne jegliche Kolonien – Westdeutschland, Japan und Italien – expandierten am schnellsten von allen. Fast sah es so aus, als hätte Hobson Recht gehabt mit seiner Behauptung, dass Kolonien eine Belastung für die Wirtschaft seien, die ansonsten im Inland große Reformen gewähren könnte.

Die treibende Kraft hinter dem Wirtschaftsaufschwung war in Wirklichkeit gerade die imperialistische Rivalität des Kalten Kriegs zwischen den

USA und der UdSSR mit ihren riesigen Rüstungsausgaben. Statt eines »Überschusses« an Kapital in den entwickelten Ländern gab es einen Mangel, und die Kapitalexporte verblieben auf dem sehr niedrigen Niveau, auf das sie in der großen Krise der 1930er Jahre gefallen waren.

Wie Michael Kidron 1962 aufzeigte:

Selbst in Großbritannien [...] hat die Bedeutung des Kapitalexports gewaltig abgenommen: In der letzten Zeit belief er sich auf 2 Prozent des BSP verglichen mit 8 Prozent vor dem Ersten Weltkrieg; jetzt verschlingt er weniger als 10 Prozent der Spareinlagen verglichen mit etwa 50 Prozent zuvor; und die Erträge auf Auslandsinvestitionen belaufen sich auf knapp über 2 Prozent des Volkseinkommens verglichen mit 4 Prozent in den 1880er Jahren, 7 Prozent im Jahr 1907 und 10 Prozent 1914. Von 1895 bis 1913 gingen 61 Prozent aller neuen Kapitalemissionen ins Ausland; 1938 waren sie auf 30 Prozent gesunken und betragen unlängst nicht mehr als 20 Prozent der Gesamtsumme.<sup>68</sup>

Und Auslandsinvestitionen in den weniger industrialisierten Gegenden der Welt wurden immer geringer: »Die Aktivitäten konzentrieren sich zunehmend auf die entwickelte Welt und schließen außer einigen Entwicklungsländern alle anderen von der neuen Dynamik aus.«<sup>69</sup>

Die Zahlen für Lateinamerika zeigen die abnehmende Bedeutung von Auslandsinvestitionen in der Nachkriegszeit:

<b>Prozentualer Anteil der Auslandsdirektinvestitionen am inländischen Kapitalstock</b>				
Argentinien	1913 : 34	1940 : 16	1950 : 3	
Mexiko	1910 : 49	1940 : 32	1950 : 26	1970 : 9

Die letzten Zahlen lassen sich mit denen Kanadas vergleichen, sie betragen 8 Prozent im Jahr 1950 und 12 Prozent 1970.<sup>70</sup>

Zur selben Zeit, da sich die Investitionsmuster veränderten, änderte sich auch die Nachfrage nach Dritte-Welt-Produkten. Zu Beginn des Ers-

<sup>68</sup> Michael Kidron, »Imperialism: The Highest Stage but One«, in: *International Socialism*, erste Reihe, Nr. 9, 1962; [www.marxists.de/theory/kidron/imperial.htm](http://www.marxists.de/theory/kidron/imperial.htm)

<sup>69</sup> J. Stopford und S. Strange, *Rival States, Rival Firms*, Cambridge 1991, S. 16

<sup>70</sup> Alle Zahlen stammen von M. J. Twoney, »Patterns of Foreign Investment«, in: J. H. Coatsworth und A. M. Taylor, *Latin America and the World Economy since 1800*, S. 188

ten Weltkriegs waren Rohstoffe aus agrarischen Ländern unverzichtbar für die Industrieproduktion im Westen, und koloniale Kontrolle war ein wichtiges Mittel für Industrieländer, ihre eigene Versorgung zu sichern und Konkurrenten den Zugang zu verwehren. Aber die Unterbrechung des Handels während der zwei Weltkriege zwang sie, Ersatz für solche Rohstoffe zu finden. Deshalb kam es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Einführung von Kunstdünger, synthetischem Gummi, Kunstfasern wie Rayon und Nylon und einer Vielzahl von Plastikprodukten. Während und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Agrarsektor in Europa und Nordamerika durch Einsatz von Maschinen und Subventionen erheblich umgekrempelt, um die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen und dadurch die Abhängigkeit von Importen aus anderen Gegenden der Welt zu senken. In einer jetzt mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln überschwemmten Welt stellte der Rückzug aus Kolonien in Afrika und Asien nicht mehr die Bedrohung dar wie einst für die Industriellen der europäischen Länder, und Konzerne, die dadurch reich geworden waren, begannen nun ihre Investitionen in neue Geschäftszweige zu streuen. Anfang der 1960er Jahre wandten die größeren britischen Firmen bewusst ihre Aufmerksamkeit von den Ländern des alten Kolonialreiches ab und richteten sie auf die neuen Märkte Europas und Nordamerikas.

Es gab jedoch eine große Ausnahme in diesem Bild – Öl. Dies war der Rohstoff der Rohstoffe, der Grundstoff zur Herstellung von Plastik, synthetischem Gummi und Kunstfasern und zudem die Quelle für den enorm steigenden Energiebedarf und den Antrieb der ständig weiter verbreiteten Kraftwagen, Panzer und Flugzeuge. Die Quellen wurden zunehmend außerhalb Europas und Nordamerikas gefunden. In den frühen 1950er Jahren meinte »Golföl« die Reserven um den Golf von Mexiko, besonders in Texas. Die Kosten zur Förderung dieses Öls bestimmten die Weltpreise. Mitte der 1970er Jahre war der entscheidende Golf der Persische Golf, wie sich bei der Lieferunterbrechung während des arabisch-israelischen Krieges 1973 zeigte. Saudi-Arabien, Irak, Iran, Kuwait und die kleinen Scheichtümer um die arabische Halbinsel waren die wesentlichen Länder. Kontrolle über ihre Politik wurde von zunehmender Wichtigkeit für die entwickelten kapitalistischen Staaten. Dazu wurden Bestechungen, Drohungen, Waffenverkäufe, militärische »Berater« und gesponserte Truppen eingesetzt – und die letzte klassische Kolonie der Welt unterstützt, der israelische Siedlerstaat, der fast alle ursprünglichen Einwohner vertrieb und den Übriggebliebenen ihre Rechte verweigerte. In dieser Region fan-

den immer häufiger die wichtigsten Kriege des Weltsystems statt – 1947 bis 1948, 1956, 1967, 1973, 1980 bis 1989, 1982, 1991 und 2003.

## Die Dritte Welt nach dem Kolonialismus: Zu Rande kommen mit den harten Realitäten

Die Auflösung der europäischen Kolonialreiche war eine politische Tatsache von unermesslicher Bedeutung für gut die Hälfte der Weltbevölkerung, die unter der Knute solcher Reiche gelebt hatte. Wichtige Fragen stellten sich für jene, die in irgendeiner Weise gegen den Zugriff dieser Reiche gekämpft hatten. Was wird aus dem Imperialismus – und dem Kampf gegen ihn –, wenn keine Kolonialreiche mehr existieren?

Die Antwort vieler Sozialdemokraten und Liberaler im Westen lautete, dass der Imperialismus nicht mehr existiere. Diese Schlussfolgerung wurde zum Beispiel von John Strachey gezogen, der in den 1930er Jahren in Großbritannien wegen seiner allgemein verständlichen Darstellung des Marxismus sehr bekannt war. In seiner Schrift *End of Empire* (1959) argumentierte er, dass eine Kombination von gewerkschaftlichem Druck und Regierungseingriffen den Lebensstandard erhöht habe, so dass die Unternehmer keine Kolonien mehr brauchten, um den Überschuss aufzunehmen und Überproduktion verhindern zu können. Im Prinzip sagte er, dass Hobsons Alternative zum Imperialismus, die Wirtschaftsbelebung im Inland, Bestand hatte und die Probleme des Systems löste.

Ein wichtiger Teil der Linken wies solche Überlegungen zurück. Sie erkannten, dass die ehemaligen Kolonialländer immer noch von Armut und Hunger geplagt waren – und dass die westlichen Firmen, die vom Kolonialreich profitiert hatten, dort verschanzt blieben. Zudem bedeutete das Ende der europäischen Reiche nicht das Ende der Gewalt gegenüber den Menschen in den jetzt als »Dritte Welt« oder »Süden« bezeichneten Ländern. An vielen Orten nahm der US-Staat den Knüppel der gewaltsamen Unterdrückung von den abziehenden Europäern in die Hand. Die Franzosen hatten Algerien kaum verlassen, als US-Soldaten schon ihren Terror in Vietnam verbreiteten, und die USA hatten ihren Rückzug aus Vietnam gerade abgeschlossen, da halfen sie schon dem südafrikanischen Apartheidregime, Truppen nach Angola – das sich soeben von portugiesischer Herrschaft befreit hatte – zu entsenden, um es wieder auseinander zu reißen.

Die Ablehnung des oberflächlichen Geredes vom Ende des Imperialismus war in der Regel damit verbunden, die Relevanz von Lenins Analyse aus dem Jahr 1916 hervorzuheben, ohne jedoch die seitdem eingetretenen Veränderungen wahrzunehmen. Das brachte ernsthafte Probleme mit sich. Die besondere Stärke von Lenins Herangehensweise beruhte in seiner Einsicht, dass er den Drang der westlichen Großmächte, die Welt unter sich zu teilen und neu zu verteilen, zu Krieg einerseits und zu direkter Kolonialherrschaft andererseits führte. Dazu passte kaum eine Situation, in der die Möglichkeit von Krieg zwischen westlichen Staaten immer geringer zu werden schien und Kolonien ihre Unabhängigkeit gewonnen hatten. Stattdessen definierten die meisten Linken stillschweigend den Imperialismus einfach als Ausbeutung der Dritten Welt durch westliche Kapitalistenklassen um, wobei sie den Kriegsdrang zwischen imperialistischen Mächten ignorierten, der zentral für Lenins Theorie war. Im Endeffekt war das ganze System in ihren Augen eine Version des Ultraimperialismus, wie er von Kautsky vorhergesagt worden war. Gleichzeitig ersetzten sie die Rede vom Kolonialismus mit der Rede von »Neokolonien« oder »Halbkolonien«.

Lenin hatte über »Halbkolonien« geschrieben. Das waren für ihn Orte wie China während des Ersten Weltkriegs, als koloniale Armeen Enklaven seines Territoriums besetzten und Gewaltmittel einsetzten, um der Nationalregierung ihren Willen aufzuzwingen. Das waren Länder, deren formelle Unabhängigkeit nur eine Chimäre war, mit der ihre fortdauernde Unterordnung unter die politische Kontrolle einer Besatzungspräsenz bemäntelt wurde. Das war das Bild, das einige Länder nach dem Ende der direkten kolonialen Herrschaft in den 1950er und 1960er Jahren. In vielen Fällen konnte die abziehende Kolonialregierung dafür sorgen, dass ihr Platz von ihren eigenen Zöglingen eingenommen wurde. Die neuen Herrscher waren Menschen, die mit der Kolonialherrschaft im Tausch für Klassenprivilegien oder einen kleinen Anteil an den Profiten kollaboriert hatten. Es gab eine große Kontinuität im Staatspersonal, gerade, wenn es um die Schlüsselpositionen in den Streitkräften ging. Als Frankreich zum Beispiel endgültig gezwungen wurde, Algerien aufzugeben, gewährte es großen Gebieten West- und Zentralafrikas »Unabhängigkeit«, indem es die Macht an Leute übergab, die wie in der Vergangenheit mit französischen Gesellschaften weiterarbeiteten, die französische Währung benutzten und französische Truppen regelmäßig einluden, die »Ordnung« aufrechtzuerhalten. Kein Wunder, dass Leute in solchen Fällen von »Neokolonialismus« sprachen.

Aber in einigen der wichtigsten Fälle bedeutete Unabhängigkeit tatsächlich Unabhängigkeit. Regierungen nahmen nicht nur Sitze in den Vereinten Nationen ein und eröffneten weltweit Botschaften. Sie griffen auch in die Ökonomie ein, indem sie Kolonialgesellschaften verstaatlichten, Landreformen durchführten und mit Methoden industrialisierten, die von den Predigten lateinamerikanischer Abhängigkeits- bzw. Dependenztheoretiker, oder häufig von Stalins Russland, beeinflusst waren. Dies wurde mit unterschiedlichem Erfolg oder Misserfolg in Indien, Ägypten, Syrien, Irak, Algerien, Indonesien, Ghana, Äquatorialguinea, Angola, Taiwan und Südkorea wie auch von den radikaleren Regimes Chinas, Kubas und Vietnams versucht.

Mit der Zeit begannen selbst die »unterwürfigsten« ehemaligen Kolonialregime, demselben Pfad zu folgen. Das galt zum Beispiel für das malaysische Regime (das von Politikern regiert wurde, die von den Briten gefördert worden waren, um die antikolonialen Aufstände Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre zu zerschlagen), für das Regime des Schahs im Iran in den 1960ern und frühen 1970ern (der 1954 nach einem vom CIA beförderten Putsch zur Macht kam) und für das taiwanesische Regime (das mit US-Hilfe nach dem Sieg der Volksbefreiungsarmee auf dem chinesischen Festland Ende der 1940er Jahre eingesetzt worden war). Sogar Mobutu, mit Hilfe des CIA in Kongo-Zaire 1965 zur Macht gelangt, verstaatlichte drei Jahre später die mächtige Bergbaugesellschaft Union Minière du Haut-Katanga und 70 Prozent der Exporterlöse.

Regime wie das Nassers in Ägypten oder Nehrus in Indien als »neokolonial« oder »halbkolonial« zu bezeichnen, war ein Zerrbild – ebenso wie das »entwicklungsorientierte« Regime von Vargas in Brasilien, das der PRI in Mexiko, das Perons und derer, die ihn in den 1950ern in Argentinien absetzten, oder das nationalistische Regime von Fianna Fáil in Irland seit Anfang der 1930er Jahre. In all diesen Fällen gab es Versuche, nicht nur unabhängige politische Einheiten zu schaffen, sondern unabhängige Zentren der Kapitalakkumulation. Diese operierten in einer Welt, die von den viel stärkeren Kapitalismen der entwickelten Länder beherrscht war, aber sie waren unter keinen Umständen deren bloßes Spielzeug.

Solche Versuche waren von Ort zu Ort sehr unterschiedlich erfolgreich. Eine Handvoll Länder stieg, wenn man so will, in die »zweite Liga« des entwickelten Kapitalismus auf. Das galt für Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong – und in den 1990er Jahren für das Küstengebiet Chinas, wo die industriellen Wachstumsraten viel höher als sonstwo auf der Welt waren. In all diesen Fällen machten die Einrichtung diktatori-

scher Regime und der Einsatz harter Unterdrückung, um den Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung niedrig zu halten, es möglich, 30 Prozent oder mehr des Ausstoßes in die Akkumulation und erfolgreiche Industrialisierung zu lenken. Aber ähnliche Methoden in vielen anderen Ländern zeitigten ganz andere Ergebnisse. In den größeren lateinamerikanischen Ländern folgte auf fast ein halbes Jahrhundert erfolgreicher, wenn auch langsamer Akkumulation in den 1980er Jahren ein »verlorenes Jahrzehnt« der Stagnation, Schuldenkrise und wachsender Verelendung großer Teile der Bevölkerung. Argentinien, ein industrialisiertes Land, in dem einst der Lebensstandard der Arbeiter dem in Frankreich entsprach, begann seit den frühen 1970er Jahren zu stagnieren. Im südlichen Afrika fiel die Pro-Kopf-Produktion mehr als 30 Jahre lang.

Selbst dort, wo es zu »Entwicklung« kam, war diese meistens begleitet von einer Kombination aus Diktatur und miserablen Lebensbedingungen für die Mehrheit der Menschen. Deshalb war das Gefühl, es habe sich seit der Entkolonialisierung nichts geändert, unter Teilen des Kleinbürgertums, den Arbeitern und Bauern so verbreitet. Die wachsende Enttäuschung über den nationalistischen »entwicklungsorientierten« Staat innerhalb des unteren Kleinbürgertums und bei den Arbeitern – und manchmal unter Teilen der Bauern – war unvermeidlich. Zunehmend wurde deutlich, dass er seine Versprechungen, den Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung zu heben und die Lebenschancen des Kleinbürgertums zu verbessern, nicht halten konnte. Das konnte leicht umschlagen in das Gefühl, dass er das einst proklamierte Ziel der »nationalen Befreiung« verraten hatte. Oppositionelle Bewegungen griffen seine alten Parolen auf und wandten sie gegen ihn – selbst wenn die direkten Beziehungen zwischen dem Staat und dem Auslandskapital wie in Argentinien in den 1950er oder Indien in den 1960er Jahren noch minimal waren. Die nationalistische Ideologie der nach Entwicklung strebenden Bourgeoisie und des Kleinbürgertums wurde zur linken nationalistischen Ideologie jener, die unter den Entwicklungsversuchen gelitten hatten.

Ein Ausdruck dafür war, besonders nach der kubanischen Revolution von 1959, die Popularität neuer, radikaler Versionen von Abhängigkeits- bzw. Dependenztheorien, die die stalinistischen mit lateinamerikanischen Traditionen verschmolzen und weltweit zur dominanten Ideologie auf der Linken in den 1960er Jahren wurden. Die Schriften von Paul Baran (besonders *Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums*) und von André Gunder Frank (*Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateiname-*

rika) besetzten fast das ganze marxistische Denken zu diesem Thema (obwohl Gunder Frank sich selbst nicht als Marxist betrachtete).<sup>71</sup>

Baran schrieb: »Die kapitalistische Ordnung hat in diesen Ländern den Rahmen für wirtschaftliche Stagnation, veraltete Technik und soziale Rückständigkeit abgegeben, statt als Motor der wirtschaftlichen Expansion, des technischen Fortschritts und des sozialen Wandels zu dienen«,<sup>72</sup> und: »Der Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft ist eine wesentliche, ja unerlässliche Bedingung für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Entwicklungsländern.«<sup>73</sup>

Gunder Frank war ebenso überzeugt:

Wenn sich daher die kapitalistischen Satellitenländer, -regionen, -lokalitäten und -sektoren von dieser kapitalistischen Struktur nicht befreien oder das weltkapitalistische System als Ganzes vernichten, sind sie geradezu zur Unterentwicklung verdammt [...] Aus der Perspektive im Weltmaßstab gesehen, hat zudem kein Land, das eng an die Metropole als Satellit durch die Einbeziehung in das weltkapitalistische System eingebunden war, den Stellenwert eines wirtschaftlich entwickelten Landes erreicht, es sei denn, dass es endgültig das kapitalistische System aufgegeben hätte.<sup>74</sup>

Was bei Baran »Sozialismus« und bei Gunder Frank »mit dem Kapitalismus brechen« hieß, bedeutete, dem stalinistisch-russischen Vorbild zu folgen.<sup>75</sup>

Das Argument der Dependenztheoretiker war in beiden Varianten schwach. Es stützte sich auf vier unhaltbare Annahmen.

Angenommen wurde erstens, dass Kapitalisten aus entwickelten Ländern, die in der Dritten Welt investierten, bewusst entschieden, die Industrie aus Angst vor einer Konkurrenz mit dem Industriekapital im eigenen

<sup>71</sup> Roxborough betonte, dass Gunder Frank »niemals behauptete, ein Marxist zu sein«. I. Roxborough, S. 49

<sup>72</sup> Paul A. Baran, *Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums*, Neuwied am Rhein, Berlin 1966, S. 265

<sup>73</sup> Ebd., S. 392

<sup>74</sup> André Gunder Frank, *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt am Main, Köln 1975, S. 29

<sup>75</sup> Trotz Barans Bereitschaft, bestimmte Elemente von Stalins Herrschaft zu kritisieren, zitierte er Stalin zustimmend und wiederholte stalinistische Lügen über die Effizienz der sowjetischen Agrarwirtschaft und den Lebensstandard. Siehe zum Beispiel Baran, *Politische Ökonomie*, S. 413–420. Im Gegensatz dazu die kritische, wissenschaftliche Einschätzung der sowjetischen Statistiken in Tony Cliffs Schriften über die 1940er und 1950er Jahre, zum Beispiel »The Nature of Stalinist Russia« (geschrieben 1947), in: T. Cliff, *Marxist Theory after Trotsky*, S. 116–120.

Land nicht aufzubauen, selbst wenn dies für sie hätte profitabel sein können. Gunder Franks Argument ist weitgehend ein Zirkelschluss: Die industrielle Entwicklung fand nicht statt, weil ausländisches Handelskapital vorherrschte, was zeigt, dass das Auslandskapital die industrielle Entwicklung behinderte. Diese Annahme stand natürlich in völligem Gegensatz zu Lenins Vorstellung, gestützt auf seine Erfahrung mit dem vorrevolutionären Russland, dass Auslandskapital sehr wohl in den Aufbau der Industrie fließen konnte. Auch die erhebliche industrielle Entwicklung in Argentinien und den britischen Dominions vor dem Ersten Weltkrieg und in Mexiko, Argentinien und Brasilien ab den 1930er Jahren konnte so nicht erklärt werden.

Die zweite Annahme ging fälschlicherweise davon aus, dass die westlichen Staaten zu jeder Zeit Interesse daran haben, ihre Macht zur Verhinderung dieser Industrialisierung einzusetzen. In Wirklichkeit haben sie das manchmal getan, und manchmal nicht. Großbritannien verfolgte deshalb eine Politik, die die Industrialisierung einiger Bereiche seines Empires verhinderte, in anderen war ihm die Industrialisierung willkommen (zum Beispiel die Entwicklung der großen Schiff- und Maschinenbauindustrien in Nordostirland oder der Jutefabriken in Bengalen).

Drittens wurde angenommen, dass die Westmächte in der Lage seien, die lateinamerikanischen Regierungen so zu manipulieren, dass sie keine unabhängige Politik verfolgen konnten. Tatsächlich war die Realität viel komplexer. Jeder mächtige Staat verfügt über eine Reihe Instrumente, um einen weniger mächtigen Staat seinem Willen zu unterwerfen. Aber er kann selten mehr als nur einen Teil des Erwünschten erreichen. Großbritannien versuchte zum Beispiel, Einfluss zu nehmen auf den Ausgang des Bürgerkriegs, der Argentinien nach der endgültigen Unabhängigkeit in den 1820er bis Anfang der 1860er Jahre plagte. Aber es war nie ganz erfolgreich und musste sich letztendlich meistens mit dem geringsten Übel abfinden. Die Bürgerkriege selbst und das Kräfteverhältnis, das das Ergebnis bestimmte, entstanden aus den internen Spaltungen zwischen den argentinischen Ausbeuterklassen (den Rivalitäten zwischen den großen Landbesitzern im Binnenland und den Kaufleuten von Buenos Aires), die jeweils nach ausländischen Verbündeten suchten, um ihre Ansprüche zu stärken. Dies war eine ganz andere Situation als die in Europas direkten Kolonien oder seinen halbkolonialen Enklaven in China – obwohl sie

einige Ähnlichkeit mit Großbritanniens selbst verwalteten »weißen Domini-  
ons« hatte.<sup>76</sup>

Schließlich wurde in dieser Theorie darauf beharrt, dass die herrschende Klasse eines Landes, das in Bezug auf Handel und Investitionsmuster von größeren kapitalistischen Ländern »abhängig« war, jede Fähigkeit verlor, einen unabhängigen Pfad der kapitalistischen Akkumulation und Wirtschaftsentwicklung einzuschlagen. Damit wäre aber jedwede Unabhängigkeit für die meisten kapitalistischen Länder ausgeschlossen. Seit fast einem halben Jahrhundert sind die europäischen Ökonomien beispielsweise in hohem Maße abhängig von den Entwicklungen in der US-Ökonomie (deshalb der alte Spruch: »Wenn die USA einen Schnupfen bekommen, holt Europa sich eine Lungenentzündung.«). Die niederländische Wirtschaft ist in sehr hohem Maße abhängig von der Entwicklung in Großbritannien und Deutschland. Das hat die europäischen herrschenden Klassen aber nicht in Marionetten der USA verwandelt, oder die niederländische herrschende Klasse in ein Spielzeug für britische und deutsche Interessen.

Die Dependenztheorie sprach Leute an, weil mit ihr anerkannt wurde, dass ein Großteil der Welt nicht automatisch aus der Armut gerissen wurde, wenn er einfach den Kapitalismus übernahm. Aber ihr Heilmittel, die ärmeren Teile der Welt von den großen Reichtumskonzentrationen in den entwickelten Ländern (einschließlich der vom Imperialismus in der Vergangenheit geplünderten) abzuschneiden, war kein gangbarer Weg. Diese Reichtumskonzentrationen bedeuteten, dass die Kapitalisten der entwickelten Länder fast immer ihre neuen Rivalen weitgehend niederkonkurrierten – und notfalls unter Androhung von Waffengewalt ausstechen konnten. Die UdSSR war vielleicht nach 1928 zur Industrialisierung fähig gewesen (mit erheblichen Kosten für ihre Bevölkerung). Brasilien und Argentinien, und später Ägypten und Indien, hatten vielleicht einige Grundindustrien aufbauen können. Aber in den späten 1960er Jahren zeigten sich die Beschränkungen ihres Modells der unabhängigen Indus-

---

<sup>76</sup> Eine Diskussion über die Rolle, die Großbritannien in Argentinien spielte, bietet zum Beispiel R. Miller, *Britain and Argentina in the Nineteenth Century*, New York 1993; R. Gravil, *The Anglo-Argentine Connection 1900–1939*, Boulder and London 1985; R. Hara, »Landing Bourgeoisie or Business Bourgeoisie«, *Journal of Latin American Studies*, 34 (August 2002), S. 587–623; D. C. M. Platt and G. di Tella (Hrsg.), *Argentina, Australia and Canada: Studies in Comparative Development*, London 1985; M. A. Garcia, *Peronismo: desarrollo económico y lucha de clases en Argentina*, Espluges de Llobregat 1980 (Das Kapitel über den Peronismus in dieser wichtigen Studie ist zu finden unter: [humano.ya.com/flasheva/miguel.htm](http://humano.ya.com/flasheva/miguel.htm))

trialisierung. Gerade dieses Modell propagierte jedoch die Dependenztheorie, sei es in alter oder neuer Form.

Den Gipfel der Beliebtheit erreichte die Dependenztheorie Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre, als die letzte Welle des antikolonialen Kampfes die USA aus Vietnam vertrieb, Angola, Mosambik und Guinea-Bissau von den Portugiesen befreite und die weiße Herrschaft in Simbabwe beendete. Genau zu dieser Zeit zeigte sie jedoch ihre Unzulänglichkeit, als die alten befreiten Staaten einer nach dem anderen in einer Sackgasse landeten. Sollte es irgendwelche Zweifel geben, war Kambodscha der Beweis: Begleitet vom Lob einiger Dependenztheoretiker kappte das Regime Pol Pots, das Mitte der 1970er zur Macht gekommen war, seine Wirtschaftsverbindungen zur Außenwelt und versuchte sich in einer Politik der vollständigen »unabhängigen« Entwicklung – mit dem Ergebnis, dass dabei möglicherweise mehr Menschen starben als durch das US-Bombardement zur Verteidigung des vorherigen Regimes.

Michael Kidron hatte 1971 gewarnt, dass »unabhängige« Entwicklung in Ländern der Dritten Welt kein gangbarer Weg mehr war. Er schrieb über »das Ende einer schrecklichen Illusion, wie sie von vielen scheinbaren Revolutionären und von Anhängern orthodoxerer Schulen leidenschaftlich vertreten wurde: dass Wirtschaftsentwicklung in rückständigen Ländern ohne Revolution in den entwickelten möglich sei«. <sup>77</sup> Er hatte nicht ganz Recht: Die »Illusion« hielt sich noch eine ganze Weile, und eine Handvoll Staaten, die den Weg der »unabhängigen Entwicklung« verbunden mit großen Kosten für ihre Arbeiter und Bauern eingeschlagen hatten, schafften es, zu einer neuen Akkumulationsstrategie überzugehen, die sich auf die Öffnung ihrer Wirtschaften für Auslandskapital und Handel stützte. Aber die meisten waren zum Untergang verdammt, egal welchen Pfad sie wählten.

---

<sup>77</sup> Michael Kidron, »Memories of Development«, *New Society*, 4. März 1971, nachgedruckt in Kidron, *Capitalism and Theory*, London 1974, S. 73

# 3

## Imperialismus und »Globalisierung«

Von den Zeiten Hobsons bis zum Zweiten Weltkrieg durchlief der Imperialismus einen Wandel. In den Nachkriegsjahren wandelte er sich erneut. In den späten 1960er und 1970er Jahren kam es zu einer dritten Veränderung.

Zwanzig Jahre lang standen die Westmächte vereint hinter der US-Führung in Gegnerschaft zu einem sowjetischen Block, dem sich China nach dem Sieg der kommunistischen Kräfte 1949 anschloss. Gelegentlich gab es Spannungen zwischen ihnen. Großbritannien und Frankreich versuchten, wie wir gesehen haben, einen Krieg gegen Ägypten ohne die Unterstützung der USA zu führen und scheiterten. Teile des britischen und französischen Establishments fürchteten sich zunächst vor einem wiederbelebten deutschen Kapitalismus, stellten ihre Bedenken aber schließlich zurück, als Deutschland 1954 wieder bewaffnet und eine begrenzte Wirtschaftseinheit zwischen den wichtigsten westeuropäischen Kontinentalstaaten geschaffen wurde, die Kohle- und Stahlunion (Montanunion, später die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und schließlich die Europäische Union). In der Zeit von 1953 bis 1956 wurde auch befürchtet, dass Stalins Nachfolger anbieten könnten, ihren Teil Deutschlands, die Deutsche Demokratische Republik, mit Westdeutschland zu vereinigen, wenn im Gegenzug das vereinigte Deutschland den Westblock verlasse. Lord Ismay, der erste Generalsekretär der Nato, beschrieb ihre Rolle für die europäischen Mächte wie folgt: »Die Amerikaner in Europa halten, die Russen draußen halten und die Deutschen niederhalten.«

Aber angesichts der Serie von Konflikten im Kalten Krieg – offener Krieg in Korea, eine Beinahe-Konfrontation über die kleinen Inseln Que-

moy und Matsu vor der chinesischen Küste, die Berlinkrise von 1961 und dann die kubanische Raketenkrise von 1962, die vermutlich die Welt an den Rand eines atomaren Kriegs brachte – schienen diese Spannungen eher unbedeutend.

Nach der Kubakrise änderte sich die Lage langsam. China begann einen von Russland abweichenden Kurs zu verfolgen und ging schließlich zur offenen Opposition über, was 1969 fast zu einem Krieg führte und 1971 im Besuch des US-Präsidenten Nixon in Peking, auf dem Höhepunkt seines Krieges gegen Russlands Verbündeten Vietnam, gipfelte. Auch im westlichen Lager kam es zu Differenzen, allerdings nie so tief oder so offen. Die europäischen Mächte konnten keinen Vorteil darin erkennen, die USA in Vietnam militärisch zu unterstützen oder auch nur ein diplomatisches Mäntelchen für deren Feindschaft gegen Kuba abzugeben. Und als Frankreichs Präsident De Gaulle schließlich den Algerienkrieg hatte beenden können, kritisierte er offen, wie die USA die Dollarherrschaft im Welthandel einsetzten, um Überseeinvestitionen zum Spottpreis einzukaufen. Deshalb begannen einige Leute, über eine neue Runde zwischenimperialistischer Konflikte zu spekulieren, »Europa gegen Amerika«. <sup>78</sup> Aber die Zerwürfnisse schienen niemals außer Kontrolle zu geraten. Die USA vermieden es, ihre Verbündeten in Bezug auf Vietnam oder Kuba allzu heftig zu drängen, mehr zu tun. Trotz De Gaulle nahmen die europäischen Mächte die Ausweitung ihrer dollargestützten Anlagen in Europa hin. Feindschaft gegenüber den konkurrierenden Imperialismen im Osten ließ den westlichen Imperialismus in den wesentlichen Fragen zusammenhalten.

Die wichtigeren Veränderungen waren jene, die sich unter der Oberfläche vollzogen.

Das wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen den verschiedenen westlichen Staaten verschob sich allmählich auf Grund des schnellen Wirtschaftswachstums Deutschlands und Japans. Im Jahr 1945 waren die USA für rund 50 Prozent der Weltproduktion verantwortlich; in den 1980er Jahren war ihr Anteil auf 25 Prozent gesunken. Im Jahr 1953 stellten die USA 59 Prozent des BSPs aller entwickelten Länder, und 1977 nur noch 48 Prozent; zur selben Zeit stieg der Anteil Japans von 3,6 Prozent auf 13,2 Prozent, und der Westdeutschlands von 6,5 Prozent auf 13,2 Prozent. <sup>79</sup> Anfang der 1960er betrug die japanischen Exporte an

---

<sup>78</sup> Siehe zum Beispiel Ernest Mandel, *Amerika und Europa: Widersprüche des Imperialismus*, Reinbek 1982

<sup>79</sup> Nach OECD-Berechnungen Ende der 1970er Jahre

Fertigwaren weniger als ein Drittel derer der USA; Ende der 1970er hatten sie gleichgezogen. Und nach einem kleinen Abschwung in der Weltwirtschaftsrezession von 1974 bis 1975 wuchsen sie ein weiteres Jahrzehnt viel schneller als die der USA. Die USA und in geringerem Maße Großbritannien zahlten den Preis dafür, eine ganze Weltwirtschaft durch Rüstungsausgaben zu stützen. Im Prinzip erhielt die US-amerikanische Rüstungsindustrie den Wirtschaftsaufschwung aufrecht und bildete so einen Markt für deutsche und japanische Exporte. Währenddessen konnten Deutschland und Japan bei geringen Rüstungsausgaben mehr in die Industrie investieren und die USA in Bezug auf Produktivität und Konkurrenzfähigkeit einholen.

Damit ging auch eine weitere große Veränderung innerhalb des Gesamtsystems einher. Ab Ende der 1960er Jahre flossen immer größere Kapitalmengen über die nationalen Grenzen hinweg. Verpflichtungen in Auslandswährungen von westeuropäischen Banken stiegen zwischen 1968 und 1974 um das Achtfache. Die Kapitalströme beschleunigten sich enorm nach der Vervierfachung der Weltölpreise in den Jahren 1973 und 1974. Ölförderländer waren plötzlich Empfänger riesiger Geldmengen, die ihre Herrscher meistens auf US-Banken deponierten, die diese wiederum an einige neuindustrialisierte Länder (besonders Brasilien) und Ostblockländer (Polen und Ungarn) verliehen. Diese Länder befanden sich immer noch im Aufschwung und schienen einen sicheren Zinsgewinn auf die Kredite zu garantieren. Die Aufschwünge überdauerten die nächste Wirtschaftsrezession von 1980 bis 1982 nicht, und Schwierigkeiten, die Kreditzinsen zu zahlen, brachten die Länder an den Rand des Bankrotts. Aber die Finanzkreisläufe expandierten weiterhin. Im September 1985 betrug die Gesamtkreditsumme an das Weltbankensystem 2.347 Milliarden,<sup>80</sup> und der Eurobondmarkt wuchs um 70 Prozent allein in jenem Jahr.

Parallel zum Wachstum im internationalen Kreditwesen kam es zur explosiven Ausdehnung internationaler Währungsgeschäfte, die die Regierungsversuche, das nationale Bankenwesen zu kontrollieren, zunehmend aussichtslos erscheinen ließen. Wie die *Financial Times* Mitte der 1980er Jahre feststellte, zogen »Deregulation und technologischer Fortschritt den Weltkreditmarkt zu einem einzigen großen Kapitalpool zusammen«,<sup>81</sup> was zu »visionären Äußerungen« von »internationalen Spitzenbankern« führte, es wurde von der »Globalisierung der Wertpapiermärkte«

---

<sup>80</sup> *Financial Times*, World Banking Survey, 22. Mai 1986

<sup>81</sup> Ebd.

geredet, und davon, »dem Kunden auf einem einzigen weltweiten Markt-  
platz zu dienen«. <sup>82</sup>

Das Wachstum des Finanzkapitals wurde von einer Wiedergeburt des Merkmals begleitet, dem Hobson, Hilferding und Lenin so viel Aufmerksamkeit gewidmet hatten – dem Kapitalexport. Der Bestand an Auslandsdirektinvestitionen (FDI) hatte 1950 nur 4 Prozent des Weltbruttosozialprodukts betragen (gegenüber 9 Prozent 1913). 1999 erreichte er 15,9 Prozent. <sup>83</sup> Die weltweiten FDI-Ströme beliefen sich 1982 auf 37 Milliarden Dollar. 1990 waren sie auf 235 Milliarden Dollar hochgeschossen und 2000 auf 1.150 Milliarden Dollar. Zu diesem Zeitpunkt entsprachen sie rund einem Sechstel der weltweiten Neubildung von Fixkapital. <sup>84</sup> Es gab allerdings eine wesentliche Abweichung von dem Bild, das Hobson und Lenin entworfen hatten: Die Kapitalströme flossen nicht von Industrie- in »unterentwickelte« Länder. Sie flossen überwiegend in Gebiete, in denen bereits Industrie existierte. »Festzuhalten ist, dass der Bestand an nach innen wie nach außen gerichteten FDIs sich auf die entwickelten Ökonomien konzentriert; der überwiegende Teil der Auslandsdirektinvestitionen fließt zwischen den entwickelten Ländern.« <sup>85</sup>

Von 1980 bis 1990 stieg der Anteil der in »Entwicklungs-«Länder fließenden FDIs von 25 auf 30 Prozent, aber »unter den Entwicklungsländern sind diese hoch konzentriert auf eine Handvoll Länder [...] Wird China herausgerechnet, hat der Anteil an Auslandsinvestitionen in den Entwicklungsländern in den letzten 20 Jahren mehr oder weniger stagniert [...] Zehn Entwicklungsländer erhielten 80 Prozent der gesamten Auslandsdirektinvestitionen, die in die Entwicklungsländer flossen.« <sup>86</sup> Europa allein empfing Mitte der 1990er Jahre die Hälfte der US-amerikanischen Auslandsdirektinvestitionen, 50 Mal mehr als Indonesien und fast 400 Mal mehr als Indien, obwohl Indiens Bevölkerung etwa viermal größer ist als die europäische. <sup>87</sup>

Solche Investitionsflüsse sind ein Indikator dafür, wo Kapitalisten Profit-  
chancen sehen, und sie geben Grund zu der Annahme, dass dies vor  
allem die entwickelten Länder sind und eine Handvoll »neustrialisier-

---

<sup>82</sup> *Financial Times*, International Capital Markets Survey, 21. April 1987

<sup>83</sup> J. Burke und G. Epstein, »Threat Effects of the Internationalisation of Production«, Political Economy Research Institute working paper series, Nr. 15, Massachusetts-Universität 2001

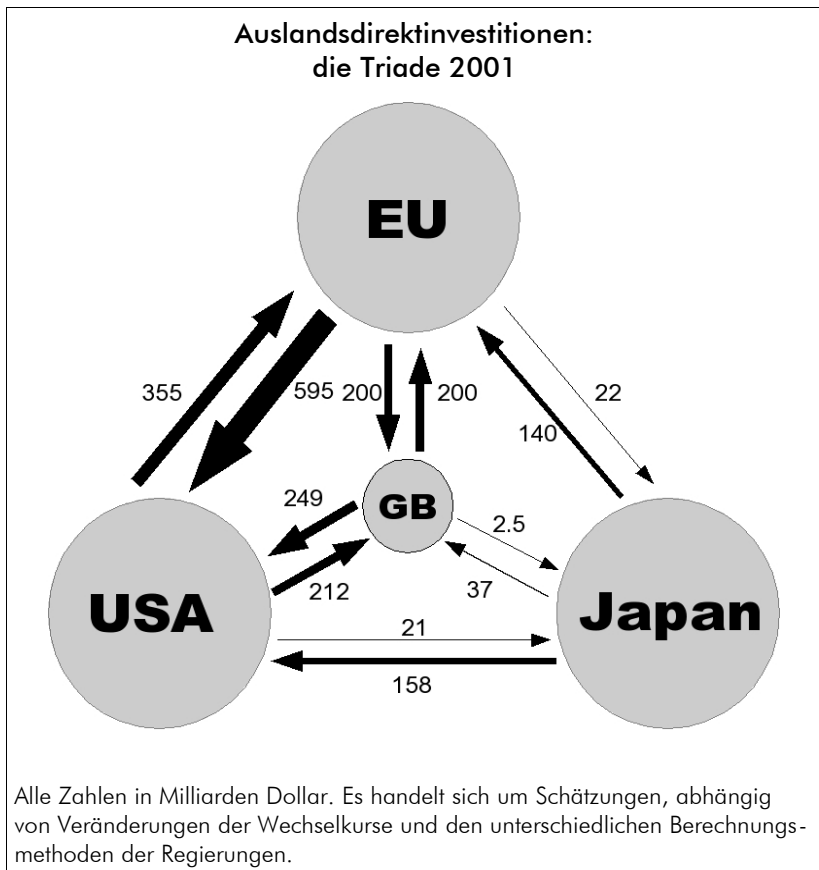
<sup>84</sup> Unctad, »Overview«, *World Investment Report 2001*, Tabelle 1

<sup>85</sup> J. Burke und G. Epstein, a.a.O.

<sup>86</sup> Ebd.

<sup>87</sup> Zahlen von der Website des US Bureau of Economic Analysis

ter« Länder und Regionen (von denen das Küstengebiet Chinas jetzt am wichtigsten ist). Unabhängig davon, wie es vor einem Jahrhundert aus-



sah, ist es also unsinnig, die fortgeschrittenen Länder als »parasitär« zu betrachten, weil sie angeblich von der ehemaligen kolonialen Welt leben. Es macht auch keinen Sinn zu glauben, dass die Arbeiter im Westen von der »Extraausbeutung« in der Dritten Welt profitieren. Diejenigen, die das System lenken, lassen keine Gelegenheit aus, Arbeiter überall auf der Welt auszubeuten, egal wie arm sie sind. Aber die Zentren der Ausbeutung sind, wie die FDI-Statistik zeigt, dort, wo Industrie bereits existiert.

Der Anstieg der FDI-Zahlen spiegelt auch sehr direkt den Aufstieg der multinationalen Konzerne wider. Multinationale Firmen (wie ITT, Ford, Coca-Cola) gab es auch in der Vorkriegszeit. Aber sie stützten sich nicht

allgemein auf integrierte internationale Forschung und Produktion. Die britische Tochtergesellschaft eines US-amerikanischen Autokonzerns entwickelte und vermarktete im Wesentlichen ihre eigenen Modelle unabhängig von den Entwicklungen in Detroit. Gerade das begann sich in den 1960er und 1970er Jahren zu ändern. Erfolg hatten die Firmen, die internationale Entwicklung, Produktion und Vermarktungsstrategien entwickelten. Schon Ende der 1950er Jahre konnte IBM (mittels eines großen Auftrags für das US-Militär) weltweit die neue Großrechner-Computerindustrie dominieren. Boeing begann (ebenfalls gestützt auf Aufträge für das US-Militär), konkurrierende »nationale« Flugzeughersteller aus dem Geschäft zu drängen und zwang europäische Firmen, ihre Ressourcen im Airbus-Konsortium zu bündeln. Die petrochemische Industrie beschränkte sich nicht mehr auf die einzelnen europäischen Länder und entwickelte ausgefeilte Leitungssysteme, durch die Materialien von den Anlagen des einen zu den Anlagen eines anderen Landes geleitet wurden. Ein neues Stadium der kapitalistischen Produktion, das auf multinationalen Unternehmen beruhte, war erreicht.

Als der Prozess der Internationalisierung der Produktion einmal in Gang gekommen war, war er nicht mehr aufzuhalten. Bis Ende der 1980er Jahre gab es kaum noch eine Industrie, in der die Unternehmen eines Landes auf eine internationale Strategie des Aufkaufs, der Fusion oder des Schließens strategischer Bündnisse mit Firmen in anderen Ländern hätten verzichten können. Nicht alle Zusammenschlüsse und Bündnisse überlebten die Höhen und Tiefen der Weltwirtschaft in den folgenden zwei Jahrzehnten. Einige entfusionierten oder schieden sich, nur um sich dann mit anderen Konkurrenten zusammenzutun. Aber das Gesamtmuster war gezeichnet. Firmen, die die wachsende internationale Konkurrenz überleben wollten, mussten Tochtergesellschaften im Ausland erwerben. 2001 gaben europäische Konzerne 126 Milliarden Dollar für den Kauf von Gesellschaften in den USA aus, und US-Firmen 42 Milliarden Dollar für Unternehmen in Europa.<sup>88</sup> Gut 80 Prozent der Auslandsdirektinvestitionen von 1999 dienten dem Erwerb ausländischer Unternehmen statt der Errichtung neuer Produktionsstätten (so viel zum neoliberalen Mythos, dass Auslandsinvestitionen immer erhöhte Produktion und Arbeitsplätze bedeuten).<sup>89</sup>

---

<sup>88</sup> H. Skytta, *The European Union and World Trade*, Speakers Bureau, November 2002

<sup>89</sup> J. Burke und G. Epstein, a.a.O.

## Der Staat, das Kapital und die »Globalisierung«

Die Internationalisierung der Finanzmärkte und der Produktion verführte Mitte der 1990er Jahre viele dazu, ein einfaches Urteil abzugeben: Der Staat als Wirtschaftsakteur verschwindet. Eine neue multinationale weltkapitalistische Klasse sei im Entstehen, die dieses Relikt von vor 50 Jahren nicht brauche. Dieses Urteil war falsch, denn es übersah die weiter bestehende Verflechtung der größten Multis mit den mächtigsten Staaten.

Ein großer Teil der Verkäufe und ein Hauptteil der Investitionen der großen multinationalen Konzerne konzentriert sich immer noch im eigenen Land (oder bei kleinen Ländern in diesen selbst und angrenzenden Ländern). Eine detaillierte Untersuchung zeigte diese Entwicklung vor zehn Jahren.

### Prozentsatz der Geschäfte von Multis im Binnenland<sup>90</sup>

	Industrie- produktion: Verkäufe	Dienst- leistungen: Verkäufe	Industrie- produktion: Anlagen	Dienst- leistungen: Anlagen
USA	64	75	70	74
Japan	75	77	97	92
Deutschland	48	65f	—	—
Frankreich	45	69	55	50
Großbritannien	36	61	39	61

Die extreme Anlagenkonzentration im Binnenland war bei Japan und den USA offensichtlich. Von den 100 größten Firmen der Welt auf der Liste des *Fortune Magazine* (Fortune 100) tätigten 40 die Hälfte oder mehr ihrer Verkäufe im Ausland, aber lediglich 18 hielten die Mehrheit ihrer Anlagen im Ausland, und nur 19 zumindest die Hälfte ihrer Arbeitskräfte.<sup>91</sup> Im Fall der europäischen multinationalen Konzerne war das Bild etwas weniger deutlich, weil viele begonnen hatten, in benachbarten europäischen Ländern zu investieren. Würde die Europäische Union jedoch als »Binnenregion« behandelt, ließen sich Konzentrationsgrade vergleichbar denen in den USA und Japan finden. Britische multinationale Konzerne waren mit über 20 Prozent ihrer Anlagen in den USA eine Ausnahme, eine ähnliche Zahl wie für Kontinentaleuropa. Beide Zahlen sind

<sup>90</sup> Tabelle nach Zahlen von P. Hirst und G. Thompson, *Globalization in Question*, London 1996, S. 91-84

<sup>91</sup> W. Ruigrok und R. van Tulder, *The Logic of International Restructuring*, London 1995, S. 156

jedoch viel höher als für Anlagen in der gesamten übrigen Welt zusammen (einschließlich der viel gepriesenen asiatischen »Tiger«). Die Internationalisierung des Systems hat im letzten Jahrzehnt schnelle Fortschritte gemacht. Aber die Veränderungen waren quantitativ, nicht qualitativ. So beliefen sich die 1998 einströmenden Auslandsinvestitionen auf nur 10,9 Prozent der Neubildung des privaten Inlandskapitals in den entwickelten Ländern – womit die einheimischen Investoren für fast 90 Prozent zuständig waren. Eine Untersuchung von 498 führenden japanischen Firmen zeigt, dass etwas mehr als ein Viertel ihrer Profite im Ausland realisiert werden – was bedeutet, dass fast drei Viertel immer noch auf dem Binnenmarkt erzielt werden müssen.<sup>92</sup>

Gleichzeitig verbleiben die meisten großen multinationalen Konzerne fest unter der Kontrolle der Kapitalisten aus einem bestimmten Land. Wieder sind die genauesten Zahlen zehn oder zwölf Jahre alt. Von 30 US-amerikanischen »Kern«-Firmen hatten 1991 nur fünf einen Ausländer in ihrem Vorstand, und nur 2 Prozent der Vorstandsmitglieder großer amerikanischer Konzerne waren Ausländer. Bei nur zwei von 20 großen japanischen Gesellschaften und vier von 15 deutschen »Kern«-Unternehmen befanden sich Ausländer im Vorstand.<sup>93</sup> Neuere Untersuchungen lassen vermuten, dass in den meisten Vorständen der multinationalen Konzerne jetzt ein paar Nichteinheimische sitzen. Diese sind aber immer noch eine kleine Minderheit. Nur in 10 der 35 führenden schwedischen Firmen gab es 1999 ausländische Vorstandsmitglieder, was nur 10 Prozent aller Vorstandsmitglieder entspricht, während drei Viertel der größten niederländischen Gesellschaften keine ausländischen Vorstandsmitglieder hatten, obwohl 60 Prozent der Verkäufe dieser Gesellschaften außerhalb der Niederlande getätigt werden. Die Forscher schlussfolgerten: »Die Nationalitätenvielfalt in den Spitzenmanagerteams hat sich nicht in demselben Ausmaß entwickelt wie die Internationalisierung der Konzerne im Allgemeinen.«<sup>94</sup> Firmen mit globaler Reichweite wie ExxonMobil und Microsoft können ohne ein einziges nicht US-amerikanisches Vorstandsmitglied operieren.<sup>95</sup> Renault-Nissan bezeichnet sich selbst als »binationale Gruppe« (französisch-japanisch) statt als multinational,<sup>96</sup> und die US-

---

<sup>92</sup> Zahlen aus: [www.jil.go.jp/emm/vol.28/labornegotiation.htm](http://www.jil.go.jp/emm/vol.28/labornegotiation.htm)

<sup>93</sup> W. Ruigrok und R. van Tulder, S. 157–158

<sup>94</sup> M. F. Hijtjes, R. Olie und U. Glunk, »Board Internationalisation and the Multinational Company«, Amsterdam 2001

<sup>95</sup> Siehe die Konzernwebsites von Microsoft und Exxon-Mobil.

<sup>96</sup> Interview mit Louis Schweitzer unter [www.renault.com/gb/groupe/strategie\\_pl.htm](http://www.renault.com/gb/groupe/strategie_pl.htm)

amerikanischen Businessmedien haben aufgeschrien, weil der Zusammenschluss von Daimler-Benz mit Chrysler nicht den Versprechungen eines globalen Konzerns gerecht wurde, sondern letztlich einen von den Deutschen kontrollierten Konzern hervorbrachte.

Ungeachtet der Nationalitäten seiner Vorstandsmitglieder kann das, was der Nationalstaat tut, immer noch enorme Auswirkungen auf die Rentabilität eines Konzerns haben, der von seinem Territorium aus operiert. Er kontrolliert die Besteuerung und Regierungsausgaben, was sowohl das allgemeine Niveau der Wirtschaftsaktivität als auch die Möglichkeiten beeinflusst, die bestimmten Firmen offen stehen. Über die Zentralbank beeinflusst er die Geldmenge, die Firmen zur Verfügung steht, und die Zinsraten, die sie auf Kredite zahlen müssen. Er ist zuständig für die Unternehmens- und Arbeitsgesetze, die Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis zwischen verschiedenen Unternehmen und zwischen allen Unternehmen und ihren Beschäftigten haben. Er schließt Handelsabkommen, die zu Märkten in anderen Ländern Zugang verschaffen. Er stellt sicher, dass andere Staaten dafür geradestehen, dass die »seinen« Unternehmen geschuldeten Copyright-Gebühren für neue Erfindungen und Entdeckungen tatsächlich entrichtet werden – was zunehmend wichtig ist bei Pharmazeutika, der Agrarindustrie und Softwareentwicklung – in einer Zeit, da »Piraterie« Firmen schätzungsweise insgesamt 200 Milliarden Dollar jährlich kostet<sup>97</sup> und ständig den Binnenmarkt zu schmälern droht. Er hat die Mittel, Firmen gegen Pleiten zu schützen, wenn ihre Profitabilitätsberechnungen völlig daneben liegen. Und schließlich übt er ein Monopol über die Waffengewalt aus, die gegen andere Staaten eingesetzt werden kann.

Diese Funktionen verschwinden nicht und verlieren durch die Internationalisierung des Systems auch nicht an Bedeutung. In den letzten 30 Jahren gab es drei große internationale Krisen und den Beginn einer vierten. Das Vorgehen der Staaten bestimmte dabei wesentlich das Schicksal bestimmter großer Unternehmen und die Rentabilität vieler anderer.

Entscheidungen mussten gefällt werden, ob Wechselkurse beeinflusst, die Zinsen für Kredite mit kurzer Laufzeit erhöht oder gesenkt, Handelsvereinbarungen unter Federführung des General Agreement on Tariffs and Trade (Gatt) und der Welthandelsorganisation (WTO) getroffen werden oder auch nicht, über die Vergabe von Regierungsaufträgen und über die Höhe der Rüstungsausgaben. Und obendrein stellte sich die

---

<sup>97</sup> Schätzung der Global Anti-Counterfeiting Group, in: *Financial Times*, 30. April 2002

Frage, was mit den direkten staatlichen Staatseingriffen in die Wirtschaft durch verstaatlichte Industrien, Währungskontrollen, Zölle und so weiter geschehen sollte, die das Erbe der vorhergehenden Zeit waren. Selbst die neoliberale Entscheidung, all dies zum alten Eisen zu werfen, war immer noch eine zu treffende Entscheidung. Multinationale Konzerne mit über 35 Prozent ihrer Investitionen (das Minimum in unserer obigen Liste) in einem »Heimat«-Land konnten es sich nicht leisten, den Versuch einer Einflussnahme auf jede dieser Entscheidungen zu vernachlässigen.

**Veränderungen der relativen Bedeutung Europas, Ostasiens und Nordamerikas im Welthandelssystem 1948–1999**

	1948	1953	1963	1973	1983	1993	1999
Westeuropa	31,0	34,9	41,0	44,8	39,0	43,7	43,0
Osteuropa*	6,0	8,2	11,0	8,9	9,5	2,9	3,9
Ostasien	4,3	5,5	7,2	10,5	15,0	22,2	21,3
Nordamerika	27,5	24,6	19,4	17,2	15,4	16,8	17,1

\*Osteuropa schließt Zentral- und Osteuropa, die baltischen Staaten und GUS mit ein.  
Quelle: nach WTO (2000), Tabelle II.2

Deshalb spielten in bestimmten Momenten Verhandlungen zwischen Staaten eine Hauptrolle für die Wechselbeziehungen zwischen den Firmen des jeweiligen Standorts: Mit dem »Plaza-Akkord« Mitte der 1980er Jahre zwischen der US-amerikanischen und der japanischen Regierung wurde der Wert des Yen im Verhältnis zum Dollar angehoben, um ein günstigeres und profitableres Umfeld für die US-Firmen zu schaffen;<sup>98</sup> die europäischen Regierungen trafen die Entscheidung, den europäischen Wechselkursmechanismus (Exchange Rate Mechanism, ERM) einzuführen und dann den Euro – und die britische Regierung entschied 1992, sich den verheerenden Auswirkungen des ERM auf die Exporte britischer Unternehmen zu entziehen; die Europäische Union und die Vereinigten Staaten feilschten über Handelsschranken bei Agrarprodukten und über »geistiges Eigentum« (wesentlich zur Hebung der Rentabilität von Software- und Pharmafirmen); im Rahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) kam es zu Diskussionen über den Umgang mit verschuldeten Ländern; Vereinbarungen über Landrechte auf internationalen Flughäfen wurden

<sup>98</sup> Zu dessen Bedeutung für den Export der US-Gesellschaften siehe Robert Brenner, *Boom & Bubble: Die USA in der Weltwirtschaft*, Hamburg 2002, S. 64-70

getroffen und Entscheidungen über die Waffenarten, die angeblich integrierte militärische Bündnisse einsetzen sollten.

Wie wichtig diese Staatsentscheidungen für sehr große Firmen sein konnten, zeigte sich bei einem Blick auf die *Fortune*-100-Liste der weltgrößten Firmen: »Alle ehemaligen oder gegenwärtig führenden US-amerikanischen Computer-, Halbleiter- und Elektronikhersteller auf der *Fortune*-100-Liste von 1993 zogen großen Nutzen aus der Bevorzugung bei Verteidigungsverträgen«, weitere 23 waren »direkt in der Ölindustrie tätig« und deshalb sehr abhängig von der Fähigkeit ihrer »Heimat«-Regierung, ihre Konzessionen zu schützen, während mindestens 20 nicht als unabhängige Konzerne überlebt hätten, wären sie nicht von ihrer jeweiligen Regierung in den vergangenen 15 Jahren gerettet worden.<sup>99</sup> Zudem waren alle wesentlichen Telekom-Gesellschaften abhängig von Regierungsaufträgen und -lizenzen und von Abmachungen zwischen Regierungen und internationalen Konsortien.

Die weltgrößten Konzerne expandierten über nationale Grenzen hinweg in einem Grad, der jetzt die Internationalisierung des Systems vor dem Ersten Weltkrieg übersteigt, und sie bleiben in hohem Maße abhängig von ihrer Fähigkeit, »ihre« Regierung zu beeinflussen. Einfach deshalb, weil sie letztlich einen Staat benötigen, um das Netz ihrer internationalen Interessen zu schützen, und die einzig existierenden Staaten sind Nationalstaaten.

Dick Ryan stellte kürzlich in Bezug auf den am meisten internationalisierten Bereich des Systems fest:

Das internationale Finanzwesen veranschaulicht klar die Bedeutung der Nationalität innerhalb der Weltakkumulation. Die Kombination von Satelliten- und Computertechnologie hat all die technischen Voraussetzungen für den neoklassischen »perfekten Markt« der Finanzströme geschaffen, um die Gewinnspannen über Finanzgrenzen und -standorte hinweg anzugleichen und dabei die nationalen Grenzen zu überwinden. Dennoch [...] wird sehr wohl verstanden, dass das Finanzwesen nationale Eigenschaften behält. Es bewegt sich nicht systematisch zur Angleichung von Rücklagen und Investitionen in jeder Nation [...]. Ein weltweites Finanzsystem mit national bestimmten Währungen bedeutet, dass Globalisierung nicht ohne die nationale Dimension bestehen kann. Weil Nationalstaaten als verantwortlich für das globale Verhältnis »ihrer« Währung betrachtet werden, handelt es sich bei der wirklichen Globalisierung auch in

---

<sup>99</sup> W. Ruigrok und R. van Tulder, S. 219

der fortgeschrittenen Form des Finanzwesens nicht darum, die nationale Dimension der Akkumulation zu beseitigen. Tatsächlich bedeutet Globalisierung nicht einmal eine nationale Dimension, die inmitten ihrer langsamen Auflösung »nicht loslassen« wolle. Globale Akkumulation reproduziert vielmehr die nationale Dimension, wenn auch auf andere Weise als in vergangenen Perioden.<sup>100</sup>

Es ist gleichgültig, wie sehr die Regierungen ihre ideologische Verpflichtung auf den »Neoliberalismus« und das freie Spiel der Marktkräfte beschwören. Sie können genausowenig Entscheidungen ausweichen, die solch dramatische Auswirkungen auf den Markt haben können, wie sie über ihren Schatten springen können. Und die großen multinationalen Konzerne können nicht umhin, diesen Entscheidungsprozess zu beeinflussen und von ihm beeinflusst zu werden.

Dabei geht es nie darum, dass Politiker einfach mechanisch auf eine vom Kapital vereinbarte Politik reagieren. Denn Kapital besteht aus konkurrierenden Firmen, die jeweils um ihre eigenen Positionen ringen – und häufig aus konkurrierenden Bossen innerhalb dieser Firmen, die versuchen, die anderen zu übertrumpfen. Es gibt Schranken, die kapitalistische Regierungen nicht überschreiten können, ohne der Wirtschaft und sich selbst enorm zu schaden. Aber innerhalb dieses Rahmens betreiben Bündnisse kapitalistischer Politiker und Unternehmer eine unterschiedliche Politik, wobei jedes zu beweisen versucht, dass es die für die gesamte herrschende Klasse beste Politik verfolgt. In solchen Bündnissen finden sich üblicherweise diejenigen, die an schnellen Profiten interessiert sind, solche mit dem großen Geld, die die Medien beherrschen, die einfach Korrupten und jene mit einer ideologischen Vision, die Teilen der kapitalistischen Klasse ein Gefühl für ihren historischen Auftrag geben. Die verschiedenen Fraktionen, die um die Kontrolle der Republikaner und Demokraten in den USA kämpfen, sind solche Koalitionen. Dasselbe gilt für die konkurrierenden Gruppen der Eurobefürworter und -gegner innerhalb des Tory- oder New-Labour-orientierten britischen politischen Establishments. Bei diesen Auseinandersetzungen geht es um die Bedienung der Staatsmacht, um kapitalistische Interessen durchzusetzen. Das schafft auch das Potenzial für den Imperialismus, Gewalt als Form zwischenkapitalistischer Konkurrenz auf internationaler Ebene einzusetzen.

---

<sup>100</sup> D. Bryan, »Global Accumulation and Accounting for National Economic Identity«, *Review of Radical Political Economy* 33, 2001, S. 57-77

## Die Vereinigten Staaten: Hegemonie, Gewalt und der zweite Kalte Krieg

Die Tendenz zur »Globalisierung« setzte gerade in dem Moment ein, als die USA ihren wichtigsten militärischen Rückschlag des 20. Jahrhunderts erlitten – die gescheiterte Unterwerfung Vietnams. Die USA begannen den Krieg in dem Glauben, es ginge lediglich um eine einfache Polizeioperation, die mit ihrer Wirtschafts- und Militärmacht leicht zu bewältigen sein müsste. »Wir haben 30 Vietnams«, bürstete Robert Kennedy Warnungen wegen möglicher Probleme einfach ab.<sup>101</sup> Als die USA jedoch ihre Einsatzkräfte verdoppeln und nochmals verdoppeln mussten, hatten sie es nicht nur mit dem Widerstand derjenigen, die über den Krieg entsetzt waren zu tun, sondern angesichts der steigenden Kosten auch mit einer wachsenden Opposition innerhalb der herrschenden Klasse selbst, als die Wall Street begann, sich gegen die Fortsetzung des Kriegs zu wenden<sup>102</sup> – obwohl die Kosten nicht höher lagen als für den Koreakrieg 15 Jahre zuvor. Das veränderte Gleichgewicht der Weltwirtschaft untergrub die Fähigkeit der USA, ihre weltweite Vorherrschaft zu behaupten. Als der Krieg schließlich endete, gab es tiefe Risse im politischen Establishment, die ihren Höhepunkt in Nixons Versuch fanden, die Demokratische Partei auszuspionieren – dem Watergateskandal und der erzwungenen Abdankung des Präsidenten. Zwischenzeitlich hatten sie das internationale Wechselkurssystem von Bretton Woods aufgeben müssen, das die Finanzhoheit der USA bewahrte, und mussten ihre Rüstungsausgaben schrittweise reduzieren, die vom Ende der 1960er bis Ende der 1970er Jahre um real 38 Prozent fielen, und als Anteil am BSP um fast die Hälfte.<sup>103</sup>

Sie hatten die alte Fähigkeit verloren, problemlos ihre Vorherrschaft über zwei Drittel der Welt aufrechtzuerhalten, gerade als die Internationalisierung des Wirtschaftssystems die Bedeutung dieser Dominanz für ihre Konzerne noch verstärkte.

Eine Zeit lang schienen sie zurechtzukommen mit jener Mischung aus Diplomatie, Gewalt und mörderischer Brutalität, die Kissinger als Berater der republikanischen Regierungen und Brzezinski für die Demokraten verschrieben. Die USA konnten sich an China als Gegengewicht zu Russland wenden, seine Waffen zur Verhinderung eines arabischen Siegs im Krieg

---

<sup>101</sup> Zit. nach D. Halberstam, *The Best and the Brightest*, London 1970, S. 78 (*Die Elite*, Reinbek, 1974)

<sup>102</sup> Zu Details siehe C. Harman, *The Fire Last Time*, London 1987

<sup>103</sup> Siehe die Grafiken unter: [www.albany.edu/~fordham/Dec12.pdf](http://www.albany.edu/~fordham/Dec12.pdf)

gegen Israel 1973 einsetzen, Ägypten vollständig in das US-Lager ziehen, den herrschenden Klassen Chiles 1973 und Argentiniens 1976 bei der Zerschlagung der Linken beispringen und zusammen mit der europäischen Sozialdemokratie die portugiesische Revolution von 1974 eindämmen. Dann aber kam ein dreifacher Schock für die US-Hegemonie. Der revolutionäre Sturz der iranischen Monarchie 1979 zerstörte plötzlich eine Bastion der US-Strategie im Nahen Osten (die andere war und bleibt bis heute Israel), als militante Islamisten die US-Botschaft besetzten und ihre Beamten als Geiseln nahmen. Aufständische der Sandinistenbewegung vertrieben den US-freundlichen Diktator Nicaraguas, errichteten ein anti-imperialistisches Regime und inspirierten Guerillabewegungen im benachbarten El Salvador und Guatemala. Und russische Truppen fielen in Afghanistan ein, um gegen den wachsenden Widerstand der Bevölkerung eine russlandfreundliche Regierung an der Macht zu halten.

Diesen Schocks folgte ein weiterer an der Wirtschaftsfront, nämlich die zweite internationale Rezession innerhalb von fünf Jahren und damit verbunden der zunehmende Erfolg japanischer Konzerne bei der Herausforderung des US-Kapitalismus auf eigenem Boden, als japanische Autohersteller begannen, Anteile an den US-Riesen Ford und General Motors zu kaufen, während ein dritter US-Autoriese, Chrysler, nur durch Regierungsintervention (und den Verkauf seiner europäischen Tochterunternehmen) vor dem Bankrott gerettet werden konnte.

Solche Ereignisse unterstrichen die weitgehende Unfähigkeit der US-Hegemonie, sich von der Niederlage in Vietnam zu erholen, und trieben ihre Führer an, eine neue Strategie einzuschlagen – zunächst zögerlich unter Carter und dann mit Begeisterung unter Reagan. Es handelte sich um eine Rückkehr zur Strategie des »Kalten-Kriegs-Imperialismus« der Konfrontation gegen die UdSSR – und damit um den Versuch, die anderen Westmächte zur Anerkennung der US-amerikanischen Tagesordnung auf anderen strategischen, politischen und wirtschaftlichen Fronten zu zwingen.

Diese Strategie beinhaltete eine Reihe von Elementen:

- (i) Die Umkehrung der seit einem Jahrzehnt verfolgten Senkung der Rüstungsausgaben, bis diese wieder dieselbe reale Höhe (wenn auch nicht als Anteil am BSP) wie zur Hochphase des Vietnamkriegs erreichten, und der Einsatz neuer Waffensysteme – die Cruise Missiles und Pershingraketen. Das Ziel war, die Herrscher der UdSSR vor die Wahl zu stellen: Akzeptiert die strategische Übermacht der USA in allen Bereichen (einschließlich der Fähig-

keit, atomare »Erstschläge« und »begrenzte Kriege« zu führen), oder erhöht die Rüstungsausgaben so, dass sie eure eigene Wirtschaft ruinieren. Dies entsprach in jeder Hinsicht dem »Bucharin'schen Modell« der imperialistischen Konkurrenz.

- (ii) Waffenlieferungen im großen Stil, logistische Unterstützung und Hilfe bei der Rekrutierung von Kämpfern für den afghanischen Widerstand (organisiert über die saudi-arabische Regierung, Pakistans militärischen Nachrichtendienst und den saudischen Milliardär Ussama Bin Laden), um die sowjetischen Streitkräfte auszubluten und zu demoralisieren, ähnlich wie die vietnamesische Befreiungsbewegung die US-Streitkräfte ein Jahrzehnt zuvor demoralisiert hatte.
- (iii) Der Aufbau terroristischer Kräfte, der Contras, um die Sandinistenregierung in Nicaragua zu untergraben, und die Bereitstellung von Militärhilfe und Ausbildung in den Methoden der »Aufstands-bekämpfung« – wie sie in Vietnam angewandt worden waren – für rechte regierungnahe Kräfte in ihrem Kampf gegen Guerillaufstände in El Salvador und Guatemala.
- (iv) Das Ausnutzen der wachsenden Kalter-Kriegs-Spannungen, um die europäischen Regierungen unter Druck zu setzen, eine neue Generation von US-Waffen zu akzeptieren, und die größeren strategischen und wirtschaftlichen Ziele der USA zu unterstützen, wozu sie während des Vietnamkriegs nicht alle bereit gewesen waren.
- (v) Die Wiederherstellung der dominierenden US-Position im Weltfinanzsystem durch Ausnutzung der finanziellen Instabilität infolge fluktuierender Ölpreise und der Bedrohung des Weltbankensystems durch die plötzliche Zahlungsunfähigkeit von »Schwellenländern«, die noch Mitte der 1970er Jahre große Kredite aufgenommen hatten. Der US-Finanzminister Brady lenkte die Schuldenverhandlungen sehr geschickt. Das Ergebnis schützte die US-Banken, indem die Lasten auf die Regierungen der Nehmerländer abgewälzt wurden (selbst wenn, wie in Chile der Fall, es sich um private Kreditaufnahmen handelte), und letztere für US-Exporte und Investitionen durch die Strukturanpassungsprogramme des IWF aufgebrochen wurden. Unterdessen nutzte die herrschende Klasse der USA die Privilegien, über die keine andere herrschende Klasse verfügte, nämlich die Schlüsselstellung des Dollars im Welthandel,

die es ihr ermöglichte billige Kredite selbst bei nicht ausgeglichenen Bilanzen aufzunehmen.<sup>104</sup>

Dieser »Neue Kalte Krieg« stellte eine neue Phase des militarisierten Kapitalismus – des Imperialismus – dar, der verschiedene politische und ökonomische Elemente zusammenführte. Er war nicht einfach angetrieben durch Profite aus Auslandsinvestitionen oder -handel – diese überstiegen niemals die Kosten der Rüstungsausgaben, und die Märkte, die sie öffneten, waren aus der Sicht des US-Kapitals als Ganzem meistens ohne große Bedeutung. Er wurde auch nicht einfach angetrieben durch den Bonus für die Waffenhersteller (woraus, wie die *Fortune*-Tabelle oben zeigt, vor allem die Großkonzerne Nutzen zogen). Sondern die verschiedenen Faktoren wirkten zusammen, es entstand ein positiver Kreislauf, in dem die Wirtschaft insgesamt durch Rüstungsausgaben wuchs (Wirtschaftswissenschaftler schrieben zu dieser Zeit vom »militärischen Keynesianismus«): Schlüsselkonzerne entwickelten neue Technologien, die von der Armee finanziert wurden; es gab eine Öffnung nützlicher wenn auch nicht zentraler neuer Märkte und zunehmende Kontrolle über Wirtschaftsanlagen im Ausland, und das internationale Finanzsystem wurde im Interesse der USA manipuliert.

Durch diese Synergien war es der US-Wirtschaft möglich, von 1982 an zu wachsen, und mit Hilfe von Zinssenkungen durch die amerikanische Bundesbank weiterhin zu wachsen, selbst nach dem großen weltweiten Aktienkursverfall im Oktober 1987. Mit der Umstrukturierung der Industrie und dem Sinken der Reallöhne erholten sich die Profitraten – allerdings nur auf das Niveau von Anfang der 1970er und nicht auf das viel höhere Niveau der 1950er Jahre. Zum wirtschaftlichen Fortschritt gesellte sich der Sieg an der strategischen Front. Die Kosten für das Schritthalten mit den USA brachen der UdSSR das Genick. Sie musste Osteuropa 1989 angesichts von Volksunruhen aufgeben und zerfiel 1991 selbst. Der Kalte Krieg schien gewonnen zu sein, und die Wirtschaft war wiederbelebt worden.

So jedenfalls sah es die neue Riege neokonservativer Ideologen, die in der Reaganregierung (1983–1988) mittlere Positionen besetzten. Wenn es nach ihnen ging, sollten die USA im Gegensatz zu früher viel eher bereit sein, Gewalt, notfalls auch atomare, anzuwenden, um ihre Ziele zu

---

<sup>104</sup> Dieser Prozess wird sehr gut im ersten Teil von P. Gowan, *The Global Gamble*, London und New York 1999, S. 3–240, beschrieben. Er neigt jedoch dazu, alles als Planungen von US-Regierungen zu sehen, statt als ihre Reaktion auf unvorhergesehene Veränderungen im Weltsystem.

erreichen. Nixon habe den Fehler gemacht, dies in Vietnam nicht zu tun, hieß es. Sie konnten eine Rolle beim Vorantreiben des neuen Imperialismus spielen, besonders in Zentralamerika, wo sie entgegen Kongressentscheidungen den Aufbau der Contras und der Todesschwadronen forcierten. Die Gelder dafür beschafften sie durch Waffen- und Drogenschmuggel. Aber ihre Zeit war noch nicht gekommen.

Trotz der Kriegslust der Reaganregierung wurden US-Truppen selten direkt in den Kampf geschickt. Sie wurden 1983 gegen die kleine karibische Insel Grenada eingesetzt, erfolglos im Libanon 1986 (von wo sie sich nach zwei Bombenangriffen zurückzogen) und unter Bush sen., um 1989 die Regierung des ehemaligen CIA-Schützlings Noriega in Panama zu stürzen. Aber die Erinnerung an Vietnam schloss einen größeren Einsatz immer noch aus. Die herrschende Klasse der USA stützte sich für die Drecksarbeit auf andere – die örtlichen herrschenden Klassen in Lateinamerika, den Diktator Suharto in Indonesien, die weißen Südafrikaner und den Diktator Mobutu in Afrika, auf Israel und Saudi-Arabien im Nahen Osten. Diese Vorgehensweise beinhaltete, den Diktator Saddam Hussein als Rammbock gegen den Iran zu unterstützen und die Kooperation mit Frankreich und Deutschland wie auch Großbritannien in Europa zu betonen, weil die Europäische Union als Mittel zur Stabilisierung der Region unter US-Vorherrschaft gesehen wurde.<sup>105</sup>

Zudem gab es sogar noch vor dem Zusammenbruch des Ostblocks eine Tendenz, sich von der aggressiven Strategie abzuwenden. Der berühmte »Waldspaziergang« Reagans und des neuen russischen Staatschefs Gorbatschow 1987 führte zu neuen Vorschlägen zur Rüstungsbeschränkung, dem Raketenabzug aus Europa und einer neuen Phase der Senkung von Rüstungsausgaben sowohl in realen Geldwerten als auch gemessen am BIP. Die Tendenz bekam unter Bush sen. (1989–1992) und der ersten Clintonregierung (1993–1996) deutlichere Konturen.

## Das Scheitern zweier Strategien

Das war keine zufällige Kehrtwende. Die Politik des zweiten Kalten Krieges hatte aus der Sicht des US-Kapitalismus einen entscheidenden Fehler. Sie zielte darauf ab, die UdSSR in die Knie zu zwingen und Bedrohungen

---

<sup>105</sup> Siehe zum Beispiel H. Kissinger, *Die Vernunft der Nationen: Über das Wesen der Außenpolitik*, München 1996, und Z. Brzezinski, *The Geostategic Triangle*, Washington 2001

in der Dritten Welt abzuwehren. Aber all dies trug nur wenig dazu bei, mit den Problemen in den wichtigsten Teilen des Weltkapitalismus – der »Triade« aus Europa, Japan und Nordamerika, wo der größte Teil des Mehrwerts geschaffen wurde – fertig zu werden.

Der »militärische Keynesianismus« brachte die US-Wirtschaft auf Wachstumskurs, aber nicht so schnell wie in den anderen kapitalistischen Mächten, die vom US-Markt profitierten. Um 1992 konnte ein US-Kongress sorgenvoll voraussagen, dass Japan die USA innerhalb von zwölf Jahren überholen würde. Trotz der Erfolge der US-Außenpolitik war die US-Wirtschaft zunehmend von Auslandskrediten abhängig, um ihre »Doppeldefizite« – im Bundeshaushalt und der Zahlungsbilanz – zu bewältigen. George Bush sen. musste sein Wahlversprechen »Lest es von meinen Lippen, keine neuen Steuern« brechen beim Versuch, das Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen – und verlor teilweise deshalb 1992 die Wahl an Bill Clinton. Clintons ernsthafterer Versuch, das Defizit anzugehen, beinhaltete notwendigerweise die Verringerung des Anteils nationaler Ressourcen, die in die Rüstung flossen.

Gleichzeitig entstanden mit dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 und dem Auseinanderfallen der UdSSR 1991 neue instabile Gebiete und Veränderungen im globalen Kräfteverhältnis, die nicht immer automatisch zu Gunsten der US-Interessen ausfielen. In Europa glaubten die meisten Kommentatoren damals, dass Westdeutschland der größte Nutznießer sein würde. Von dem ohnehin beherrschenden Industriestaat auf dem europäischen Festland wurde angenommen, dass er mit der Einverleibung Ostdeutschlands wirtschaftlich expandieren und größeren strategischen Einfluss gewinnen würde. Unterdessen konnte am anderen Ende Eurasiens China, das sich einer jährlichen Wirtschaftswachstumsrate von annähernd 10 Prozent erfreute, aus der enormen Schwächung seines Konkurrenten im Norden Nutzen ziehen, was ihm mehr Freiraum für eine international bestimmendere Rolle eröffnete.

Unter diesen Umständen verfolgten die US-Regierungen eine Politik der Abkommen mit Verbündeten und Konkurrenten: Sie schmiedeten ein Bündnis für den Golfkrieg von 1991 gegen Saddam Hussein – und sorgten dafür, dass er die Kontrolle über den Irak als Bollwerk gegen Instabilität und iranischen Einfluss in der Region behielt; sie legten der deutschen Wiedervereinigung kein Hindernis in den Weg und betonten die Rolle der Nato in Westeuropa; sie drängten die Israelis dazu, symbolische Zugeständnisse an die Palästinenser zu machen, und ließen dann den CIA die palästinensischen Sicherheitskräfte trainieren; unter der Schirmherrschaft

der Vereinten Nationen intervenierten sie in Somalia (was sich zu einem Fiasko entwickelte); und sie unterstützten die Jeltzin-Regierung in Russland moralisch und finanziell.

Das war keine Friedenspolitik. Ein realer Rückgang der Rüstungsausgaben bedeutete nicht den Verlust militärischer Stärke im Vergleich zur übrigen Welt – zum Ende des Jahrzehnts waren die Ausgaben der USA von 30 auf 35 Prozent der weltweiten Ausgaben gestiegen. Es hieß auch nicht, dass die USA das Interesse an neuen und noch tödlicheren Waffensystemen verloren hätten: Die »Kapitalintensität« der Rüstungsausgaben stieg weiterhin Mitte der 1990er Jahre – nach einem kurzen Rückgang Anfang des Jahrzehnts. Und in den 1990er Jahren wurde mehr in das Militär investiert als in den 1980ern. Es gab den Golfkrieg von 1991, das militärische Abenteuer in Somalia 1993, die Bombardierung Serbiens 1995, um einen US-Plan für Bosnien durchzusetzen, die Militärhilfe für die kolumbianische Regierung, und dann den großen Krieg gegen Serbien 1999.

Es gab auch den Beginn einer Wende vom Bündnisaufbau mit europäischen Mächten und Russland hin zu einer Politik, die sich als teilweise gegen sie gerichtet interpretieren ließ. Das galt besonders, nachdem Brzezinskis Schützling Madeleine Albright in Clintons zweiter Amtszeit die Verantwortung für die Außenpolitik übernahm. Die USA drängten auf Erweiterung der Nato um die osteuropäischen Staaten. Sie machten erste Schritte, um ehemalige Sowjetrepubliken wie Georgien und Aserbaidschan in ihren Machtbereich zu ziehen, und sie spielten eine viel aktivere Rolle im ehemaligen Jugoslawien. Diese Schritte konnten als Untergrabung des russischen Einflusses verstanden werden, aber auch als Versuch, die europäischen Mächte einzukreisen und dem chinesischen Einfluss am anderen Ende Eurasiens zu begegnen. Brzezinski selbst sagte, dass »die Aufnahme dreier zentraleuropäischer Nationen in die Nato ein Problem löste, über das zu sprechen als »unhöflich« galt: die »unverhältnismäßige Macht« Deutschlands.«<sup>106</sup>

Aber allein die Tatsache, dass diese Schritte unternommen wurden, deutete auf wachsendes Unbehagen hinsichtlich der Fähigkeit der USA, in der Zeit nach dem Kalten Krieg so zu dominieren wie im vorhergehenden halben Jahrhundert. Diejenigen, die den US-Imperialismus durch die Vietnamjahre und die Zeit danach geführt hatten, verstanden die Schwierigkeiten, glaubten jedoch, die USA hätten keine andere Wahl, als einen

---

<sup>106</sup> J. Perlez, »Blunt Reason For Enlarging NATO: Curbs On Germany«, *New York Times*, 7. Dezember 1997

bestimmten Verlust der alten Stärke hinzunehmen. Kissinger war in dieser Frage ausgesprochen unverblümt:

Nach dem Kalten Krieg hingegen sind die Vereinigten Staaten die einzige verbleibende Supermacht, die im Stande ist, in jedem Teil der Welt einzugreifen. Doch die Macht ist heute breiter gestreut, die Zahl der Streiffälle, für die militärische Stärke von Bedeutung ist, hat sich verringert [...] Das Ende des Kalten Krieges hat etwas hervorgebracht, was Beobachter eine »unipolare« oder »One Superpower«-Welt nennen. Gleichwohl befinden sich die Vereinigten Staaten zurzeit keineswegs in einem höheren Grade in der Lage, die internationale Tagesordnung zu bestimmen, als zu Beginn des Kalten Kriegs [...] Amerika wird sich einer wirtschaftlichen Konkurrenz stellen müssen, die es während des Kalten Kriegs nicht gegeben hat.<sup>107</sup>

Die USA, argumentierte er, könnten ihre Ziele nur durch Diplomatie zur Erhaltung eines »Kräftegleichgewichts« in Eurasien erreichen. »Und nach wie vor ist die Beherrschung einer der beiden Hauptsphären Eurasiens – Europas also und Asiens – durch eine einzige Macht eine gute Definition für die strategische Gefahr, der sich die Vereinigten Staaten einmal gegenübersehen könnten [...] Denn ein solcher Zusammenschluss wäre im Stande, die USA wirtschaftlich und letztlich auch militärisch zu überflügeln, eine Gefahr, der es selbst dann entgegenzutreten gälte, wenn die dominante Macht offenkundig freundlich gesinnt wäre.«<sup>108</sup> Probleme könnten entstehen, weil »Europa in den vor uns liegenden Jahren nicht mehr das alte Bedürfnis nach amerikanischem Schutz verspüren und seine wirtschaftlichen Interessen weitaus aggressiver verfolgen wird.«<sup>109</sup> Schließlich, stellte er fest, ist »China auf dem besten Weg, eine Supermacht zu werden. Mit einer Wachstumsrate von 8 Prozent – weniger als es noch in den achtziger Jahren aufrechterhielt – wird das chinesische Bruttosozialprodukt sich gegen Ende des zweiten Jahrzehnts des kommenden Jahrhunderts dem amerikanischen nähern. Doch schon lange vorher wird China [...] politisch und militärisch seinen Schatten über Asien werfen.«<sup>110</sup>

Kissinger beschrieb in Wirklichkeit eine Welt konkurrierender Imperialismen, gekennzeichnet durch quer verlaufende wirtschaftliche und militärische Rivalitäten, mit denen viel schwieriger umzugehen war als mit dem alten »bipolaren« Modell, das den Kalten Krieg charakterisiert hatte.

---

<sup>107</sup> Kissinger, a.a.O., S. 895–900

<sup>108</sup> Ebd., S. 901

<sup>109</sup> Ebd., S. 914

<sup>110</sup> Ebd., S. 920

Für Brzezinski lag das Problem ähnlich, obwohl er nicht immer dieselben Schlussfolgerungen zog. Es gab eine »geostrategische Triade« aus den USA, Europa und China. Den Einfluss der USA zu erhalten, erforderte Kooperation mit den beiden anderen Mächten, aber gleichzeitig auch, sie in Schach zu halten. »China ist bereits ein wichtiger Regionalspieler, wenn auch noch nicht stark genug, um Amerikas Weltvorrangstellung oder auch nur seine Überlegenheit in der Fernostregion anzugreifen [...] China kann bei einem lokalen Konflikt in Fernost, wenn lebenswichtige chinesische aber nur unbedeutende amerikanische Interessen berührt sind, für Amerika unannehmbare Kosten verursachen.«<sup>111</sup>

Die Bevölkerung der Europäischen Union, erklärte er, übersteige die der USA jetzt um ein Drittel, und das BIP der EU sei fast gleich groß. Sie nehme auch bezogen auf Russland und China auf dem eurasischen Kontinent eine strategische Schlüsselposition ein:

Das transatlantische Bündnis ist Amerikas wichtigste globale Einrichtung. Es ist das Sprungbrett für die globale Mitwirkung der USA, weil es Amerika ermöglicht, die entscheidende Rolle des Schiedsrichters in Eurasien zu spielen – im wichtigsten Machtbereich der Welt [...] Längerfristig [...] würde ein politisch vereintes Europa eine Veränderung in der weltweiten Machtverteilung mit sich bringen mit genauso weitreichenden Folgen wie nach dem Zusammenbruch des Sowjetreiches [...] Die Auswirkungen solch eines Europas auf Amerikas eigene Position in der Welt und das eurasische Kräftegleichgewicht wären enorm [...] und würden unvermeidlich ernsthafte transatlantische Spannungen in beide Richtungen erzeugen.<sup>112</sup>

Bei dieser Diagnose machten die Ausdehnung der Nato und die Einbeziehung der Sowjetrepubliken Sinn, da sie einen zwischen der Europäischen Union, Russland und China liegenden Territorial- und Interessensgürtel an die USA bindeten. Brzezinski war jedoch darauf bedacht, die positiven Faktoren aus der Sicht der USA zu betonen. Ein vereintes Europa sei noch lange nicht absehbar aufgrund der widersprüchlichen Interessen seiner einzelnen Staaten, und ihre Interessen bänden einige sehr eng an die USA: »Gegenwärtig ist Europa [...] de facto ein militärisches Protektorat der USA [...] Es ist unwahrscheinlich, dass Europa in der Lage sein wird, die militärische Lücke zu den USA in naher Zukunft zu schließen.«<sup>113</sup>

---

<sup>111</sup> Z. Brzezinski, a.a.O., S. 4

<sup>112</sup> Ebd., S. 29

<sup>113</sup> Ebd., S. 31

Die Schlussfolgerungen, die er aus dieser Analyse zog, lauteten, dass die USA auf diplomatischer Ebene mit mehr Nachdruck auftreten sollten, um so eine Grenzlinie zu ziehen, ohne die Beziehungen abubrechen. Dies war die Politik, die die Clintonregierung mit ihrer Außenpolitikerin Madeleine Albright zunehmend verfolgte. Das Vorgehen im ehemaligen Jugoslawien war ein Musterbeispiel dafür. Deutschland, durch die Wiedervereinigung zu einer unabhängigeren Außenpolitik ermutigt, hatte die Auflösung des alten jugoslawischen Bundesstaates gefördert, indem es Kroatiens Unabhängigkeit zu einer Zeit anerkannte, als die USA und Großbritannien das Land immer noch zusammenhalten wollten. Aber die europäischen Mächte waren dann völlig unfähig, die Situation vor ihrer eigenen Haustür zu stabilisieren. Zwei Einsätze der US-Armee – die Bombardierung der Serben und das Dayton-Abkommen 1995 und dann der Krieg gegen Serbien 1999 – waren erforderlich, um ein Maß an Ordnung in das Gebiet zu bringen. Aus ihrer Sicht hatte die US-Regierung den europäischen Mächten eindeutig bewiesen, dass sie die US-Streitkräfte benötigten, um ihr eigenes Haus in Ordnung zu halten.

Das würde aber kaum ausreichen, um die Europäer dazu zu bewegen, sich in jeder Verhandlungsrunde zu Handelsfragen, Investitionen oder geistigem Eigentum den USA zu beugen. Die USA hatten immer noch keinen Weg gefunden, aus ihrer militärischen Macht auch ökonomisches Kapital zu schlagen. Weiterhin fühlten Teile ihrer herrschenden Klasse ein Unbehagen darüber, wohin diese Politik führen würde.

John J. Hamre schrieb in einer Einführung zu einer von Brzezinskis Schriften:

Ein nationaler Konsens darüber, wie die USA als »Hypermacht« die Welt lenken sollten, ist immer noch nicht in Sicht [...] Der Mangel eines breiten Konsenses bot und bietet besonderen Interessengruppen große Gelegenheit, die eigenen Prioritäten dem politischen Entscheidungsprozess aufzudrücken [...] bei zunehmend auseinandergehenden Analysen zu Entwicklungen in der Welt [...] Keine übergreifende Theorie ist entstanden, keine umfassende Strategie hat erfolgreich zur Bildung eines politischen Konsenses beitragen können.<sup>114</sup>

Die Neokonservativen aus der ersten Reaganregierung vor 15 Jahren sahen nun ihre Chance, in die Offensive zu gehen.<sup>115</sup>

---

<sup>114</sup> Ebd., S. VIII

<sup>115</sup> Zur Kontinuität dieser Gruppe und die Entwicklung ihrer Vorschläge in den 1990ern siehe A. Callinicos, *Die neue Globalstrategie des amerikanischen Imperiums*, Frankfurt

## Das Projekt

Die Gruppe hatte eine übergreifende Theorie und begann sich zu organisieren, um wesentliche Teile des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Establishments der USA dafür zu gewinnen. Sie nutzten dafür ihre Ideenschmieden wie das »Projekt für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert« und die Heritage Foundation, ihre Zeitschrift, den *Weekly Standard*, und unzählige Reden und Artikel ihrer Hauptideologen William Kristol und Richard Perle. Ihr Ausgangspunkt war, dass die Politik unter Bush sen. und der Clinton-Regierung »in Scherben« lag – eine »Kernschmelze«. Der »Niedergang der amerikanischen Macht« könne nur gestoppt werden durch eine Rückkehr zur »reaganschen« Politik, gestützt auf große Zuwächse im Rüstungshaushalt, den Aufbau eines »Raketenabwehrsystems« und ein Vorgehen gegen »Bedrohungen« durch »Diktaturen« in China, Serbien, Irak, Iran und Nordkorea.<sup>116</sup> »Nachdem die USA den Westen zum Sieg im Kalten Krieg geführt haben, stehen sie vor einer Chance und einer Herausforderung. Wir laufen Gefahr, die Chance zu verpassen und uns der Herausforderung nicht zu stellen.«<sup>117</sup> So lautete eine Erklärung, die unter anderem von Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Elliott Abrams, Jeb Bush, Dick Cheney, Donald Kagan, Zalmay Khalilzad und Dan Quayle unterzeichnet war. Eine andere Erklärung von 1998 betonte die strategischen Erfordernisse, besonders gegen den Irak vorzugehen, weil sonst »unsere Freunde und Verbündeten im Nahen Osten und in Europa sehr bald Opfer der Einschüchterung durch eine irakische Regierung sein werden, die entschlossen ist, den Nahen Osten und seine Ölreserven zu beherrschen.«<sup>118</sup>

Die Unterzeichner dieser Erklärung übernahmen führende Positionen in der US-Regierung, als der Oberste Gerichtshof George W. Bush den Sieg in den Wahlen von 2000 zusprach. Als der Wirtschaftsaufschwung in eine Rezession umschlug und die USA nach dem 11. September 2001 von »Terrorismus«-Panik überzogen wurden, gab es innerhalb der Regierung und im Kongress wenig Widerstand gegen ihre Agenda. Sie konnten große Zuwächse im Rüstungshaushalt durchsetzen, sowohl in Bezug auf reale Ausgaben als auch im Verhältnis zum BIP, um mit Höchstgeschwindigkeit das Raketenabwehrprogramm »Son of Star Wars« auf den Weg zu

---

am Main 2003.

<sup>116</sup> *Weekly Standard*, 7. September 1997

<sup>117</sup> Project for the New American Century, *Statement of Principle*, 7. Juni 1997

<sup>118</sup> Project for the New American Century, Brief vom 29. Mai 1998

bringen und den Krieg gegen Afghanistan zu entfesseln – während gleichzeitig massive Steuersenkungen für die Reichen eingeführt wurden. Es gab sogar Diskussionen in der Bushregierung, den Irak unmittelbar nach dem 11. September anzugreifen, entschieden wurde jedoch, dass es taktisch klüger wäre, zunächst das einfache, weniger teure Ziel anzu-gehen. Auf diese Weise sollte das Ausmaß der US-Macht sichtbar, die öffentliche Meinung innerhalb der USA auf Krieg eingestellt und der strategische Einfluss in Zentralasien gestärkt werden.

All das stellte eine scharfe Wendung in der US-Politik dar. Von der letzten Hälfte der Clintonpräsidentschaft führte ein roter Faden hierhin,<sup>119</sup> aber nach dem 11. September schlug Quantität in Qualität um. Einige Gegner der Neokonservativen betrachteten die Ereignisse als regelrechten Putsch durch eine »intrigante Clique« mit »geisteskranker« Politik. Ihre bombastische Rhetorik und aggressiven Kriege sind jedoch der Ausdruck leidenschaftlicher Unterstützung des in den USA beheimateten Teils des Weltkapitalismus, reale Probleme zu lösen – so wie die kolonialistischen Fantasien und die rassistische Rhetorik von Leuten wie Cecil Rhodes, der die Aufteilung Afrikas in den 1890er Jahren betrieb, die Bedürfnisse ihrer kapitalistischen Klasse ausdrückten.

## Der neue Imperialismus und die US-Wirtschaft heute

Das Ausmaß der Probleme, vor denen die US-Wirtschaft stand, wurde gerade in dem Moment deutlich, als die Neokonservativen ins Weiße Haus einzogen. Sie hatte sich von der Rezession Anfang der 1990er Jahre erholt und war zum Ende des Jahrzehnts um rund 40 Prozent gewachsen, kaum berührt von der Rezession im Jahr 1997, die in Asien begann und dann Russland und Lateinamerika erfasste. 1999 sprachen fast alle Wirtschaftswissenschaftler von einem »neuen Wirtschaftsparadigma«, was für die USA ein Ende des Konjunkturzyklus von Aufschwung und Krise bedeuten sollte, im Gegensatz zu Japan, das sich fast ständig in einer Rezession befand, und Deutschland, dessen Wirtschaft nur langsam wuchs.

Aber die Hochkonjunktur brach plötzlich in den Monaten vor dem 11. September ein, und es kam heraus, dass US-Konzerne ihre Profite um bis zu 50 Prozent übertrieben hatten. Im Mittelpunkt der Probleme stand eine

---

<sup>119</sup> Der Anteil der Demokraten, die für erhöhte Rüstungsausgaben stimmten, verdoppelte sich von 1993 bis 1998, obwohl er niedriger blieb als bei den Republikanern; siehe Grafik unter: [www.albany.edu/~fordham/dec12.pdf](http://www.albany.edu/~fordham/dec12.pdf)

zunehmende Abhängigkeit von der übrigen Welt. Das Defizit aus dem internationalen Handel hatte sich nicht aufgelöst. Fortschritte der USA in bestimmten wichtigen Industrien (besonders Computer und Software) hatten die überwältigende Führungsrolle, die sie einmal innehatten, nicht wieder hergestellt. Kapitalausgaben pro Arbeitskraft und Produktivität pro Arbeitsstunde lagen hinter denen Frankreichs und Deutschlands. Die Produktivität pro Arbeitskraft blieb nur deswegen höher, weil das Arbeitsjahr um 25 Prozent länger war. Die Binnenwirtschaft der USA stützte sich auf das Einströmen von Geldern aus dem Ausland, die 1999 jährlich rund 300 Milliarden Dollar erreichten. Die kumulative Summe betrug ganze 2.500 Milliarden Dollar.

Auslandsgelder flossen weiterhin in die USA, sogar noch, als 2001 die Rezession endgültig einsetzte und die Aktienkurse unaufhaltsam auf etwa die Hälfte ihres früheren Niveaus fielen. Trotz der geringen Profite schien die USA ein sichererer Ort für Investitionen zu sein in Zeiten internationaler Instabilität um den 11. September und die Afghanistan- und Irakkriege.<sup>120</sup> Aber das Risiko einer plötzlichen Umkehrung dieses Trends, wodurch die US-Wirtschaft in große Schwierigkeiten geraten konnte, blieb aktuell. Ein Vierteljahrhundert wachsender internationaler Bewegungen von Kapital, Investitionen, Handel und Produktion machten den US-Kapitalismus anfällig für Ereignisse außerhalb seiner Grenzen. Seine großen multinationalen Konzerne brauchten eine Politik, die die Macht des US-Staats in die Lage versetzte, solche Ereignisse zu kontrollieren. Der neue Imperialismus der neokonservativen »Clique« versuchte diese anzubieten.

Ein wichtiger Punkt sprach für diese Politik: Die Rüstungsausgaben 2002 in Höhe von 396 Milliarden Dollar überstiegen die Europas, Japans und Russlands zusammen. Zugleich lagen sie deutlich unter den jährlich einströmenden Auslandsgeldern, die sich inzwischen auf etwa 500 Milliarden Dollar summierten. Martin Wolf von der *Financial Times* formulierte es so: »Das Handelsbilanzdefizit der USA ist 50 Prozent größer als seine Rüstungsausgaben [...] Die Welt zahlt indirekt für das Ausüben der US-Macht.«<sup>121</sup>

Die größte Quelle für Auslandsgelder, die in die USA fließen, ist Asien mit etwa 40 Prozent (die Hälfte aus Japan). Danach folgt Europa mit mehr als einem Fünftel (weniger als die Hälfte aus dem Euro-Gebiet).<sup>122</sup>

---

<sup>120</sup> Zur Nettokreditvergabe von Ausländern an die USA siehe die Grafik in der *Financial Times*, 19. Februar 2003.

<sup>121</sup> M. Wolf, *Financial Times*, 19. Februar 2003

<sup>122</sup> Ebd.

Tatsächlich liehen Investoren in Japan und in geringerem Ausmaß Europa, obwohl sie es nicht merkten, den USA das Geld, mit dem diese ihre globale militärische Überlegenheit aufrechterhielten. Diese Überlegenheit war ein Faktor, warum die USA Investoren aus Ostasien und anderen Gegenden als »sicherer« Hafen in turbulenten Zeiten erschien, was ihre Regierungen ermutigte, große Dollarmengen (oder in Dollar notierte Wertpapiere) zu halten, womit sie die nötigen Mittel für Firmen und Konsumenten in den USA für den Kauf von mehr Waren aus der übrigen Welt zur Verfügung stellten. Es war ein positiver Kreislauf, durch den der US-Kapitalismus zumindest vorläufig die Situation bewältigen konnte.

Um noch größeren Nutzen aus diesem Kreislauf zu ziehen, verfolgten die Neokonservativen eine Politik der Ausdehnung der militärischen Dimension. Erweiterte Rüstungsausgaben und massive Kürzungen zugunsten der Reichen sollten die USA aus der Rezession ziehen, so wie der »Militär-Keynesianismus« Reagans es zwei Jahrzehnte zuvor getan hatte. Und die erweiterten militärischen Fähigkeiten sollten sicherstellen, dass die übrige Welt eine Politik hinnahm, die den US-Konzernen nutzte – Anerkennung der US-Regeln zu Patenten und »geistigem Eigentum«, die so wesentlich für die Software- und Pharmakonzerne sind, die Festlegung der weltweiten Ölpreise im Interesse der USA, die fortgesetzte Beherrschung des internationalen Waffenhandels durch US-Firmen und die Öffnung von Auslandsmärkten für US-Produkte. Das Dokument »Vision für 2020« des US-Space-Command, des Weltraumkommandos, hatte schließlich die militärischen Anstrengungen der USA damit verglichen, wie »vor Jahrhunderten Nationen ihre Kriegsmarine aufbauten, um ihren Handel zu schützen und zu fördern«.<sup>123</sup>

Die Handelsgewinne würden jedoch die erhöhten Rüstungsausgaben für die gesamte herrschende Klasse der USA – im Gegensatz zu einer Minderheit unter ihr – nicht begründen können. Das gesamte Außenhandelseinkommen der US-Konzerne betrug 1991 nur 281 Milliarden Dollar – etwa 100 Milliarden Dollar weniger als der Rüstungsetat. Selbst wenn die Profite aus 900 Milliarden Dollar an Exporten hinzugerechnet würden, rechtfertigten die Summen keine Ausgaben von 400 Milliarden für Rüstung, ganz zu schweigen von der beträchtlichen Erhöhung im Laufe der folgenden Jahre. Es konnte jedoch Sinn machen, wenn erweiterte Rüstungsausgaben aus der Rezession führten, weitere militärische Zuwendun-

---

<sup>123</sup> Das Dokument kann eingesehen werden unter:  
[scienceforpeace.sa.utoronto.ca/New\\_NOOS/Presentations/visbook.pdf](http://scienceforpeace.sa.utoronto.ca/New_NOOS/Presentations/visbook.pdf)

gen zur Finanzierung des technologischen Fortschritts an Computer-, Software- oder Flugzeugkonzerne flossen und es möglich wurde, zunehmend die Politik anderer herrschender Klassen zu diktieren – und wenn all dies durch noch größere Investitionsströme in die USA finanziert wurde, während sie ihre überwältigende Macht vorführten. Die Strategie lief auf den Glauben hinaus, dass die USA den Verlust ihrer alten Führung in der Marktkonkurrenz mehr als wettmachen konnten durch den Einsatz des einzigen Mittels, das den anderen nicht zur Verfügung steht – militärischer Macht.

Der Krieg gegen den Irak fügte sich in dieses Muster, weil er die Gelegenheit bot, die schiere militärische Übermacht der USA zu demonstrieren und ihre Kontrolle über den Weltrohstoff Nummer eins zu erhöhen. A. J. Chien stellte fest:

Das Interesse an Öl hat [...] viele Facetten. Es geht nicht nur um die Profitmaximierung für Ölkonzerne. Wichtiger ist die Maximierung der Kontrolle durch die USA, was eine Reihe von Vorteilen mit sich bringt, einschließlich Profiten, die nicht aus dem Ölbereich stammen, und geopolitische Vorteile [...]. Man sollte nicht der allgemeinen Fehleinschätzung unterliegen, dass das vorrangige Interesse der USA niedrigen Ölpreisen gilt. Manchmal wollen wir hohe haben. Anfang der 1970er Jahre bevorzugte die Nixonregierung höhere Preise [...]. Der Grund dafür lag in der Auffassung, dass Japan und Europa, die von Energieimporten abhängiger sind als die USA, mehr unter höheren Preisen leiden würden [...]. Auch die Reaganregierung unterstützte 1986 höhere Rohölpreise [...]. Es geht nicht um Preise, sondern Kontrolle. Die saudische Diktatur tut, was wir wollen, aber die irakische Diktatur nicht. Das ist das Problem.<sup>124</sup>

Ian S. Lustick von der Pennsylvania-Universität, ein Analyst und Berater für Nahostpolitik in Vorgängerregierungen, argumentierte ähnlich:

Diese Kabale neokonservativer Krieger [...] setzt voll und ganz auf eine mit amerikanischen Streitkräften durchgesetzte neue Ordnung im Nahen Osten, verbunden mit ehrgeizigen Fantasien über die Demokratisierung der Region [...]. Beherrschung des Ölreichtums, Einrichtung großer, halbpermanenter Militärstützpunkte im Herzen der Region und die Beseitigung jeden Drucks auf Israel, sich aus dem Westjordanland und dem Gasstreifen zurückzuziehen [...]. Diese Fantasie, diese Vision [...] erforderte [...] einen Krieg zum Sturz Saddams und um die Kontrolle über den Irak, seine Ölfelder

---

<sup>124</sup> A. J. Chien, »Iraq: Is It About Oil?«, Z-Net, 13. Oktober 2002

und die damit verbundenen geopolitischen Vorteile. Der Wiederaufbau des Iraks ist ein Symbol [...] für die überwältigende Macht [...] der Vereinigten Staaten in der Welt nach dem Kalten Krieg [...], der unwiderlegbare Beweis für die Möglichkeiten und die Belohnung, die ein groß angelegter Unilateralismus zu bieten hat.<sup>125</sup>

Der Krieg gehörte somit zu einer umfassenderen Strategie des Einsatzes der amerikanischen Militärmacht, um einen über viele Jahre erlebten relativen ökonomischen Niedergang auszugleichen. Das Ziel bestand darin, die Weltvorherrschaft der USA so zu stärken, dass andere Länder die Politik der USA in Bezug auf IWF, Weltbank, Handelsabkommen durch die WTO akzeptieren – um dadurch die USA in die Lage zu versetzen, die übrigen herrschenden Klassen der Welt weiterhin für Defizite zahlen zu lassen, die jedenfalls zum Teil durch die Höhe der Rüstungsausgaben verursacht waren.

So formuliert, wird aber auch deutlich, wie sehr es sich tatsächlich um ein Wagnis handelte.

Die Logik zunehmender Ausgaben für den Aufbau einer Militärmacht zur Erringung der Vorherrschaft in anderen Bereichen, schafft Situationen, in denen Militärmacht – und die Tatsache, dass einer darüber verfügt und die anderen nicht – zählt. Dies ist das Szenarium eines »endlosen Kriegs«, gerechtfertigt durch das Gerede vom Kampf gegen »Terror« und »Schurkenstaaten«. Das wiederum konfrontiert die USA mit dem Problem, sich jeder Herausforderung an ihre Hegemonie stellen zu müssen, ob es taktisch klug ist oder nicht, weil sie sonst auf der Weltbühne als schwach angesehen werden könnten. Wie die Logik des Kampfes in Afghanistan den Krieg gegen den Irak nach sich zog, so führt die Logik des militärischen Erfolgs im Irak zu Drohungen gegen Iran, Syrien und Nordkorea heute, morgen vielleicht Venezuela oder Kuba, und schließlich sogar China, wenn sie sich den Forderungen der USA nicht beugen.

Dieses Risikospiele beseitigt aber nicht das Kernproblem – das Ausmaß, in dem die Abhängigkeit von ausländischen Finanzströmen in die USA möglicherweise große Instabilität schafft. Es ist nicht schwierig, sich Szenarien vorzustellen, in denen Investoren anderer Länder ihre Gelder aus den USA zurückziehen und damit einen Teufelskreis in Gang setzen, in dem ein Wertverfall des Dollars weitere Länder veranlasst, ihre Gelder in scheinbar sicherere Häfen zu verschieben. Wie der leidenschaftliche Ver-

---

<sup>125</sup> Unveröffentlichtes Manuskript, Middle East Policy Council, Thirty-First Capitol Hill Conference on US Middle East Policy, »In the Wake of War: Geo-Strategy, Terrorism, Oil Markets, and Domestic Politics«.

fechter des Kapitalismus, Martin Wolf, richtig beobachtete: »In militärischen Angelegenheiten können die USA unilateralistisch vorgehen. Aber die ökonomische Welt ist ihrem Wesen nach multilateral. Diejenigen, die an der Spitze der einzigen Supermacht der Welt stehen, täten gut daran, sich dieser potenziell schmerzhaften Tatsache zu erinnern.«<sup>126</sup> Es ist keineswegs sicher, dass Europa, Japan oder China sich dem Willen der USA im IWF oder in der WTO beugen werden, nur weil diese den Irak erober-ten.

Die »Kabale« ist, wie diejenigen, die die US-Politik vorher bestimmten, gefangen zwischen den Anforderungen des US-Kapitals, die Welt über seine Grenzen hinaus zu kontrollieren, und der Schwierigkeit, dies allein mit militärischen Mitteln zu erreichen.

## Die konkurrierenden Imperialismen

Die US-Politik, wie sie Kissinger oder Brzezinski oder das »Projekt« vertreten, gründet seit langer Zeit auf der Anerkennung auseinanderstrebender und häufig widerstreitender Interessen zwischen den Kapitalien verschiedener Länder. Je mehr die Kapitalien international vorgehen und versuchen, Kontrolle über ihre Grenzen hinaus auszuüben, umso bedeutender werden die Gegensätze und Konflikte. Gerade weil Kautsky vor 90 Jahren nicht in der Lage war, das zu erkennen, entwickelte er die Theorie über den Ultraimperialismus. Dieselbe Unfähigkeit kennzeichnet die Schriften derjenigen, die behaupten, dass Freihandel und Neoliberalismus heute Konflikte ausschließen – und derjenigen, die vom »Empire« im Singular sprechen, statt von Imperialismen im Plural.

Widerstreitende Interessen, die in Aufschwungzeiten übertüncht werden können, treten in Krisenzeiten plötzlich in schärferer Form wieder hervor. Wenn der Markt nur langsam wächst und die Profitraten weltweit fallen, muss jeder Versuch eines national gestützten Blocks multinationaler Konzerne, den Staat zum Schutz seiner internationalen Interessen einzusetzen, mit ebensolchen Versuchen anderer Blöcke zusammenprallen.

Die wechselseitige Verflechtung der nationalen Kapitalien hat einen viel höheren Grad erreicht als zur Zeit der Klassiker, die über den Imperialismus schrieben. Der Weltinvestitionsbericht aus dem Jahr 2000 stellt fest, dass die Auslandsdirektinvestitionen (FDI) »im Jahr 2000 einen Rekordstand von 1,3 Billionen Dollar erreichten [...] die globale Expan-

---

<sup>126</sup> M. Wolf, *Financial Times*, 19. Februar 2003

sion wurde durch 60.000 transnationale Konzerne mit über 800.000 ausländischen Tochtergesellschaften angekurbelt [...] 95 Prozent der weltweiten Ströme von FDIs und 90 Prozent der Wertpapiere fließen in die Top 30 Empfängerstaaten.«<sup>127</sup> Mitte der 1990er Jahre konnten einige Kommentatoren darauf verweisen, dass große Ökonomien immer noch weniger internationalisiert waren als vor 1914. Das ist vorbei. Auslandsdirektinvestitionen machen jetzt 15,9 Prozent des Welt-BIPs aus im Gegensatz zu 9 Prozent 1913, und Exporte betragen 22 Prozent des BIPs im Vergleich zu 8,7 Prozent.<sup>128</sup>

Aber die Güter- und Kapitalbewegungen von Land zu Land sind über den Globus nicht gleichmäßig verteilt. Sie fließen vorwiegend durch eine relativ kleine Zahl bestimmter Kanäle.

### *Europa*

- Große Kapitalbewegungen von Europa nach Nordamerika, und kleinere von den USA nach Europa.
- Erhebliche Kapitalbewegungen zwischen europäischen Ländern, die wichtiger sind, als die in die USA, mit der Ausnahme von Großbritannien.
- Bedeutende europäische Kapitalanlagen in Brasilien und anderen Gegenden Lateinamerikas.
- Bedeutende Kapitalströme aus Westeuropa nach Osteuropa – obwohl nur etwa 2 Prozent der weltweiten Kapitalströme dahin fließen.
- Bedeutende europäische Exporte nach Lateinamerika – diese sind etwas größer als die der USA in die südliche Mercosur-Region, betragen aber nur ein Viertel der von den USA nach Mexiko.

### *Japan*

- Große Finanzbewegungen von Japan in die USA, und kleinere Kapitalbewegungen nach Europa.
- Große Kapitalbewegungen von Japan nach Ost- und Südostasien.
- Zunehmende Kapitalströme von Japan nach Hongkong und China.
- Wachsende Importe aus Ost- und Südostasien.

### *Die Vereinigten Staaten*

---

<sup>127</sup> Konferenz der Vereinten Nationen zu Handel und Entwicklung, *World Investment Report 2001*, S. 10

<sup>128</sup> J. Burke und G. Epstein, S. 5

- Eine große Anhäufung von US-Anlagekapital in Europa (etwa die Hälfte der gesamten US-Auslandsinvestitionen).
- Fortgesetzte mittelgroße Kapitalströme aus den USA nach Europa.
- Wachsende US-Kapitalströme zur Küstenregion Chinas.
- Ein riesiges Handelsdefizit mit China auf Grund wachsender Exporte von China in die USA.
- Wachsende US-Kapitalströme nach Mexiko und Kanada und umgekehrt.
- Bedeutende Anhäufung von US-Anlagekapital in Südamerika.
- Die Bedeutung von Exporten nach Kanada und Lateinamerika (besonders Mexiko) für die USA, die etwa ein Viertel ihrer Gesamtexporte betragen.

*Zu diesem Bild muss hinzugefügt werden:*

- Die Abhängigkeit der USA von Importen zur Deckung der Hälfte ihres Ölbedarfs. Etwa zwei Drittel dieser Importe stammen aus Mexiko, Kanada, Venezuela, ein Drittel aus dem Nahen Osten.
- Die überwiegende Abhängigkeit Europas und Japans von Öl aus dem Nahen Osten.

Diese Fakten zeigen, dass es neben der Tendenz zur Globalisierung des Finanzwesens eine Tendenz zur Konzentration industrieller Produktionskomplexe in den drei entwickelten Regionen der Welt gibt – der »Triade« aus Nordamerika, Europa und Ostasien. Die Kapitalien der jeweiligen Region neigen dazu, ihre Interessen in bestimmten anderen Regionen der Welt zu ballen. Dies führt zu unterschiedlichen – und nicht selten widerstreitenden – internationalen Strategien der Großmächte.

*Westeuropa:* Die Europäische Union (EU) ist ein Versuch, die wechselseitige Verflechtung ihrer verschiedenen nationalen Kapitalismen in einen umfassenden Zusammenschluss zu verwandeln und eine einzige europäische kapitalistische Klasse mit einem Grundstaat zu schaffen, der ihre Interessen weltweit schützt. Dazu gehört der Versuch, unterschiedliche Interessen der alten nationalen kapitalistischen Klassen, besonders Frankreichs und Deutschlands, anzugleichen.

Die Hauptsorge des deutschen Kapitalismus gilt seinen mächtigen Industrien, deren Ausdehnung über nationale Grenzen hinweg vor allem in andere Teile des europäischen Festlands reicht. Deshalb streckt er seine Hand nach Osteuropa aus, einem Ort für moderne Industriean-

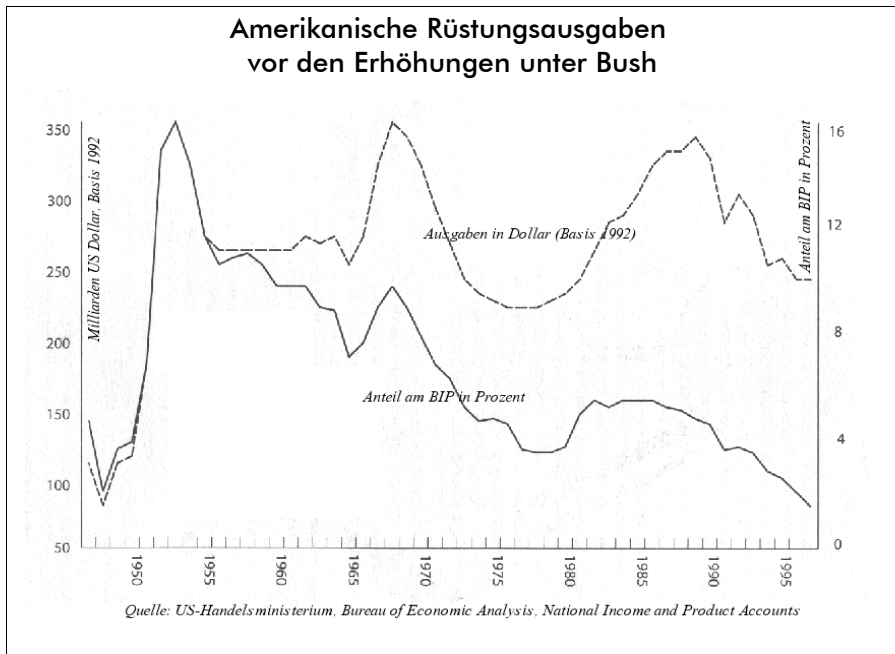
lagen mit relativ billigen, bereits ausgebildeten Arbeitskräften in der Nähe seiner bestehenden Anlagen und Märkte. Die Anliegen des französischen Kapitalismus sind breiter gefächert. Er verfügt über einen politisch wichtigen Landwirtschaftsbereich, hat Interessen in seinen ehemaligen Kolonien in Nord- und Westafrika, Ölverträge im Nahen Osten (Iran und, zumindest bis vor kurzem, Irak) und investiert zunehmend in den Dienstleistungsbereich Lateinamerikas. Während das Muster der deutschen Entwicklung Deutschland in den Osten drängt, muss Frankreich sich in den Regionen vom Atlantik bis zum Arabischen Meer behaupten – beides Gebiete, die die USA als wesentlich für ihre eigenen geostrategischen Interessen ansehen. Und ein Erfolg der französisch-deutschen Achse, den europäischen Kapitalismen größere Einheit aufzuzwingen, wäre eine potenzielle Herausforderung an die US-Beherrschung des Weltfinanzsystems – wenn zum Beispiel der Euro in eine dem Dollar gleichrangige internationale Reservewährung verwandelt würde.

Diese widersprüchlichen Interessen äußern sich auch an anderer Stelle. Als Teil der Strategie zur Befestigung ihrer globalen Hegemonie verstärken die USA ihr Eindringen in Lateinamerika durch die Einrichtung der Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA oder ALCA). Jedoch, obwohl Lateinamerika für US-Exporte weltweit das wichtigste Gebiet darstellt, hält ein EU-Dokument über die Mercosur-Länder (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay) fest: »Die EU ist vorrangiger Handels- und Investitionspartner in der Region. Der bilaterale Handel zwischen EU und Mercosur belief sich auf 48.498 Millionen Euro. Die EU ist von 1998 bis 2000 der wichtigste Investor mit 83 Milliarden Euro. Die USA sind zweiter Handels- und Investitionspartner von Mercosur [...] Der bilaterale Handel zwischen den USA und Mercosur im Jahr 2000 belief sich auf 44 Milliarden Euro.« Kein Wunder, dass in dem Dokument ergänzt wird: »Die neuliche Einrichtung der Nordamerikanischen Freihandelszone verdeutlicht die erheblichen Risiken, die die Schaffung von FTAA im Jahr 2005 beinhaltet, wenn dieser kein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mercosur vorausgeht.«<sup>129</sup>

Solche Interessenkonflikte erklären die diplomatischen Manöver in den Vereinten Nationen und andernorts im Vorfeld des Irakkriegs. Die Weigerung der USA, Zugeständnisse an Frankreich zu machen, wurde von konservativen französischen Politikern als Versuch gesehen, Frankreich aus

---

<sup>129</sup> Europäische Union, »Questions Related to Our Bi-regional Partnership with Latin America and the Caribbean« unter: [www.delbol.cec.eu.int/sp/documentos/cumbre\\_madrid/cumbre%20madrid%20preguntas.doc](http://www.delbol.cec.eu.int/sp/documentos/cumbre_madrid/cumbre%20madrid%20preguntas.doc)



einer Region auszuschließen, in der es für sich »legitime Interessen« sieht. Und dass die USA die Machthaber Osteuropas, Italiens und Spaniens wie auch Großbritanniens zu ihrer Unterstützung zusammentrommelten, bedeutete, den Fuß in Gebiete zu setzen, die traditionell bis zu einem bestimmten Grad unter deutschem Einfluss stehen. Bestimmte etablierte europäische Politiker ziehen wie der ehemalige französische Ministerpräsident Laurent Fabius die Schlussfolgerung: »Europa konnte sich in den USA kein Gehör verschaffen, weil es gespalten war und nicht über vereinigte Verteidigungskräfte verfügt.«<sup>130</sup> Andrew Moravcsik berichtet in der *Financial Times*: »Seit einigen Jahren schon finden Politiker die europäische Verteidigung unwiderstehlich [...] Die Logik ist verführerisch: Wenn die USA nur militärische Macht respektieren, dann wird ihnen eine europäische Armee sicher Respekt abnötigen.«<sup>131</sup>

Versuche, die europäischen Kapitalismen auf diese Weise zusammenzuschweißen, standen jedoch immer vor inneren Hindernissen. Die Konzerne jedes europäischen Landes wissen ihre Verbindungen zu ihrem jeweiligen Nationalstaat zu schätzen und fürchten, in einem transnationa-

<sup>130</sup> Zit. n. *Financial Times*, 3. April 2003

<sup>131</sup> A. Moravcsik, *Financial Times*, 3. April 2003, <https://www.jstor.org/stable/res-rep07013.25>

len europäischen Staat an Konkurrenten anderer Länder zu verlieren. Darüber hinaus haben viele wertvolle Investitionen in den USA, die sie nicht riskieren wollen. Deshalb war die französisch-deutsche Achse immer instabil. Im Anschluss an den Irakkrieg übten die deutschen Unternehmer Druck auf die deutsche Regierung aus, die weitere Konfrontation mit den USA zu beenden. Und wie Moravcsik zeigte, wird kaum eine Regierung in Europa die Kosten für die Schaffung »einer koordinierten Militärmacht mit der weltweit reichenden Fähigkeit, einen hoch technisierten Krieg mit geringen Opfern zu führen«, auf sich nehmen. Das würde voraussetzen, dass die Europäer ihre Rüstungsausgaben, die sich zurzeit auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts belaufen, über die 4 Prozent der USA hinaus erhöhen.<sup>132</sup>

Es gibt einen kapitalistischen Traum, einen mächtigen, neuen europäischen Imperialismus an Stelle der konkurrierenden Kleinimperialismen aufzubauen. Aber das wird nicht leicht zu erreichen sein. Und würde es erreicht, wäre er ebenso barbarisch wie der US-Imperialismus (man sehe sich nur die französischen Interventionen in Afrika an). Deshalb ist es falsch von Leuten wie George Monbiot, der Linken vorzuschlagen, sie solle den Euro gegen den Dollar unterstützen.<sup>133</sup>

*Japan:* Mehr als ein halbes Jahrhundert hat Japan sich damit begnügt, im Schatten der USA zu operieren, denen es erlaubte, seine Insel Okinawa als Stützpunkt zu benutzen, und einen beträchtlichen Teil der Kosten für den US-amerikanischen Krieg von 1991 gegen den Irak trug. Es ist auf der ökonomischen, nicht der militärischen Ebene, dass Japan den USA Sorge bereitet. Diese Sorge verringerte sich im Verlauf der 1990er Jahre erheblich. Die japanische Wirtschaft stagnierte, während die US-Ökonomie wuchs, und die industrielle Umstrukturierung (gefördert durch das Pentagon) führte dazu, dass US-Unternehmen im Bereich der Computerindustrie wieder weltweit führend sind. Diplomatisch unterstützte Japan uneingeschränkt den Krieg gegen Irak 2003. Aber das Potenzial für Spannungen besteht nach wie vor. Die japanische Industrie hat während der langen Rezession weiterhin heftig investiert und könnte in der Lage sein, in der Zukunft die USA erneut wirtschaftlich herauszufordern. Es gibt Flügel innerhalb des japanischen politischen Establishments, die glauben, dass Japan seine militärische Stärke entwickeln muss, um international eine unabhängige Rolle spielen zu können – gerade in Ostasien, wo es bedeutende Investitionen hat und wo es vor ernsthaften Problemen

---

<sup>132</sup> Ebd.

<sup>133</sup> G. Monbiot, »The Bottom Dollar«, *The Guardian*, 22. April 2003

stehen könnte, falls es zu einer militärischen Krise um die koreanischen Staaten oder um China und Taiwan kommen sollte.

*Russland:* Dies ist ein Imperialismus, der sich seit mehr als zwölf Jahren fast vollständig in der Defensive befindet. Als die Machthaber das Land noch in ihrer Rolle als Führer der alten Kommunistischen Partei regierten, sahen sie sich den USA hinsichtlich des weltweiten Einflusses gleichgestellt, und sie konkurrierten strategisch in Gebieten wie Südasien, dem Nahen Osten, dem Horn von Afrika und Westafrika. Heute lenkt im Wesentlichen dieselbe Klasse die riesigen privatisierten Konzerne und durch den ehemaligen KGB-Geheimdienstmann Putin den Staat. Deshalb sind sie ebenfalls aufgebracht darüber, dass die USA in ein halbverbündetes Land, Irak, einfallen und in ehemaligen Teilen ihres Imperiums, nämlich in Zentralasien, Stützpunkte errichten (und Ölkonzessionen holen).

Aber ökonomisch wurden sie zweimal zurechtgestutzt – zuerst, indem sie die Hälfte der UdSSR durch das Wegbrechen der nichtrussischen Republiken verloren, und dann durch die Wirtschaftskrise, die die verbliebene Wirtschaftsproduktion halbierte. Eine Ökonomie, die einmal zwischen 30 bis 50 Prozent der US-Ökonomie ausmachte, erreicht jetzt höchstens 10 Prozent.

Sie verfügen immer noch über beträchtliche militärische Stärke. Aber der Großteil ihrer Ausrüstung scheint zumindest um eine technische Generation älter zu sein und wäre in konventionellen Schlachtfeldkonflikten schlecht aufgestellt. Sie können Waffen an schwache Länder verkaufen, die gegen andere schwache Länder kämpfen wollen, aber trauen sich nicht, sie direkt in Konfrontationen gegen Länder einzusetzen, die mit modernen US-Waffen ausgerüstet sind. Und sie selbst können die USA nur mit der endgültigen Selbstmordwaffe bedrohen: den Atomsprengköpfen ihres veraltenden Raketensystems.

*China:* Die Küstenprovinzen des Landes gehören mit jährlichen Wachstumsraten von fast 10 Prozent in den letzten 15 Jahren zum bei weitem erfolgreichsten Teil des Weltsystems.

Die wirtschaftlichen Erfolge haben aber auch große Spannungen hervorgerufen. Hunderte Millionen Bauern erleben ein Wirtschaftswachstum, ohne irgendetwas davon zu haben, während sie jedes Jahr in die Städte strömen, um nach nicht vorhandener Arbeit zu suchen. Während die Küstenregionen, die mit dem Weltmarkt verbunden sind, mit hoher Geschwindigkeit industrialisieren, führt die Umstrukturierung zu großen

Arbeitsplatzverlusten in den alten Schwerindustriebereichen (die den neuen Industrien wichtige Produktionsmittel und Rohstoffe liefern). Die Ungleichmäßigkeit zwischen verschiedenen Regionen wird immer größer. Die Leute an der Spitze des Regimes fürchten eine Wiederkehr der Ereignisse vom Platz des Himmlischen Friedens im Jahr 1989, als Proteste von Studenten sich mit der Unzufriedenheit unter Arbeitern verbanden und in den meisten chinesischen Städten fast zu einem Aufstand führten. Sie fürchten auch das Auseinanderbrechen ihres Landes, weil die Regierenden der Regionen, die am engsten mit dem Weltmarkt verflochten sind, die Nachfrage nach Ressourcen für die verarmten Binnenprovinzen ignorieren – teilweise Provinzen, in denen ethnische und religiöse Minderheiten leben, die Chinas Herrschaft niemals völlig anerkannt haben. Gegen solche auseinander strebenden Tendenzen hat das Regime nur eine Karte auszuspielen: den chinesischen Nationalismus. Das jedoch führt zu Spannungen mit den USA um die Insel Taiwan, die von chinesischen Nationalisten als Teil ihres nationalen Erbes angesehen wird, von den Neokonservativen der USA wiederum als wesentlicher Bestandteil der US-Einfluss-sphäre.

Der Haltung der US-amerikanischen Rechten nachzugeben, wäre in den Augen der chinesischen Herrscher das Eingeständnis, dass sie bereit sind, einen Teil des historischen chinesischen Reiches aufzugeben. Und wenn Taiwan im Osten, warum nicht auch die ausgedehnten Nicht-Han-Provinzen im Norden und Westen? Wäre es nicht ein Zeichen an die US-Rechte, dass China wie Russland seines Reiches beraubt und auf eine mindere Macht reduziert werden könnte?

In einem neueren Artikel der *Financial Times* heißt es:

Viele Analysten argumentieren, es sei nur eine Frage der Zeit, ehe sich die ökonomische Kraft Chinas in militärische Muskeln verwandelt [...] Ostasien ist ein denkbarer Schauplatz für einen großen Krieg, sagen sie. Ein neuer Bericht eines Komitees des US-Kongresses schlussfolgert: »Die Wahrnehmung Amerikas als gegnerischer Hegemon durch die chinesischen Führer kombiniert mit dem Mangel an soliden bilateralen Institutionen für ein Krisenmanagement ist potenziell explosiv. Im schlimmsten Fall könnte dies zu einem militärischen Konflikt führen.« Hisaiko Okazaki, ein konservativer japanischer Kommentator zur Außenpolitik und ehemaliger Botschafter, fürchtet, dass seine wachsende Stärke China eines Tages dazu bringt, die Kontrolle über Taiwan zu übernehmen und so Japans strategische Versorgungsrouten zu bedrohen. Über 80 Prozent von

Japans Öllieferungen kommen aus dem Nahen Osten; die meisten passieren die Straße von Taiwan.<sup>134</sup>

Die »Son of Star Wars«-Strategie zielt jedenfalls für einige Neokonservative im Weißen Haus darauf, China die Flügel zu stutzen. Paul Rogers von der Bradford-Universität hat die dahinter stehende Logik erklärt:

Viele republikanische Rechte denken, die einzige Bedrohung für die US-Vorherrschaft werde von China ausgehen, wenn es sich zu einem Wirtschaftsriesen entwickelt. Eine Möglichkeit, sein Wachstum zu beschränken, besteht darin, es zu höheren Rüstungsausgaben zu zwingen, und das Nationale Raketenabwehrsystem ist ein Mittel dazu. Das könnte einen gefährlichen atomaren Rüstungswettlauf anheizen, aber schließlich wurde der sowjetische Riese erfolgreich »durch Ausgaben früh ins Grab« gebracht, und dieselbe Strategie könnte vielleicht gegen China angewandt werden.<sup>135</sup>

*Großbritannien:* Der New-Labour-Ministerpräsident Tony Blair wird allgemein als George Bushs »Schoßhund« bezeichnet. Das fasst die untergeordnete Rolle zusammen, die Großbritannien in Bezug auf den US-Imperialismus spielt. Damit wird aber auch das Ausmaß eigener imperialistischer Interessen des britischen Kapitalismus unterschätzt. Die Größenordnung seiner weltweiten Investitionen folgt direkt nach den USA an zweiter Stelle, es ist der Sitz einiger größerer multinationaler Konzerne, und es besitzt immer noch Atomwaffen. Sein Problem, das es vor etwa einem halben Jahrhundert beim Suez-Abenteuer feststellen musste, ist, dass sein Staat nicht fähig ist, eine unabhängige Weltrolle zu spielen, die der internationalen Verbreitung seiner Investitionen entspricht. Der einzige Weg, seine Interessen zu sichern, bestand für Tory- und rechte Labour-Führer seitdem in einer »Sonderbeziehung« zu den USA. Ohne US-Unterstützung hätten sie den Falkland/Malvinen-Krieg nicht gewinnen können, und um den Schlamassel zu beseitigen, den sie in Nordirland durch ihr früheres Vorgehen angerichtet haben, wandten sie sich an Präsidenten der USA.

Blairs Politik während des Irakkriegs folgte logisch daraus. Nur muss Blair feststellen, dass alles nicht so einfach ist. Wegen des wirtschaftlichen Bedeutungsverlusts des Imperiums während der 1950er und 1960er Jahre wandten sich Teile der britischen Industrie zunehmend Europa zu, auf der Suche nach neuen Märkten und Investitionsmöglichkeiten. Deshalb ist der britische Kapitalismus in zwei Richtungen gezogen – zur alten

---

<sup>134</sup> *Financial Times*, 1. Dezember 2002

<sup>135</sup> P. Rogers, *The Guardian*, 13. Januar 2001

Allianz mit den USA und zu jenen, die von einem neuen europäischen Superstaat träumen. Blair würde gerne diese gegensätzlichen Pressionen miteinander versöhnen, indem er die Rolle des Anwalts für US-orientierte Teile des britischen Unternehmertums in Europa übernimmt. Aber die gegenseitigen Beschuldigungen Frankreichs und Deutschlands einerseits und der USA andererseits über den Krieg machen ihm das Leben schwer.

Die Wechselbeziehungen der Großmächte bilden weder ein friedliches Konzert der Nationen, wie es sich einige Apostel des Neoliberalismus und Freihandels erträumen, noch eine Einheit – »Empire« – wie Hardt und Negri es interpretieren. Es gibt ein Konglomerat widersprüchlicher Interessen, wobei militärische Gewalt das letzte Mittel zu ihrer Lösung ist. Die US-Angriffe auf Afghanistan und Irak haben uns diese Gewalt in Aktion gezeigt. Aber es gibt immer noch einen Unterschied zu den ersten vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Diese gipfelten in Kriegen, die ihre Kernländer verwüsteten. Die Spannungen seit 1945 haben zu großen Rüstungsanhäufungen geführt, die potenziell gegen die Kernländer selbst entfesselt werden können. Aber »heiße« Kriege wurden woanders geführt, meistens in der Dritten Welt.

Ein Grund war der »Abschreckungseffekt«, die Furcht, dass ein Krieg gegen eine Atommacht zur Vernichtung der ganzen einheimischen Industrie und der Mehrheit der einheimischen Bevölkerung führen würde. Noch heute sehen die Herrscher Russlands, Chinas, Indiens, Pakistans und Nordkoreas – und Großbritanniens und Frankreichs – den Besitz von Atomwaffen als letztes Verteidigungsmittel gegen Feinde an.

Ein anderer Grund liegt gerade in der wechselseitigen Verflechtung der entwickelten kapitalistischen Ökonomien, die Druck auf Staaten ausübt, ihre Macht außerhalb ihrer Grenzen ins Spiel zu bringen. Wenige Kapitalisten möchten, dass ihr Nationalstaat große Teile ihres Besitzes in anderen Staaten zerstört – und der Großteil dieses Eigentums liegt in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern. Das schließt einen Krieg nicht völlig aus. Die kapitalistische Wirtschaft war 1914 hoch internationalisiert, was einen totalen Krieg nicht verhinderte. Ebenso wenig hielt die Ansiedlung von Ford-Fabriken und Coca-Cola-Tochterfirmen in Deutschland die USA davon ab, 1941, nach Pearl Harbor, in den Krieg einzutreten. Aber es ist ein Grund, solche Konflikte möglichst zu vermeiden – und Differenzen in weniger industrialisierten Teilen der Welt auszugetragen. Deshalb waren die Jahre seit 1945 durch einen Krieg nach dem anderen gekennzeichnet, aber fern von Westeuropa, Nordamerika und Japan. Und häufig waren diese Kriege »Stellvertreterkriege«, von lokalen

Regimen geführt, die mehr oder weniger mit bestimmten Großmächten verbunden, aber nicht völlig abhängig von ihnen waren.

Dies galt und gilt besonders für Afrika. Während der letzten rund fünfzehn Jahre des Kalten Kriegs unterstützten die USA und die UdSSR konkurrierende Seiten in Kriegen und Bürgerkriegen als Teil ihrer Versuche, strategische Vorteile gegenüber dem anderen zu erringen. Ebenso war Indien in Südasien lose mit der UdSSR verbündet und Pakistan enger an die USA gebunden (und mit China verbündet). Und in jüngerer Zeit, Anfang und Mitte der 1990er Jahre, wetteiferten die USA und Frankreich um Einfluss in Zentralafrika. Sie unterstützten rivalisierende Seiten in dem Krieg beziehungsweise Bürgerkrieg, der in der Grenzregion von Tansania, Ruanda, Burundi und Kongo-Zaire ausbrach. Sie trugen zum Auslösen einer Katastrophe bei, die insgesamt 3 oder 4 Millionen Tote kostete. In diesen Jahren entwickelten die jeweiligen Mächte unterschiedliche Herangehensweisen, um aus dem Zusammenbruch Jugoslawiens Vorteil zu ziehen, indem sie die verschiedenen Armeen, die in gegenseitigen ethnischen Säuberungen verwickelt waren, offen oder verdeckt unterstützten. In solchen Situationen entstanden Freischärlerarmeen, deren Kommandeure auf lokaler Ebene die großen imperialen Mächte nachahmten, um sich selbst zu bereichern, und sich bereicherten, um weiterhin Krieg führen zu können. Hier bedeutete Imperialismus Ermutigung für lokale Herrscher, die blutigsten Kriege und Bürgerkriege zu führen – und dann, gelegentlich, das Entsenden von westlichen Truppen, um »Friedenssicherung« durchzusetzen, als die Unordnung ein Ausmaß erreicht hatte, das westlichen Interessen zu schaden drohte. Widersprüche, die aus den zwischenimperialistischen Gegensätzen der entwickelten kapitalistischen Staaten entstehen, haben auf diese Weise in den ärmeren Ländern der Welt die schlimmsten Auswirkungen.

## Krieg, Ausbeutung und die Dritte Welt

Während sich die Konflikte der kapitalistischen Großmächte in Kriegen in der Dritten Welt mit einem grauenhaften Blutzoll niederschlagen, sind auch hier die schrecklichen wirtschaftlichen Folgen dieser Politik für die Mehrheit der Menschen spürbar.

Überall haben Regierungen in der Dritten Welt seit den 1970er Jahren Anstrengungen zur »unabhängigen« wirtschaftlichen Entwicklung aufgegeben. Ob ehemalige Befreiungskämpfer, angebliche »Kommunisten« oder rechte Nationalisten – sie alle öffneten ihre Ökonomien für Auslandskapi-

tal und schlossen sich dem »Washington-Konsens« des Neoliberalismus an. Dabei taten sie dies nicht einfach auf Druck der entwickelten kapitalistischen Staaten, wegen der Erpressung durch den IWF oder auf Grund von Verschwörungen der multinationalen Konzerne (obwohl es viele Erpressungen und einige Verschwörungen gab). Das wirkliche Problem war, dass die zur Kapitalakkumulation verfügbaren Ressourcen innerhalb der Grenzen der jeweiligen Staaten begrenzt waren, gleichgültig, wie geschützt sie vor Eindringlingen von außen waren.

Diejenigen, die im eigenen Land zu akkumulieren versucht hatten, machten sich jetzt daran, durch Abkommen mit den großen multinationalen Konzernen der Welt ihre Technologie auf Vordermann zu bringen sowie größere Märkte zu erschließen, und ersuchten die westlichen Banken um mehr Kredite für die weitere Entwicklung. Sie verstanden das nicht als Unterwerfung unter das Auslandskapital, sondern als Hebel, selbst aufzusteigen. Politische Parteien, die zur Erreichung einer unabhängigen Wirtschaftsentwicklung die Einheit aller Klassen gepredigt hatten, wurden jetzt zu begeisterten Befürwortern der Zusammenarbeit mit den multinationalen Konzernen und dem Weltbankensystem – Fianna Fáil in Irland, die Peronisten in Argentinien, APRA in Peru, die Kongresspartei in Indien, die Kommunistischen Parteien in China und Vietnam.

Die Zusammenarbeit ermöglichte einem kleinen Teil des einheimischen Kapitals die Mitgliedschaft in der multinationalen Liga. Andere konnten dadurch ihre lokalen Beteiligungen auflösen und den Erlös für Investitionen in profitablere Unternehmungen im Ausland verwenden und selbst Aktien- und Anleihebesitzer in der entwickelten Ökonomie werden.

Argentinien, Brasilien und Mexiko waren typisch. Ihre industrielle Basis wurde in den 1940ern, 1950ern und 1960ern geschaffen, indem der Staat Investitionen in die Industrie, häufig in Staatskonzerne, lenkte. Aber in den 1970er Jahren wurde den weitsichtigeren Industriellen – im Staats- wie im Privatsektor – klar, dass sie weder die nötigen Ressourcen noch Zugang zu modernster Technik bekommen würden, um mit den weltweiten Produktivitätsniveaus mithalten zu können, wenn sie keinen Weg fanden, aus den Beschränkungen der Nationalwirtschaft auszubrechen. So wandten sie sich immer häufiger an ausländische multinationale Konzerne für Lizenzabkommen, gemeinsame Produktionsprojekte und Gelder. Der argentinische Stahlhersteller TechNet übernahm 1993 deshalb die Kontrolle über den mexikanischen Stahlrohrhersteller Tamsa, kaufte 1996 den italienischen Stahlrohrhersteller Dalmikne auf und begann dann unter dem Namen Tenaris nach Brasilien, Venezuela, Japan und Kanada zu

expandieren. Er rühmte sich: »Mit einer jährlichen Produktionskapazität von über 3 Millionen Tonnen nahtloser Röhren und 850.000 Tonnen geschweißter Röhren ist die Tenaris Gruppe auf dem Markt für nahtlose Röhren weltweit führend.«<sup>136</sup> Bei den mexikanischen Firmen gibt es ein ähnliches Muster. Ende der 1980er Jahre ging Alfa, mit 109 Tochtergesellschaften für Fahrzeugkomponenten, Lebensmittel, petrochemische Produkte und Stahl die größte Industriegruppe Mexikos, eine wachsende Zahl Kooperationen mit Auslandsfirmen ein. Ihr Finanzdirektor sagte: »Drei Viertel unseres Nichtstahlgeschäfts wird über Jointventures abgewickelt. Wir haben eine Kultur der Jointventures.« Der Glashersteller Vitro, der zwei amerikanische Gesellschaften aufgekauft hat, wurde zum »weltweit führenden Hersteller von Glasbehältern, mit einem Markt, der zwischen den USA und Mexiko fast gleichmäßig geteilt ist.«<sup>137</sup> Für die herrschende Klasse Mexikos folgte logisch daraus, ihren alten Nationalismus zu vergessen, sich der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) anzuschließen und zunehmend als untergeordnete Komponente des US-Kapitalismus zu agieren.

Gelegentlich zeitigte die Zusammenarbeit positive Ergebnisse für größere Teile des einheimischen Kapitals, schuf einige Arbeitsmöglichkeiten für die aufsteigenden Mittelschichten (in Irland, Südkorea, Singapur, Taiwan, Chinas Küstengebiet) und sogar Bedingungen, unter denen Arbeiter ihren Lebensstandard durch Arbeitskampf verbessern konnten. Meistens jedoch hatte der Nationalstaat mit wachsender Verschuldung gegenüber Auslandsbanken zu kämpfen. In solchen Fällen konnte eine kleine Schicht Menschen an den Fleischtöpfen des multinationalen Kapitals schnuppern, während sich die Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen verschlechterten oder im besten Fall unverändert blieben. Eine Yuppie-Klasse lebte in geschützten Enklaven, als befände sie sich in den wohlhabendsten Gegenden der industrialisierten Welt (oder verbrachten gleich einen Teil des Jahres dort), während der Großteil der Bevölkerung in den sich immer weiter ausbreitenden Elendsvierteln schmachtete.

Das Ergebnis ist heute in Lateinamerika zu sehen, wo das Nationaleinkommen pro Kopf in den 1980ern fiel, im Nahen Osten, wo es jetzt niedriger als vor 20 Jahren ist, und vor allem in Afrika südlich der Sahara, wo absolute Armut herrscht, seit sein Anteil am Welthandel von 3 Prozent vor einem halben Jahrhundert auf heute gerade 1 Prozent gefallen ist.

---

<sup>136</sup> Bericht der Techint-Konzerngruppe, Juni 2001, [www.techintgroup.com/origins/origins.html](http://www.techintgroup.com/origins/origins.html)

<sup>137</sup> *Financial Times*, 13. Juli 1990

Selbst wenn die entwicklungsorientierte Strategie nach eigenem kapitalistischen oder staatskapitalistischen Maßstab erfolgreich ist, stehen die Staatsführer vor enormen Problemen. Ihr Erfolg hängt von einem hohen Niveau der einheimischen Akkumulation ab – und dadurch bedingt von einer hohen Ausbeutungsrate, die nur durch Niedrighalten des Lebensstandards der Arbeiter und Bauern zu erzielen ist. Aber selbst wenn sie eine hohe Akkumulationsrate erreichen (was eher die Ausnahme als die Regel ist), bleibt ihre Verhandlungsmacht gegenüber den multinationalen Konzernen schwach. Wenn multinationale Konzerne örtliche Unternehmen übernehmen, kann ihr Anteil an den Inlandskapitalinvestitionen auf 40 oder sogar 50 Prozent des Gesamten steigen, wodurch ihr Einfluss auf lokale Entscheidungsprozesse zunimmt. Die Staaten in den ärmeren Teilen der Welt haben jedoch nicht annähernd denselben Einfluss auf multinationale Konzerne, da sie wegen der geringen Größe ihrer einheimischen Ökonomien vielleicht für höchstens 1 oder 2 Prozent der weltweiten Investitionen und Verkäufe der multinationalen Konzerne zeichnen. Wie Burke und Epstein feststellten: »Obwohl Auslandsinvestitionen insgesamt von großer Bedeutung für multinationale Konzerne sind, ist im Allgemeinen jede einzelne Investition in einem Entwicklungsland, mit ein oder zwei Ausnahmen, relativ unwichtig für sie. Folglich ist die Verhandlungsmacht der politischen Hoheitsgebiete im Verhältnis zu multinationalen Konzernen oft sehr gering.«<sup>138</sup> Ein großer Graben beginnt sich zwischen dem, was die Staatsführer den Menschen versprochen, und dem, was sie einlösen können, zu öffnen. Ein hoher Grad von Repression und Korruption wird eher zur Norm als zur Ausnahme. Gerät die entwicklungsorientierte Strategie in Schwierigkeiten, wird die Repression von einem weiteren Prozess begleitet: dem Aushöhlen der Massenorganisationen, die Teile der Mittelschicht an den Staat banden, und durch sie Teile der Arbeiterklasse und Bauernschaft. Der Unterdrückerstaat wird ein schwacher Staat und setzt auf Unterstützung aus dem Ausland, um seine Kontrolle zu verstärken.

Währenddessen drängen Rentabilitätsprobleme die entwickelten Länder, nach jeder noch so geringen Gelegenheit zu suchen, um woanders Mehrwert an sich zu reißen. Von den Ärmsten der Armen auf der Welt ist nicht viel zu holen, aber dieses Bisschen sind sie wild entschlossen, sich zu nehmen. Auf höchster Ebene heißt Imperialismus, dass die konkurrierenden kapitalistischen Mächte sich vehement darüber streiten, wie ihre unterschiedlichen Interessen befriedigt werden können. Auf einer niedri-

---

<sup>138</sup> J. Burke und G. Epstein, S. 2

geren Ebene bedeutet er, die lokalen herrschenden Klassen der Dritten Welt auf die Rolle von Eintreibern für Schuldentrückzahlungen an die westlichen Banken, Patentgebühren an die multinationalen Konzerne und Profite für westliche Investoren und die einheimischen Kapitalisten zu beschränken. Durch den Schuldendienst allein werden jährlich 300 Milliarden Dollar von den »Entwicklungsländern« zu den wohlhabenden Ländern der entwickelten Welt verschoben.<sup>139</sup> Eine Website, die der Verteidigung von US-Auslandsinvestitionen gewidmet ist, prahlt:

Die meisten neuen Auslandsinvestitionen werden durch Profite finanziert, die im Ausland erzielt wurden. Auslandsdirektinvestitionen von US-Konzernen betragen 1996 nur 86 Milliarden Dollar [...] Zieht man die wieder investierten Erträge aus Auslandsoperationen ab, ergeben sich nur 22 Milliarden Dollar [...] Aus Auslandsoperationen von US-Konzernen fließen auch Gewinne in die USA zurück [...] 1995 beliefen sich die Ertragsflüsse zurück in die USA – definiert als direkte Investitionserträge, Tantiemen und Lizenzgelder, Gebühren und Dienstleistungen – auf 117 Milliarden Dollar.<sup>140</sup>

Das Auspressen nimmt kein Ende. Der Anteil ausländischer Investoren am Gesamthandel der brasilianischen Börse stieg von 6,5 Prozent im Jahr 1991 auf 29,4 Prozent im Jahr 1995,<sup>141</sup> und der Anteil der neuen Regierungsverschuldung Mexikos, der von Nichtmexikanern gehalten wird, wuchs von 8 Prozent Ende 1990 auf 55 Prozent Ende 1993.<sup>142</sup> Französisches und spanisches Kapital war in dieser Hinsicht in Lateinamerika höchst aktiv. Die zwei großen spanischen Banken, die Banco Bilbao Vizcaya und die Banco Santander, haben einen sehr großen Teil des Bankensystems in vielen lateinamerikanischen Ländern aufgekauft: »Zurzeit besitzen die größten spanischen Institutionen fast ein Drittel der Anlagen der 20 größten Auslandsbanken, was heißt, dass sie allein den Anteil der US-amerikanischen Banken übersteigen, die in diesem Sektor in der Region historisch führend waren.«<sup>143</sup>

---

<sup>139</sup> Zahlen nach Jubilee Research in *HIPC: How the Poor are Financing the Rich*. Ein Bericht von Jubilee Research bei der New Economics Foundation von Romilly Greenhill und Ann Pettifor, April 2002, unter: [www.jubilee2000.org/analysis/reports/J+USA7.htm](http://www.jubilee2000.org/analysis/reports/J+USA7.htm)

<sup>140</sup> »Trade Makes US Strong«, [www.ustrade.org/btr/myths/investment.html](http://www.ustrade.org/btr/myths/investment.html)

<sup>141</sup> J. C. Penido und D. Magalhaes Prates, »Financial Openness: The Experience of Argentina, Brazil and Mexico«, *CEPAL Review* 70, April 2000, S. 61

<sup>142</sup> Ebd., S. 60

<sup>143</sup> A. Calderon und R. Casilda, »The Spanish Banks Strategy in Latin America«, *CEPAL Review* 70, April 2000, S. 78–79

Das Bankwesen als Sprungbrett benutzend, wurde die Ausdehnung in andere Geschäftszweige betrieben, »Investitionsbankgeschäfte, Versicherungen und besonders Beteiligungen am Rentenfondsmanagement« und »Minderheitsbeteiligungen an einigen Nichtfinanzunternehmen« erworben, »vor allem in Branchen, wo andere spanische Investoren sehr aktiv sind (Telekommunikation und Energie)«. <sup>144</sup> »Aggressive Strategien spanischer Banken, und auch der Hongkong-Shanghai Banking Corporation, zwangen ausländische, in der Region seit langem etablierte Banken, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen [...] Bankers Trust in Argentinien und Lloyds Bank, Chase Manhattan und ABN-Anro in Brasilien entschieden, lokale Banken oder Anteile an ihrem Eigenkapital zu kaufen.« <sup>145</sup> Der spanischen Expansion entsprach die Strategie französischer Firmen wie Suez und Vivendi, öffentliche Versorgungsbetriebe aufzukaufen.

Dieser Trend, Dienstleistungseinrichtungen als Mittel für garantierte feste Einkünfte auf Kapital zu übernehmen, ist, wie François Chesnais aufzeigt, eine weltweit wachsende Tendenz. Der Dienstleistungsanteil in Auslandsinvestitionen, der »in den 1960ern nur ein Viertel des Weltbestands an direkten Auslandsinvestitionen betrug, belief sich Ende der 1980er auf etwa die Hälfte und betrug 55 bis 60 Prozent neuer Kapitalströme.« <sup>146</sup> Deshalb die Versuche, über die WTO Trips- und Gats-Maßnahmen (in Bezug auf Zahlungen für Patente und die Öffnung öffentlicher Dienste für die multinationalen Konzerne) durchzusetzen.

Die Ökonomien der Dritten Welt sind ein zu kleiner Teil des Weltsystems, als dass diese neue Form des Finanzkapitalismus dieselbe Rolle zur Lösung der Probleme der Kapitalisten in den entwickelten Ländern spielen könnte wie der alte Finanzkapitalismus zu Hobsons Zeiten. Argentiniens Wirtschaft zum Beispiel ist ungefähr so groß wie die des US-Staats Ohio, und selbst die größte Wirtschaft Lateinamerikas, Brasilien, ist 20 Prozent kleiner als die Kaliforniens. <sup>147</sup> Aber dieses Auspressen kann Menschen zur Revolte treiben. Die Regierungen Boliviens und Perus wurden von Revolten gegen den Verkauf der Wasser- und Energieversorgung geschüttelt. Verbitterung über Banken und öffentliche Versorgungsbetriebe in ausländischer Hand spielte eine Rolle, als im Dezember 2001 ein spontaner Aufstand die argentinische Regierung De La Rúa stürzte. Und der Widerstand kann einzelne Konzerne treffen. Die spanischen Banken und die

---

<sup>144</sup> Ebd., S. 79

<sup>145</sup> M. C. Penido und D. Magalhaes Prates, S. 63

<sup>146</sup> F. Chesnais, *La Mondialisation du Capital*, Paris 1997, S. 83

<sup>147</sup> Statistiken zur relativen Größe des Bruttoinlandsprodukts lateinamerikanische Länder und der US-Staaten in: *IMF Staff Country Report 99/101*, September 1999

französischen multinationalen Versorgungsunternehmen Suez und Vivendi lecken jetzt noch ihre Wunden.

## Antimperialistische Politik heute

Das Leiden der Dritten Welt und die Revolten gegen dieses Leiden waren sehr wichtig für die Geburt der neuen Welle von Antikapitalismus, die die Welt seit Seattle überrollte. Daraus wiederum zogen die riesigen Antikriegs- und antimperialistischen Demonstrationen während des Irakkriegs einen Teil ihres Schwungs. Unter den am Kampf gegen den Kapitalismus im Westen Beteiligten vertieft sich das Bewusstsein, dass sie sich mit denen solidarisieren müssen, die sich in den ärmsten Gegenden der Welt gegen Unterdrückung wehren. Das ist außerordentlich wichtig, weil es dazu beiträgt, den Rassismus und Nationalismus zu untergraben, der in der Vergangenheit so häufig Arbeiter der entwickelten Länder an ihre Herrscher gebunden hat.

Gleichzeitig entwickelt sich in der Dritten Welt und den neu industrialisierten Ländern der Nationalismus, die Ideologie der entwicklungsorientierten Teile des einheimischen Kapitals, nun zunehmend zu einem zweiseitigen Schwert. Diejenigen, die unter Ausbeutung, Unterdrückung und politischer Korruption leiden, beginnen ihn gegen die am meisten verhassten Figuren der eigenen herrschenden Klasse zu wenden. Diese werden als Verräter an der nationalistischen Agenda angesehen, ihre Angriffe auf die Lebensbedingungen der meisten Menschen als Unterwerfung unter imperialistischen Druck. Menschen, denen in der Vergangenheit weisgemacht worden war, dass der Staat die gesamte Nation repräsentiere, Reich wie Arm, fangen jetzt an, die Gleichgültigkeit gegenüber den Interessen der meisten Menschen als Beweis zu sehen, dass er ein Fremdkörper ist, ein »neuer kolonialer« oder »halbkolonialer« Staat, der ihnen von außen aufgezwungen wird. Der linke Nationalismus entsteht als eine Strömung, die der Ansicht ist, dass der gegenwärtige Staat reformiert werden muss – und reformiert werden kann –, damit die Auslandseinflüsse beseitigt werden und er wieder Fundgrube der gemeinsamen, nationalen, Interessen wird.

Der linke Nationalismus spornt häufig Menschen an, die den Kampf gegen Teile der einheimischen herrschenden Klasse aufzunehmen beginnen. Aber der Glaube, dass es irgendein gemeinsames »nationales« Interesse gibt, das Ausbeuter und Ausgebeutete aneinander bindet, öffnet ihn

auch für Manipulationen durch dieselben einheimischen kapitalistischen Politiker, die Hand in Hand mit den großen kapitalistischen Mächten arbeiten. Diese versuchen, jede politische Entscheidung, die ihren Interessen dient – wie Privatisierung von Versorgungseinrichtungen und die Schuldentrückzahlung – einfach auf den Druck des Big Brothers im Ausland zu schieben. Unglücklicherweise können sie häufig damit rechnen, dass einige Vertreter der breiten Opposition gegen eine solche Politik das Spiel mitspielen. So ist es im Nahen Osten üblich, die Tolerierung der israelischen Politik in Palästina durch die eigenen kapitalistischen Klassen allein auf den Druck der USA zurückzuführen (oder auf »nichtislamisches« Verhalten); oder in Lateinamerika die Putsche in Chile 1973 und Argentinien 1976 (oder neuerdings der versuchte Staatsstreich in Venezuela 2002) nur als Folge von US-Machenschaften gegen die »nationale Unabhängigkeit« zu sehen, statt zu verstehen, dass der Wille der lokalen herrschenden Klasse treibend war, jede Herausforderung an ihre Stellung zu zerschlagen, in dem Wissen, dass die amerikanischen Herrschenden sie unterstützen werden. Seit Vietnam waren fast alle Kriege der USA gegen Aufstandsbewegungen *Stellvertreterkriege*, in denen sie sich auf lokale herrschende Klassen stützen konnten, an ihrer Stelle wie auch im eigenen Interesse Krieg zu führen. Dies galt für Zentralamerika fast die ganzen 1980er Jahre über, als sie die Streitkräfte der rechtsgerichteten Regierungen in Guatemala, El Salvador und Honduras und die Contras in Nicaragua ausbildeten und bewaffneten, wobei sie selbst nur eine Handvoll eigener Soldaten als »Berater« zu ihnen schickten. In jüngerer Zeit gilt dies auch für ihre massive Militärhilfe für die kolumbianische Regierung und die Förderung des Putschversuchs in Venezuela.<sup>148</sup>

Das Gerede vom »halbkolonialen« oder »neokolonialen« Staat verstärkt solche Fehleinschätzungen. Imperialismus ist überall ein Feind. Aber die meiste Zeit ist der unmittelbare Agent der Ausbeutung und Unterdrückung die einheimische herrschende Klasse und der Nationalstaat. Diese arbeiten mit dem einen oder dem anderen dominierenden Imperialismus zusammen und bringen die Schrecken des Weltsystems

---

<sup>148</sup> Während des Putschversuchs 2002/2003 ließ sich ein Teil der venezolanischen herrschenden Klasse so von ihrem Hass auf das Chávez-Regime leiten, dass ihr Vorgehen sogar den unmittelbaren taktischen Interessen der USA schadete. Das Letzte, was diese wollten, war eine verringerte Ölproduktion (Venezuela ist die drittgrößte Quelle für Ölimporte), gerade in dem Moment, da sie den Krieg gegen den Irak vorbereiteten. Diese Fehleinschätzung der Wünsche der USA war ein Grund, dass der Versuch, Chávez abzusetzen, scheiterte, während oppositionsfreundliche Zeitungskolumnisten den Mangel größerer US-Unterstützung seit Sommer 2002 beklagten.

über ihre eigene Bevölkerung. Sie tun dies jedoch genauso im Interesse der eigenen herrschenden Klasse wie im Interesse ihrer imperialen Verbündeten, und nicht, weil die eigenen Reichen zeitweise das »nationale Interesse«, das sie mit den von ihnen Ausgebeuteten teilen, vergessen haben.

Das nicht zu erkennen, führt dazu, dass der linke Nationalismus zwar einen Anziehungspunkt für die Verbitterung der Mehrheit der Arbeiter, Bauern und des unteren Kleinbürgertums bildet, diese Verbitterung aber in der Regel auf reformistische Bahnen lenkt. In der Innenpolitik heißt das, für nationalistischere statt für weniger nationalistische Lösungen innerhalb des Rahmens des bestehenden kapitalistischen Staats zu kämpfen. Ein aktuelles Beispiel dafür gibt uns der Kampf gegen die Gesamtamerikanische Freihandelszone FTAA. Statt zu versuchen, diesem Kampf eine anti-kapitalistische Stoßrichtung zu geben, wird Mercosur von der nichtrevolutionären Linken Lateinamerikas als eine Art Alternative zur FTAA dargestellt. Mercosur ist jedoch ein Versuch von Teilen des brasilianischen Großkapitals, die anderen Ökonomien der Region sowie die Investitions- und Handelsverbindungen zur Europäischen Union zu beherrschen, und schließt Verhandlungen über Zugangsbedingungen zur Gesamtamerikanischen Freihandelszone nicht aus.

Auf internationaler Ebene führt der linke Nationalismus dazu, sich auf Themen wie die Handelsbedingungen oder die Bevorzugung eines Handelsblocks vor einem anderen zu konzentrieren, als ob verbesserte Bedingungen, zu denen nationale Kapitalisten ihre Waren auf dem Weltmarkt verkaufen, das Problem der von diesen ausgebeuteten und unterdrückten Mehrheit der Menschen lösen könnten. Dies geht Hand in Hand mit der Ansicht, dass die gesamte Bevölkerung der entwickelten Welt die gesamte Bevölkerung der Dritten Welt ausbeutet, entweder durch »ungleichen Tausch« oder durch »Superprofite«, die aus Auslandsinvestitionen in der Dritten Welt geschöpft werden. Dadurch wird die Aufmerksamkeit von der zentralen Dynamik des Weltsystems abgelenkt, das in sehr hohem Maße abhängig ist von dem, was in den wichtigsten Zentren der Akkumulation, der Auslandsinvestitionen und des Handels geschieht – nämlich in den etablierten Industrieländern, einer kleinen Zahl der neu industrialisierten Länder und in zunehmendem Maße der chinesischen Küstenregion. Die Entwicklung echter internationaler Solidarität wird so untergraben.

Zu seiner Zeit forderte Lenin von der Arbeiterbewegung im Westen, in den antiimperialistischen Bewegungen in der kolonialen Welt ihre Verbündeten zu sehen, wobei er revolutionäre Sozialisten in den Kolonien

eindringlich davor warnte, den »bürgerlich-demokratischen Befreiungsströmungen in den zurückgebliebenen Ländern« einen »kommunistischen Anstrich« zu geben.<sup>149</sup> Dieses Argument muss heute wiederholt und bekräftigt werden. »Linke nationalistische« Ideen in den »Entwicklungs-« und »neu industrialisierten« Ländern können ein Ansporn für Menschen sein, sich den eigenen herrschenden Klassen, die mit dem Imperialismus verbunden sind, entgegenzustellen und fast revolutionäre Aufstände hervorrufen. Aber sie leiten die Beteiligten an solchen Unruhen unweigerlich fehl in eine reformistische Richtung. Für diejenigen unter uns, die im Westen aktiv sind und die internationalen Aktivitäten gegen Imperialismus und Krieg aufbauen, ist das nicht von Belang. Wir stehen an der Seite der Dritte-Welt-Bewegungen gegen den Imperialismus, egal wie verworren ihre Ideen sein mögen. Aber für Dritte-Welt-Revolutionäre ist es von grundlegender Bedeutung. Wenn es bereits zu Lenins Zeiten notwendig war, solche Ideen zu kritisieren, als Teile der Bourgeoisie und das Kleinbürgertum in weiten Gebieten der Welt Zielscheibe unmittelbarer kolonialer Unterdrückung waren, ist es heute hundert Mal notwendiger, da die Bourgeoisie ein ausgewachsener, wenn auch schwächerer Partner der mächtigsten Teile des Weltkapitalismus ist. Es ist notwendig, ein Teil der Unruhe zu sein, aber unabhängig in ihr aufzubauen.

## Das Dilemma des US-Imperialismus

Nach dem Irakkrieg wirkte der US-Imperialismus ungeheuer stark. Aber keines seiner entscheidenden Probleme wurde gelöst.

Sein Sieg wird andere Regierungen der Dritten Welt dazu bringen, seine Anweisungen zu befolgen. Es wird für den IWF sehr viel einfacher sein, seinen Willen Ländern aufzuzwingen, deren Herrscher ansonsten versucht wären, der Opposition ihrer eigenen Bevölkerung nachzugeben. Deshalb hatte Bernard Cassen von ATTAC Frankreich absolut Unrecht, die Opposition gegen den Krieg und die Opposition gegen die Maßnahmen zum Nachteil der Armen der Welt als Gegensätze zu sehen.

Aber die zunehmende Ausbeutung und Verelendung eines großen Teils der Dritten Welt wird den Druck, der auf der Profitabilität und Konkurrenzfähigkeit des US-Kapitalismus lastet, nicht überwinden. Die Grundbedingungen, die vor einem halben Jahrhundert eine Dekolonisie-

---

<sup>149</sup> W. I. Lenin, »Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage«, *Lenin Werke* Bd. 31, Berlin (Dietz) 1983, S. 138; [www.marxists.org/archive/lenin/works/1920/jun/05.htm](http://www.marxists.org/archive/lenin/works/1920/jun/05.htm)

rung ohne ökonomische Katastrophe für die entwickelten Kapitalismen erlaubten, bestehen weiterhin. Die meisten Investitionen aus entwickelten kapitalistischen Ländern fließen in andere entwickelte kapitalistische Länder und eine kleine Minderheit neu industrialisierter Länder aus dem einfachen Grund, dass dort der höchste Profit erzielt werden kann. Der Großteil der Dritten Welt, einschließlich fast ganz Afrikas und großer Teile Lateinamerikas, abgesehen von Brasilien und Mexiko, ist von abnehmender wirtschaftlicher Bedeutung für die Dynamik des Systems an sich. Profite und Zinszahlungen aus solchen Regionen sind die Buchstaben auf dem Zuckerguss des Kuchens für das Weltkapital, nicht einmal ein Stück Kuchen.

Öl ist die strategische Ware des 21. Jahrhunderts, und die USA haben mit zwei umfassenden Kriegen innerhalb von 12 Jahren gezeigt, wie entschlossen sie sind, es zu kontrollieren. Wie ich schon weiter oben argumentiert habe, ist das was zählt nicht an erster Stelle die Profitabilität ihrer Ölkonzerne – Riesen wie Microsoft, Boeing oder General Motors haben wenig Interesse, die einem Krieg innewohnenden Risiken nur zum Wohle Exxons auf sich zu nehmen. Das wirkliche Anliegen besteht darin, den Preis und die Verfügbarkeit von Öl zu kontrollieren, um innerhalb wie außerhalb der USA einen stabilen und günstigen Rahmen zu schaffen, der Profit und Akkumulation für den US-Kapitalismus als Ganzen erlaubt. Es geht zusätzlich darum, einen größeren Hebel in die Hand zu bekommen, wenn Verhandlungen mit anderen entwickelten kapitalistischen Ländern anstehen.

Aber auch dies kann das grundlegende Problem nicht lösen, nämlich den langfristigen Druck auf die Profitraten, der durch umfangreiche, unprofitable Investitionen während des Spekulationsbooms Ende der 1990er Jahre verschärft wurde.<sup>150</sup> Die Kontrolle über das irakische Öl mag dazu beitragen, die gegenwärtige unsichere Dominanz, die die USA über das Weltfinanzsystem ausüben (obwohl der Dollar fällt, während ich schreibe) zu stützen und dadurch den USA zu gestatten, weiterhin mehr zu konsumieren als sie produzieren. Aber es kann nicht entscheidend zur Menge des weltweiten Mehrwerts beitragen, den US-Kapitalisten kontrollieren. Experten glauben, es könne bis zu fünf Jahre dauern, bis irakisches Öl in ausreichenden Mengen fließt, um die Kosten für den Wiederaufbau

---

<sup>150</sup> Details zu den tendenziell fallenden Profitraten bietet R. Brenner, a.a.O., Grafik 1.2 und Statistiken 1.1, 1.2, 1.3, 1.4, 2.9, 2.10, 2.11, 10.2, 11.1. Seine Beweise für den tendenziellen Fall sind umso überzeugender, da er fälschlicherweise das klassische marxistische »Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate« ablehnt.

dessen, was die US-Bomben und Panzer niedergemäht haben, auszugleichen. Und selbst dann wird eine schwierige Wahl zu treffen sein. Den Ausstoß so zu steigern, dass der internationale Ölpreis deutlich sinkt, und so der gesamten kapitalistischen Klasse der USA zu helfen, könnte zu einem Zusammenbruch der Öleinkommen führen, die gebraucht werden, um die Baufirmen zu bezahlen und die Profite der Ölgesellschaften hochzuhalten.

Apologeten des Kriegs versuchten solche Berechnungen zu benutzen, um zu behaupten, dass es bei dem Krieg nicht um Öl ginge.<sup>151</sup> Ihr Argument war falsch, weil Öl eine wichtige Waffe im Kampf um die globale Vorherrschaft ist. Aber einige ihrer Berechnungen stimmen. Die Kontrolle über das Öl allein wird die dutzenden Milliarden Dollar für den Krieg nicht in eine profitable Investition für den US-Kapitalismus verwandeln.<sup>152</sup> Und sie wird ganz sicher nicht die Kosten einer langfristigen kolonialen Besetzung des Iraks wettmachen – vor allem, wenn die aus der Besetzung resultierende Instabilität zu sozialem Aufruhr und weiterer militärischer Intervention in der Region führt. Schon jetzt ist es sehr wahrscheinlich, dass die Natur des US-Siegs über den Irak eine langfristige militärische Besetzung unvermeidlich machen wird.

Die Entschlossenheit der Bush-Bande, die militärische Globalstrategie der USA zu demonstrieren, indem sie ohne Verbündete (abgesehen von Großbritannien) in den Krieg zogen, führte dazu, dass sie sich blitzkriegartig ihren Weg nach Bagdad frei machten, ohne die Vorbedingungen für eine schnelle Einrichtung einer stabilen neuen US-freundlichen Regierung zu schaffen. Als Folge stehen sie vor der Wahl, für lange Zeit dort zu bleiben, oder irakische Marionetten, die nicht in der Lage sind, die Kontrolle über das ganze Land aufrecht zu erhalten, einzusetzen – und die schließlich versucht sein könnten, sich der Öleinkommen zu eigenen Zwecken zu bedienen (wie die Baathpartei, nachdem die USA ihr 1963 und 1968 zur Macht verholfen hatten).

Diese Wahl war schon am Tag nach der Eroberung von Bagdad Ursache für Spaltungen innerhalb des »unilateralistischen« Kriegslagers der Bush-Regierung. Auf der einen Seite standen »liberale Imperialisten« mit ihrem Traum vom Umsturz des gesamten Nahen Ostens und seiner

---

<sup>151</sup> Einen ernsthaften Versuch macht J. Tatom: »Iraqi Oil is not America's Objective«, *Financial Times*, 14. Februar 2003.

<sup>152</sup> Wenigstens ein prokapitalistischer Ökonom argumentierte schon lange vor dem neuerlichen Krieg, dass das Nahostöl die USA »zwei- bis fünfmal teurer als der Spot-Handels-Preis« käme, wenn die militärischen und andere Kosten zur Aufrechterhaltung des US-Einflusses im Nahen Osten einberechnet würden.

Beherrschung durch vorgeblich stabile kapitalistische Demokratien, die eine langfristige Legitimität für den Schutz der imperialen Interessen abgeben könnten – eine arabische Version der Übereinkunft, die Ende der 1980er Jahre in Zentralamerika umgesetzt wurde. Auf der anderen Seite standen »realistische Imperialisten«, bereit, wie früher Kissinger, Abkommen mit jedem beliebigen Diktator zu treffen, um mit geringen Kosten für die USA und ohne dass US-Truppen langfristig gebunden wären, Kontrolle auszuüben. Und hinter der Bühne gibt es die Möglichkeit eines Abkommens mit Europa, Russland und China über »multilaterale« oder »Vereinte Nationen«-Anstrengungen zur Stabilisierung der Lage. Aber solch ein Abkommen würde die unmittelbare Kontrolle durch die USA beseitigen und einige ihrer Gewinne aus diesem Krieg zunichte machen.

Wahrscheinlich werden sich die USA zwischen alle drei Stühle setzen. Sie werden gezwungen sein, die Besetzung lange Zeit aufrechtzuerhalten, was den US-Haushalt in die Höhe treiben und die Widerstandsfeuer überall im Nahen Osten schüren wird. Sie werden mit einheimischen Politikern kungeln, die ohne jede wirkliche Basis ihre Herrschaft nur stabilisieren können, indem sie zu denselben diktatorischen Mitteln greifen, wie Saddam sie während und nach seiner Zeit als US-Schützling zur Hochblüte gebracht hat. Und sie werden feststellen, dass sie Abkommen mit ihren internationalen Konkurrenten schließen müssen, um den Schaden für ihre weiterreichenden Interessen auf ein Minimum zu begrenzen.

Es wird wohl kaum anders gehen. Die europäischen Mächte gaben den Kolonialismus in den 1950er und 1960er Jahren nicht aus Mildtätigkeit auf, sondern weil er sich angesichts aufständischer nationalistischer Bewegungen und Veränderungen in der Struktur der Weltökonomie nicht mehr bezahlt machte. Europäische Reiche haben sich in der Hochphase des alten Imperialismus vor einem Jahrhundert finanziell selbst getragen, als Indien und Irland regelmäßig einen Überschuss in die britischen Kassen spülten – in den 1950er Jahren waren imperiale Besitzungen eine Belastung für den Haushalt. Ein Jahrzehnt später mussten die USA feststellen, dass die Kosten für das Festhalten an Vietnam durch massive physische Besetzung entschieden zu hoch waren. Deshalb ging die Nixon-Regierung schließlich von einem umfangreichen Landkrieg zu dem Versuch über, das Land durch Luftangriffe zu unterwerfen – und zog sich aus dem Land zurück, als auch das nicht fruchtete.

Wenn die Hauptquellen von Mehrwert in der Welt in den entwickelten Ländern liegen, dann gibt es nur eine realistische Möglichkeit, die Kosten der hohen Rüstungsausgaben ernsthaft zu decken: die Strategie Deutsch-

lands im Zweiten Weltkrieg, als es Besatzerregime in entwickelten Ländern errichtete, um sie auszupressen. So arrogant sie sich nach dem Irakkrieg auch fühlen mögen, sind die Apostel des Neuen Amerikanischen Jahrhunderts noch nicht dazu bereit – und der Großteil des US-Kapitals würde sich einem solchen Versuch ernsthaft entgegenstellen.

Der US-Staat kann sich aus der Besetzung des Iraks nicht zurückziehen, nicht einmal aus ihrer umfassenden »unilateralistischen« Haltung gegenüber Frankreich, Deutschland und Russland. Täte er das, würde er die Vorteile aus seinem militärischen Spiel in dem Moment aufgeben, wo er zu gewinnen scheint, und einen erhöhten Verlust seines Einflusses über andere Staaten und andere Kapitalismen riskieren. Unter der Führung von Cheney, Rumsfeld, Bush, Perle, Wolfowitz und den übrigen haben sie eine Reise angetreten, von der sie nicht leicht zurückkehren können. Nachdem die Rüstungsausgaben erhöht wurden, werden sie versuchen, Profit aus ihren Investitionen durch weitere militärische Aktionen zu schlagen, um ihre Hebel gegen die anderen Hauptspieler im internationalen System zu stärken. Aber das Ergebnis wird für den US-Kapitalismus niemals befriedigend sein. In einfachen Geldbegriffen kann er aus dem Imperialismus nicht genug holen, um seine Ausgaben so zu decken, wie die europäischen Kapitalismen vor einem Jahrhundert. Er kann sich auch nicht wie im Zweiten Weltkrieg und den Anfangsjahren des Kalten Kriegs darauf stützen, dass Rüstungsausgaben ihm Wachstum und einen ausgedehnten Aufschwung bringen. Die Höhe der Ausgaben, um der Wirtschaft wieder zu solch einem Boom zu verhelfen, würde mehr noch als in den Reagan-Jahren der Konkurrenzfähigkeit des US-Marktes schaden. Wie John K. Galbraith aufzeigte, bedeutet die Abhängigkeit der USA von großen Importen, dass ihre Position »viel enger der der Großmächte in Europa 1914 gleicht als der Amerikas von 1939 [...] Eine große militärische oder eine wirtschaftliche Anstrengung im eigenen Land oder beides auf Weltkapitalmärkten zu finanzieren, könnte sehr wohl den Dollar aus den Angeln heben und das Gleichgewicht der Finanzmacht verschieben – vermutlich Richtung Europa.«<sup>153</sup> Aber sie können ihre militärischen Verpflichtungen nicht aufgeben, ohne die Hegemonie zu gefährden, die ihre multinationalen Konzerne brauchen, um ihre Interessen in einer zunehmend turbulenten Welt zu schützen.

Aus diesem Grund bleiben die triumphierenden USA gleichzeitig schwach. Die Spaltungen gegenüber den anderen Mächten werden wei-

---

<sup>153</sup> J. K. Galbraith, »Thoughts on the War Economy«, unter: [utip.gov.utexas.edu/web/Jgarchive/2001/the%20economy.pdf](http://utip.gov.utexas.edu/web/Jgarchive/2001/the%20economy.pdf)

ter bestehen, auch wenn diese zwischen aufsässigen Gesten und unterwürfigen Handlungen schwanken. Es wird auch wiederkehrende Spaltungen im politischen Establishment und der herrschenden Klasse der USA geben, wenn Bushs Magie es nicht schafft, die militärische Selbstbeweihräucherung in das eintönige Geschäft zur Erzielung höherer Profite zu verwandeln.

All dies wird die Welt nicht weniger barbarisch machen. Jene, die Blut geleckt haben, werden mehr wollen. Wir können mit weiteren aggressiven Kriegen rechnen. Aber es wird einfacher sein, weltweit die Kräfte zum Widerstand gegen sie aufzubauen. Sie haben einen Krieg mit einer militärischen Überlegenheit von 30:1 oder 40:1 gewonnen. Wir sind Teil der größten antiimperialistischen Mobilisierung, die die Welt jemals gesehen hat. Und diese Erfahrung wird da sein, wenn die zugrundeliegenden Schwächen zum Vorschein kommen.

»IMPERIALISMUS war das Stichwort für Millionen Menschen in den beiden letzten, von Kriegen geplagten Jahren«, schrieb Chris Harman 2003.

Zwei Jahrzehnte später ist diese grundlegende Analyse, was Imperialismus überhaupt ist, aktueller denn je.



Chris Harman

Liegt das Motiv für Kriege in den Gewinnen, die die Rüstungsindustrie daraus zieht, oder in den lukrativen Aufträgen für den Wiederaufbau verwüsteter Landschaften, die den multinationalen Konzernen winken? Gibt es nur *einen* Imperialismus, den des »Westens«? In welchem Zusammenhang stehen Imperialismus und Kapitalismus?

Chris Harman verwebt gekonnt die Geschichte des von Kriegen geplagten 20. Jahrhunderts mit den verschiedenen theoretischen Ansätzen, diese zu erklären. Er liefert damit ein Grundwerk, das sich hervorragend auch für Schulungszwecke eignet.

**Internationaler Sozialismus**

Eine kleine Bibliothek ([i-soz.de](http://i-soz.de))



5€